

POLITISCHE STUDIEN 456

Orientierung durch Information und Dialog

 Hanns
Seidel
Stiftung

65. Jahrgang | Juli-August 2014 | ISSN 0032-3462 | € 5,50

/// IM FOKUS

CHRISTEN IN SYRIEN UND DIE NEUORDNUNG DES NAHEN OSTENS

Mit Beiträgen von

W. E. Ali Reza Sheikh Attar | Philipp W. Hildmann | Hansrudolf Kamer | Abgar Maloul
Haytham Manna | Shabo Talay



/// URSULA MÄNNLE Politische-Studien-Zeitgespräch zum Führungswechsel in der Hanns-Seidel-Stiftung

/// GOTTFRIED-KARL KINDERMANN Der Machtkampf um Österreich 1933/34

/// SEBASTIAN PAUST Das wirtschaftliche Integrationspotenzial Myanmars

www.hss.de



Deutschland gilt als **ELDORADO**
der Zwangsprostitution.

WO EIN WILLE, DA EIN WEG! FRAUENHANDEL WIRKSAM BEKÄMPFEN

Die Hanns-Seidel-Stiftung engagiert sich seit über zehn Jahren im In- und Ausland im Kampf gegen den Frauenhandel und arbeitet dabei mit Vertretern von Politik, Wissenschaft, Fachberatungsstellen, Polizei und Öffentlichkeit zusammen. Um den Frauenhandel wirkungsvoll zu bekämpfen und die Opfer zu schützen, muss die Politik die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen. Leider gilt Deutschland in Europa mittlerweile als „Eldorado der Zwangsprostitution“, da bislang noch nicht einmal die EU-Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels umgesetzt worden ist. Auch müsste das von der rot-grünen Bundesregierung seinerzeit auf den Weg gebrachte Prostitutionsgesetz dringend überarbeitet werden, da es die Position von Zuhältern verbessert hat, anstatt wie beabsichtigt die Frauen rechtlich und sozial abzusichern.

Zur konsequenten Regulierung der Prostitution sollte die Ausbeutung sexueller Dienstleistungen ein objektiver Straftatbestand werden. Bundeseinheitliche Zugangs- und Kontrollmöglichkeiten im Rotlichtmilieu sind ebenso nötig wie die Neuregelung medizinischer Untersuchungsangebote für Prostituierte und die Anhebung des Einstiegsalters für die Ausübung von Prostitution auf 21 Jahre. Die Rechte der Opfer von Frauenhandel müssen gestärkt und die Opferbetreuung ausgebaut werden.

Auch der Koalitionsvertrag widmet sich diesem Thema. Da an einer entsprechenden Gesetzesnovelle jedoch drei Bundesministerien beteiligt sind, können rasche Fortschritte nur durch eine rege und aufmerksame Öffentlichkeit erzielt werden. Eindringlich ermutigte ich Sie daher, in den kommenden Monaten weiter Druck auf den Gesetzgeber auszuüben. Wir benötigen zeitnah ein Gesetz gegen die Menschenhändler, Bordellbetreiber und Zuhälter und für die Opfer des Frauenhandels. – Wo ein Wille, da ein Weg!

Prof. Ursula Männle
ist Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung
und Staatsministerin a. D., München.



12

INHALT



51



37



46

IM FOKUS

12 CHRISTEN IN SYRIEN UND DIE NEUORDNUNG DES NAHEN OSTENS

Einführung
PHILIPP W. HILDMANN

20 SYRIEN – EIN OPFER DER GEOPOLITIK

Der Rückzug der Amerikaner hat Folgen
HANSRUDOLF KAMER

29 ZUR GESCHICHTE DER CHRISTEN SYRIENS

Ein integraler Bestandteil der orientalischen Gesellschaft
SHABO TALAY

37 SYRISCHE CHRISTEN AM SCHEIDEWEG

Mutiger Widerstand oder das Ende des Christentums in Syrien?
ABGAR MALOUL

42 WAS WIRD AUS SYRIEN?

Der Bürgerkrieg muss endlich ein Ende haben
HAYTHAM MANNA

46 SYRIEN: KRISE INNERHALB EINER KRISE

Im Namen Gottes
W. E. ALI REZA SHEIKH ATTAR

50 KOMMUNIQUE

POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

06 AUFGABE UND BEDEUTUNG POLITISCHER STIFTUNGEN

Zum Führungswechsel in der Hanns-Seidel-Stiftung
URSULA MÄNNLE

ANALYSEN

51 DER MACHTKAMPF UM ÖSTERREICH 1933/34

Hitlers Niederlage
GOTTFRIED-KARL KINDERMANN

62 DAS WIRTSCHAFTLICHE INTEGRATIONSPOTENZIAL MYANMARS

Eine Brücke zwischen Süd- und Südostasien
SEBASTIAN PAUST

EXPERTENGESPRÄCH

70 DIE EUROPAWAHL VOM 25. MAI 2014

Expertengespräch über den Wahlausgang
GERHARD HIRSCHER/ECKHARD JESSE

HSS-PROJEKTE

80 PROMOTIONSKOLLEG „GESTALTEN UND ERKENNEN“

Projektabschluss
PAULA BODENSTEINER

84 DIE KÜNSTE UND DIE LEBENSKOMPETENZ

Festvortrag
MAX FUCHS

RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL
- 96 AKTUELLES BUCH
- 99 REZENSIONEN
- 116 MEINUNGSFORUM
- 120 ANKÜNDIGUNGEN
- 122 IMPRESSUM

/// Zum Führungswechsel in der Hanns-Seidel-Stiftung

AUFGABE UND BEDEUTUNG POLITISCHER STIFTUNGEN

URSULA MÄNNLE /// studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Neuere Geschichte. Von 1970 bis 1976 war sie Wissenschaftliche Assistentin an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und von 1976 bis 2009 Professorin an der Katholischen Stiftungsfachhochschule für Sozialwesen in München, Abteilung Benediktbeuern. Ursula Männle trat 1964 der CSU, der JU und der FU bei. Sie war seit 1969 Mitglied des Landesvorstandes und 1973 bis 1977 Stv. JU-Bundesvorsitzende. Von 1973 bis 2007 war sie Mitglied im Landesvorstand der CSU und 1987 bis 2007 Präsidiumsmitglied. Das Amt der Landesvorsitzenden der FU hatte sie von 1981 bis 1991 inne. 1979/80 und 1983 bis 1994 war sie Mitglied des Deutschen Bundestages. In dieser Zeit war sie u. a. familienpolitische Sprecherin der CDU / CSU-Fraktion, Vorsitzende der Gruppe der Frauen der Fraktion sowie Vorsitzende des Sonderausschusses zum Schutz des ungeborenen Lebens. Von 1994 bis 1998 war Ursula Männle Bayerische Staatsministerin für Bundesangelegenheiten. Zwischen 2000 und 2013 war sie Mitglied des Bayerischen Landtags. In dieser Zeit war sie u. a. Vorsitzende des Ausschusses Bundes- und Europaangelegenheiten und Mitglied im Ausschuss der Regionen. Ursula Männle war 20 Jahre Stv. Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung. Am 12. Mai 2014 wurde sie zur neuen Vorsitzenden gewählt.

Politische Studien: Welche gesellschaftspolitische Rolle können Politische Stiftungen in einem Zeitalter sozialer Individualisierung und Fragmentierung spielen?

Ursula Männle: Mit den Politischen Stiftungen steht uns in Deutschland ein erfolgreiches und in dieser Form weltweit einmaliges Instrument zur Verfügung, Menschen für die demokratische Ord-

nung und ihre Gestaltung zu sensibilisieren. Sie sind prädestinierte Orte, um Personen und Persönlichkeiten unterschiedlicher Couleur zusammenzuführen und Gemeinsinn zu stärken. Als Plattform für konstruktiven Austausch und offenen Dialog, als Schulen demokratischen Denkens und Handelns, als Übungsfelder für Zivilcourage sind sie ein notwendiger und wichtiger Kontra-



Der Chefredakteur der Politischen Studien, Reinhard Meier-Walser, im Gespräch mit der neuen Vorsitzenden der Hanns-Seidel-Stiftung, Ursula Männle.

punkt zu Vereinzelung und Vereinsamung in unserer Gesellschaft. Dass der Hanns-Seidel-Stiftung mit Kloster Banz und Wildbad Kreuth gleich zwei Bildungszentren zur Verfügung stehen, in denen wir Menschen nicht nur in theoretischen Debatten, sondern im gemeinsamen Erleben, in der Ansprache von Gefühlen und durch gelebtes Vorbild der Dozenten, Mitarbeiter und Seminar Teilnehmer von der Staatsform der Demokratie überzeugen wollen, freut mich dabei ganz besonders.

Politische Studien: Der Satzung zufolge gehört zu den vorrangigen Zielen der Hanns-Seidel-Stiftung die „Förderung der demokratischen und staatsbürgerli-

chen Bildung des deutschen Volkes auf christlicher Grundlage“. Welche Bedeutung besitzt dieser normative Auftrag für die operative Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung heute?

Ursula Männle: Die politische Bildung nimmt in der Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung eine zentrale Stellung ein. Nicht nur weil dies in unserer Satzung so festgeschrieben ist, sondern weil sie eine wichtige und zentrale Voraussetzung für die Festigung unserer rechtsstaatlichen Demokratie ist. Eine Demokratie braucht gut informierte, interessierte und mitwirkungsbereite Bürger. Dafür bieten wir ein breites Seminarangebot an. Da Bildung aber eben mehr ist als bloße Information, ist sie nicht



Mit den Politischen Stiftungen steht uns in Deutschland ein erfolgreiches und in dieser Form weltweit einmaliges Instrument zur Verfügung.

bezugslos oder wertneutral. Sie bedarf der Einordnung. Für uns als Hanns-Seidel-Stiftung gibt das christliche Menschenbild den Rahmen vor, innerhalb dessen wir in unseren Seminaren Antworten auf grundsätzliche ebenso wie aktuelle und konkrete Fragestellungen entwickeln und vermitteln. Das Fundament bilden die Werte und Prinzipien von Solidarität, Personalität, Subsidiarität und verantworteter Freiheit.

Politische Studien: Welchen Stellenwert genießt die politische Erwachsenenbildung im „Informationszeitalter“, das aufgrund der für die Bürger schier nicht mehr bewältigbaren Flut täglich medial einströmender Informationen zynisch auch „Desinformationszeitalter“ genannt werden könnte?

Ursula Männle: Gerade in einer Zeit, in der wir mit einer Fülle von Informationen konfrontiert werden, die an jedem Ort und zu jeder Zeit über die neuen Medien und Kommunikationsmittel abrufbar sind, ist es eine wichtige Aufgabe der politischen Bildung, die Bürger zu befähigen, die zur Verfügung stehenden Informationen einordnen, strukturieren und bewerten zu können. Urteils- und Entscheidungsfähigkeit gehören untrennbar zur Verant-

wortung des Staatsbürgers. Voraussetzung hierfür ist eine fundierte Wissensvermittlung, die Hintergründe und Zusammenhänge verdeutlicht und dem Einzelnen im Diskutieren gegensätzlicher Positionen hilft, den eigenen Standpunkt zu klären. Dies wollen wir mit unserer politischen Bildungsarbeit leisten.

Politische Studien: Ein weiterer Kernauftrag der Politischen Stiftungen ist die finanzielle und ideelle Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Gerade in Zeiten des allenthalben beklagten „Brain drain“ kommt diesem Aspekt gesteigerte Bedeutung zu. Gibt es einen besonderen Akzent, den die Hanns-Seidel-Stiftung auf dem Feld der Begabtenförderung setzen möchte?

Ursula Männle: Die Förderung begabter Studenten und Promovenden bedeutet für uns in erster Linie eine Investition in die künftigen Leistungsträger unserer Gesellschaft. Die Stipendiaten der Hanns-Seidel-Stiftung sollen befähigt und angeregt werden, kritisch, kompetent und konstruktiv an der Ausgestaltung unserer freiheitlichen Demokratie mitzuwirken. Unser Ziel ist eine Kombination aus wissenschaftlicher Exzellenz und gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein. Ein besonderes Augenmerk richten wir auf den internationalen Austausch. Wir investieren bewusst in ausländische Nachwuchswissenschaftler und ermöglichen ihnen, unsere Gesellschaft kennenzulernen

und unsere Werte und Ideale bei ihrer Rückkehr ein Stück weit mit im Gepäck zu tragen. Wir unterstützen aber genau so unsere eigenen jungen Akademiker beim Sammeln von wertvollen Erfahrungen im Ausland, die unser Land, unsere Gesellschaft nur bereichern können.

Politische Studien: Sie sind sowohl in der Welt der Wissenschaft als auch in der Welt der Politik beheimatet und kennen die Schwierigkeiten, einen fruchtbaren Austausch zwischen Wissenschaft und Politik zu initiieren, der wie staatsbürgerliche Bildung und Begabtenförderung zu den traditionellen Aufgabenfeldern der Hanns-Seidel-Stiftung gehört. Glauben Sie, dass die operative Politik von der Forschungstätigkeit der Hanns-Seidel-Stiftung profitieren kann und sehen Sie insofern Möglichkeiten, den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik im Forum der Stiftung in Zukunft noch zu vertiefen?

Ursula Männle: Tatsächlich ist das Verhältnis von Politik und Wissenschaft durch ein charakteristisches Spannungsfeld geprägt. Während, um es etwas salopp auszudrücken, Wissenschaft ständig auf der Suche nach neuen Fragen ist, die durch entsprechende Forschungen beantwortet werden sollen, sucht die Politik nach umsetzbaren und damit tragfähigen Lösungen, um gesellschaftliche Herausforderungen bewältigen zu können. Auf der einen Seite be-

nötigt die Politik einschlägige Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung zur Klärung diffiziler Sachfragen, um zu einer sachgerechten Entscheidungsfindung zu gelangen. Auf der anderen Seite kommt jede akademische Diskussion gesellschaftlich und politisch relevanter Probleme nicht daran vorbei zu fragen, ob und wie diese wissenschaftlich untermauerten Lösungen implementiert werden können. Hier ist wiederum die Stimme der Politik gefordert. Das sind an sich günstige Voraussetzungen für einen konstruktiven Dialog zwischen Wissenschaft und Politik, den die Hanns-Seidel-Stiftung auch seit langem pflegt und befördert.

Politische Studien: Wenn Sie einen perspektivischen Blick auf die Schwerpunkte der Projektarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung im Bereich der internationalen Zusammenarbeit werfen, welche Zielsetzungen stehen für Sie im Vordergrund und mit welchen Herausforderungen sieht sich die Stiftung konfrontiert?

Ursula Männle: Wir sind eine Politische Stiftung – das unterscheidet uns von vielen Akteuren im Bereich der internationalen Zusammenarbeit. Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht die Gestaltung des Gemeinwesens nach den



Eine Demokratie braucht gut informierte, interessierte und mitwirkungsbereite Bürger. Dafür bieten wir ein breites Seminarangebot an.

Grundsätzen von „Good Governance“. Es geht um die Schaffung von Rahmenbedingungen, die eine Berücksichtigung der Würde des Einzelnen ebenso ermöglichen wie ein gewisses Maß an Rechtsstaatlichkeit und Mitwirkungsmöglichkeiten. Auch wenn im Vordergrund die Umsetzung der Menschenrechte für alle steht, kommt dies in einigen unserer Projekte allerdings manchmal nur indirekt zum Ausdruck. Für uns als Hanns-Seidel-Stiftung ist es wichtig, uns den Zugang auch in politischen Systemen nicht zu versperren, die den Weg zur Demokratie erst noch finden müssen. Aber wir haben in der Vergangenheit immer wieder bewiesen, dass wir hier einen sehr langen Atem haben. Dies stimmt mich zuversichtlich, auch im Hinblick auf diejenigen Weltgegenden, die von einer guten Regierungsführung aktuell noch ebenso weit entfernt sind wie von sozialer und ökologischer Marktwirtschaft.

Politische Studien: Die Eskalation der Konflikte im Osten Europas und an dessen Peripherie (Mittelmeerraum, Nordafrika) unterstreicht die Notwendigkeit einer Vertiefung der Zusammenarbeit demokratischer Staaten, insbesondere auf den Gebieten der Außen-, Sicherheits- und

Verteidigungspolitik. Welche Rolle können hier die Politischen Stiftungen – möglicherweise auch im Sinne gemeinsamer Anstrengungen – spielen?

Ursula Männle: Auch wenn heute Ernüchterung besteht, ist daran zu erinnern, dass am Anfang der Ereignisse im Osten Europas und in der MENA-Region ein demokratischer Aufbruch stand, dessen Anliegen trotz aller Rückschläge in dem Wunsch der Menschen nach Bestimmung ihrer selbst und ihrer Lebensbedingungen ungebrochen besteht. Eine vertiefte Zusammenarbeit demokratischer Staaten in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist sinnvoll. Sie kann konzeptionell an Tiefe gewinnen, indem die Politischen Stiftungen ihre Kenntnis der Ausgangslage und der Wirkung von Entscheidungen auf die betroffenen Gesellschaften einbringen. Doch es wäre zu kurz gegriffen, wenn die Zusammenarbeit demokratischer Staaten nur deren Interesse an der Stabilisierung einer Region und an bestimmten Veränderungen – beispielsweise im Bereich Migration – berücksichtigte. Internationale Politik muss an Glaubwürdigkeit gewinnen. Es müssen daher auch Möglichkeiten und Grenzen internationaler Demokratieförderung neu überdacht und ein Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft gelegt werden. Hier können Politische Stiftungen mit ihrer Erfahrung, ihren Kontakten und dem Gehör, das sie auf politischer Ebene



Die Hanns-Seidel-Stiftung pflegt und fördert seit langem einen konstruktiven Dialog zwischen Wissenschaft und Politik.



Für uns als Hanns-Seidel-Stiftung ist es wichtig, uns den Zugang auch in politischen Systemen nicht zu versperren, die den Weg zur Demokratie erst noch finden müssen.

ne finden, eine realistische Strategie formulieren und umsetzen.

Politische Studien: Frau Prof. Männle, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser, Chefredakteur der Politischen Studien und Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



/// PROF. URSULA MÄNNLE

ist Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung und Staatsministerin a. D., München.

/// Einführung

CHRISTEN IN SYRIEN UND DIE NEUORDNUNG DES NAHEN OSTENS

PHILIPP W. HILDMANN /// Anfang 2011 erreichten die Ausläufer der Arabellion die Arabische Republik Syrien. In immer neuen Eskalationsstufen wird dieses Land seitdem von einem an Grausamkeit kaum überbietbaren Bürgerkrieg zerrissen. Nicht zuletzt die Lage der syrischen Christen und anderer religiöser Minderheiten hat sich dramatisch verschlechtert. Im März 2014 hat die Hanns-Seidel-Stiftung gemeinsam mit dem Zentralrat Orientalischer Christen in Deutschland die komplexe Gemengelage dieses Konflikts im Rahmen einer internationalen Konferenz in den Blick genommen, aus der die meisten Beiträge dieses Schwerpunkts hervorgegangen sind.

Von der friedlichen Revolution zum Stellvertreterkrieg

„Wir sind doch nunmehr gantz, ja mehr denn gantz verheeret! / ... Das vom Bluttfette Schwerdt ... / Hat aller Schweiß, und Fleiß, und Vorrath aufgezehret. / Die Türme stehn in Glutt, die Kirch ist umgekehret. / ... und wo wir hin nur schau / Ist Feuer, Pest, und Tod, der Hertz und Geist durchfähret.“¹ Als der Barockdichter Andreas Gryphius diese Verse seiner „Tränen des Vaterlandes. Anno 1636“ schrieb, hatte der Krieg zwischen der Katholischen Liga und der Protestantischen Union Europa bereits über viele Jahre in ein blutiges Schlachtfeld verwandelt. Die Gewaltbereitschaft war extrem groß. Marodierende Söldner aus ganz Europa zogen durch das Land. Konfessionsfragen beherrschten die

Zeit. Strategische Interessen und Religion verschmolzen zu einer explosiven und todbringenden Mixtur. Am Ende des Dreißigjährigen Krieges waren Städte und Infrastruktur weitgehend zerstört, ganze Landstriche entvölkert. Einige Territorien sollten über ein Jahrhundert brauchen, um sich von den Folgen dieses Konflikts zu erholen.

Die Parallelen zu dem, was heute im Nahen Osten vor den Augen einer schockierten, aber weitgehend tatenlos zusehenden Weltöffentlichkeit geschieht, sind so bedrückend wie evident.² Der Krieg in Syrien, der im Frühjahr 2011 im Gefolge der Arabellion auch die Arabische Republik Syrien erreicht hat und dieses Land seitdem in immer neuen Eskalationsstufen zerreißt, verläuft in ähnlicher Weise. Längst ist der lokale Aus-

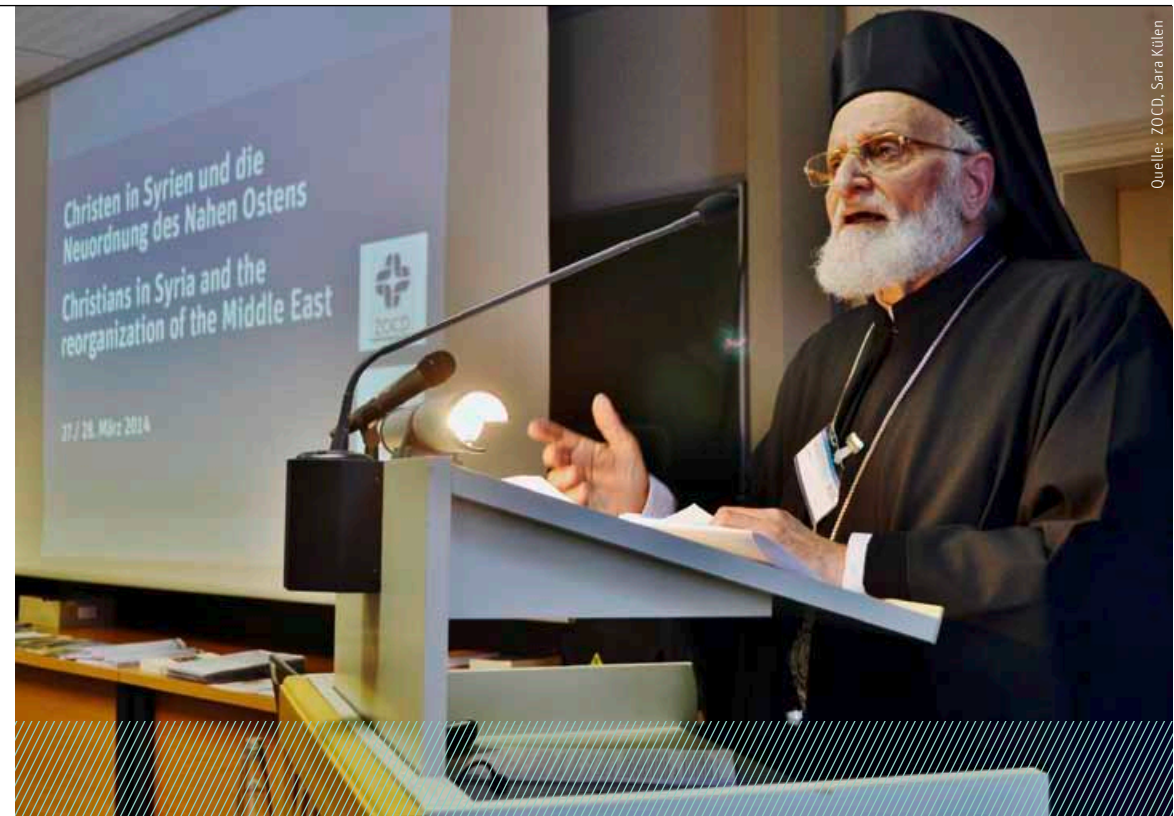
löser in den Hintergrund getreten. Das Regime des Präsidenten Baschar al-Assad, Angehöriger der Religionsgemeinschaft der Alawiten, und die zunächst friedlichen Demonstranten sind schon lange nicht mehr die wichtigsten Akteu-

SYRIEN ist mittlerweile zum Spielball geopolitischer Machtinteressen und zum Schauplatz eines Konfessionskrieges geworden.

re. Das Land ist zu einer Spielfigur auf dem Feld geopolitischer Machtinteressen der Weltmächte Russland, China und USA geworden. Weit mehr noch hat es sich aber zum Schauplatz eines Stellvertreterkrieges entwickelt, dessen Prot-

agonisten um die Vorherrschaft in der Region ringen – das streng sunnitisch geprägte Saudi-Arabien auf der einen, die schiitische Schutzmacht Iran auf der anderen Seite. Beide Länder schicken Waffen und Söldner nach Syrien. Der zum „Clash der islamischen Glaubensrichtungen“ aufgeheizte Krieg erhält so immer neuen Nachschub, inzwischen auch von „mehr als 200 deutschen Islamisten bzw. Islamisten aus Deutschland“³, die in Richtung Syrien ausgereist sind, um dort an Kampfhandlungen gegen das Assad-Regime teilzunehmen.

Saudi-Arabien will Syrien, so scheint es, mit allen Mitteln in das arabische Lager zurückholen. Die Islamische Republik Iran will ihrerseits den Einsturz ihrer Machtachse verhindern, die von Teheran über Bagdad und Damaskus bis



„Syrien war für uns Christen“, so der höchste katholische Würdenträger im Nahen Osten, Gregorios III. Laham, „einmal der beste Ort im ganzen Nahen Osten, um in Sicherheit zu leben.“

zur Hisbollah im Libanon verläuft. Der Konfessionskrieg zwischen Arabern und Persern, Sunniten und Schiiten soll sich nach dem Willen der regionalen Antagonisten Saudi-Arabien und Iran – ohne deren Unterstützung das Regime Baschar al-Assads respektive die Rebellen mit Sicherheit heute deutlich schwächer dastünden – auf dem Schlachtfeld Syrien entscheiden. Ein Westfälischer Friede für Arabien, der Europa im 17. Jahrhundert nach dreißig blutigen Jahren endlich befrieden und eine Phase des Wiederaufbaus einleiten konnte, liegt noch in weiter Ferne. Dass am Ende eine völlige Neuordnung des Nahen Ostens stehen könnte, scheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt keineswegs ausgeschlossen.

Das Grauen des Krieges

„Das vom Blutt fette Schwert“ aus Andreas Gryphius' eingangs zitiertem Gedicht ist in diesem an Superlativen menschlichen Grauens reichen Konflikt dabei keine Metapher, sondern bittere Realität. Die Palette der Menschenrechtsverstöße, die Regierungstruppen Präsident Baschar al-Assads und regimenahe Milizen zugeschrieben werden können, reicht von der Rekrutierung und dem Einsatz von Kindern bei Kampfhandlungen über Geiselnahme und Entführung zu systematisch angewandter Folter, Verstümmelung und Vergewaltigung bis hin zu Massakern an der Zivilbevölkerung oder dem Einsatz von Fassbomben und Chemiewaffen.⁴ „Wir waren am Schluss an dem Punkt, wo wir nur noch von Luft lebten.“⁵ Dieser Satz und das Schicksal des Jesuitenpaters Frans van der Lugt, der fast zwei Jahre bei den verhungerten Menschen in der belagerten Stadt Homs aushielt, ehe ihn Assad-treue Milizen

am 7. April 2014 hinrichteten,⁶ soll hier stellvertretend für das unsägliche Leid gerade der Zivilbevölkerung festgehalten werden.

Aber auch die unterschiedlichen Oppositionsgruppen haben den Nimbus der Unschuld in weiten Teilen längst verloren. Die allermeisten der zuvor aufgelisteten Menschenrechtsverstöße werden auch von den mehr als 1.500 bewaffneten Gruppen begangen, die aktuell in Syrien agieren.⁷ Über die Hälfte dieser Kämpfer hat inzwischen einen islamistischen Hintergrund.⁸ Sie schließen sich extremistischen Gruppierungen wie der al-Nusra-Front oder dem Islamischen Staat im Irak und der Levante (ISIL bzw. ISIS) an, um nur die hierzulande bekanntesten zu nennen.

Die Zahl der Toten, Verletzten und Flüchtlinge steigt **RASANT** an.

Die nüchternen Zahlen der Vereinten Nationen sprechen insgesamt für sich. Gesicherte Opferzahlen liegen nicht vor, doch es muss inzwischen von mehr als 160.000 Bürgerkriegstoten ausgegangen werden.⁹ Aktuell befinden sich rund 6,5 Millionen Menschen innerhalb Syriens auf der Flucht, 2,8 Millionen sind in benachbarte Länder geflohen – die überwiegende Mehrzahl von ihnen sind Frauen und Kinder.¹⁰ Knapp 1,1 Millionen syrische Flüchtlinge leben gegenwärtig im Libanon – bei einer Einwohnerzahl von 4,4 Millionen Menschen. Etwa 775.000 sind in

die Türkei geflüchtet, knapp 600.000 nach Jordanien und etwa 225.000 in den Irak. Rund 138.000 haben sich nach Ägypten durchgeschlagen. Im Vergleich dazu ist das Engagement Europas bei der Aufnahme syrischer Flüchtlinge äußerst gering. Innerhalb der Europäischen Union nimmt Deutschland zwar die meisten von ihnen auf. In Anbetracht der Flüchtlingszahlen ist das bislang zugesagte Kontingent von 15.500 Flüchtlingen durch Bund und Länderprogramme allerdings sehr überschaubar.

Zur Lage der Christen in Syrien

Zwischen all diesen Fronten zerrieben werden die Angehörigen religiöser Minderheiten. Syrien hat sich zwar mit der Unterzeichnung des Zivilpakts¹¹ der Vereinten Nationen schon 1969 zur Einhaltung der Menschenrechte und damit auch zum Schutz der Religionsfreiheit als einem zentralen Menschenrecht in seinem Land verpflichtet, doch die Realität sieht diametral anders aus. Sowohl Regime als auch Oppositionsgruppierungen haben diesen Pakt durch ihre Taten längst zu Makulatur gemacht. Die aufgelisteten Menschenrechtsverletzungen bestimmen die Tagesordnung – die Verletzung des Menschenrechts auf Religionsfreiheit gehört dazu.

Nicht zuletzt die Lage der Christen in Syrien wird immer prekärer. Seit der Entstehungszeit des Christentums vor 2000 Jahren waren sie immer in diesem Landstrich präsent.¹² In allen Städten und in vielen Ortschaften finden sich bis heute Klöster, Kirchen, christliche Pilgerstätten, welche die Geschichte Syriens mitgeprägt haben. Vor Beginn des Bürgerkriegs machte die bunte Vielfalt des orientalischen Christentums 10 % der syrischen Bevölkerung aus und war

damit als Gruppe fast so groß wie die der einflussreichen Alawiten und deutlich größer als die der Drusen.¹³ „Syrien war für uns Christen“, so formuliert es der höchste katholische Würdenträger im Nahen Osten, Gregorios III. Laham, im Rückblick, „einmal der beste Ort im ganzen Nahen Osten, um in Sicherheit zu leben“.¹⁴ Mit Ausbruch des Konflikts stellte Baschar al-Assad, der sich in der Vergangenheit gerne als Beschützer der Minderheiten gerierte,¹⁵ die Christen vor die Wahl: Regimetreue oder Revolution. „Der Machtapparat glaubte, dass die Christen sich für Assad ... entscheiden würden. Aber die Christen waren weniger kooperativ, als das Regime erwartet hatte. Bei allem Zusammenhalt als Glaubensgruppe standen sie nicht abseits der syrischen Bevölkerung, sie litten nicht weniger als alle anderen, und so unterschiedlicher Meinung die Syrer insgesamt sind, so vielfältig positionierten sich die syrischen Christen.“¹⁶ Je schneller sich im weiteren Verlauf des Konfliktes jedoch die Spirale der Gewalt zu drehen begann und sich der Bürgerkrieg immer stärker in einen Konfessions- und Glaubenskrieg ausweitete, desto intensiver gerieten die Christen unter Druck. Das Jahr 2012 brachte nicht nur eine neue Eskalationsstufe des Gesamtkonflikts. Seither ist auch eine deutliche Zunahme gezielter Übergriffe auf Christen zu verzeichnen. Einen traurigen Höhepunkt stellte am 22. April 2013 die Verschleppung des griechisch-orthodoxen Metropoliten von Aleppo und Iskenderun, Boulos al-Yazigi, und des syrisch-orthodoxen Erzbischofs von Aleppo, Mor Youhanna Ibrahim, dar.¹⁷ Bis heute ist ihr Schicksal ungewiss.

Im September 2013 entwickelte Matthias Vogt, Länderreferent des in-

ternationalen katholischen Hilfswerks missio, mehrere potenzielle Zukunftsszenarien für Syrien. Als die für die Christen schlimmstmögliche Entwicklung nannte er ein Abrutschen des Landes in einen konfessionalisierten Bürgerkrieg oder in chaotische Zustände

Die **CHRISTLICHE MINDERHEIT** in Syrien wird mittlerweile bedroht, verfolgt und vertrieben.

mit Terroranschlägen und Entführungen wie im benachbarten Irak. „In einer derartigen Situation würden sehr wahrscheinlich salafistische und djihadistische Gruppen Christen, Alawiten und Schiiten gezielt angreifen, entführen und töten mit dem Ziel der Errichtung eines sunnitisch-islamischen Staates in Syrien. ... In Teilen des Landes wäre also mit einer verfolgungsähnlichen Situation für Christen und andere religiöse Minderheiten zu rechnen.“¹⁸ Dieses Szenario ist heute Realität. Hinter Nordkorea und Somalia belegt Syrien inzwischen Platz Drei des „Weltverfolgungsindex“¹⁹, den das überkonfessionelle Hilfswerk Open Doors seit vielen Jahren veröffentlicht.

Christen werden aktiv vertrieben oder reagieren selbst zunehmend auf diese Entwicklung mit Flucht und Emigration. Alleine 164.000 von ihnen mussten die ehemals bedeutende Industriestadt Homs aufgrund der Kampfhandlungen verlassen, ihre Kirchen wurden zerstört. Zehntausende flohen

aus der bevölkerungsreichsten Stadt Aleppo. Zahlreiche Orte in Syrien mit ehemals starker christlicher Minderheit sind heute faktisch „christenfrei“²⁰. Die Zahl der in ihrem Heimatland verbliebenen Christen beträgt vermutlich deutlich unter 1,3 Millionen. Seit Beginn des Konflikts haben damit bis zu 400.000 Christen das Land aus berechtigter Furcht um Leib und Leben verlassen. „Die Massenabwanderung ist katastrophal. Syrien droht, seine Christen zu verlieren, die über Jahrhunderte gut mit den Muslimen zusammengelebt haben. Syrien könnte“, so der inzwischen ebenfalls im Exil lebende syrische Schriftsteller Fawwaz Haddad, „einen unerlässlichen Teil seiner historischen Identität verlieren.“²¹ Die Signalwirkung auf die anderen Länder des Nahen- und Mittleren Ostens wäre kaum zu überschätzen und hätte enorme Auswirkungen auf die generelle Präsenz von Christen im Orient.

Die Syrien-Konferenz in Wildbad Kreuth

Umso wichtiger ist es, den Syrienkonflikt nicht aus Nichtwissen, Kalkül oder Ratlosigkeit „vor sich hin brennen“²² zu lassen. Gemeinsam mit dem Zentralrat für Orientalische Christen in Deutschland hatte die Hanns-Seidel-Stiftung deshalb im März 2014 religiöse, politische, diplomatische und wissenschaftliche Vertreter aus elf Nationen nach Wildbad Kreuth eingeladen, um die komplexe Gemengelage dieser „großen Tragödie dieses Jahrhunderts“²³ differenziert in den Blick zu nehmen und eine Plattform des Dialogs für alle Beteiligten bereitzustellen. Dargelegt und diskutiert wurde neben der Genese des Bürgerkriegs in Syrien und seinen Auswirkungen auf die Nachbarländer vor allem die konkrete Situation



Vertreter aus elf Nationen diskutieren bei der Syrien-Konferenz der Hanns-Seidel-Stiftung die Zukunft der Christen in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens.

der Christen und anderer religiöser Minderheiten. Zentral ging es um die Frage, wie deren Zukunft in Syrien, aber auch im gesamten Nahen und Mittleren Osten aussehen könnte und wie sich die Region insgesamt im Spannungsfeld von Hoffnung und Verzweiflung entwickeln wird.

Die hier versammelten Beiträge können naturgemäß nur einen kleinen Ausschnitt der an kontroversen Positionen reichen internationalen Konferenz widerspiegeln. So unternimmt der Experte für internationale Sicherheitspolitik und frühere stellvertretende Chefredakteur der Neuen Zürcher Zeitung, Hansrudolf Kamer, eine historische und geopolitische Einordnung des Syrienkonflikts und geht mit dem Vorgehen beziehungsweise gerade dem Nicht-Vorgehen der Großmächte scharf ins Gericht. Shabo Talay, Professor für Semitistik und Arabistik in Berlin und Bergen / Norwegen, konzentriert sich auf die Entwicklung der Vielfalt des orientali-

schen Christentums und nimmt die prekäre Lage der Christen in Syrien in der aktuellen Bürgerkriegssituation in den Blick.

Der in Chicago lebende Präsident des Syrisch-Amerikanischen Forums für Demokratie, Abgar Maloul, konzediert den dramatischen Rückgang der christlichen Bevölkerung im Nahen Osten und sieht die Christen in Syrien heute am Scheideweg, entweder mit aktiver Unterstützung des Westens entschieden Widerstand zu leisten oder das Ende ihrer Existenz in dieser Region zu akzeptieren. Haytham Manna, in Da-

Man kann und darf den Syrienkonflikt **NICHT einfach „vor sich hin brennen“ lassen.**

maskus residierender Sprecher des Nationalen Koordinationskomitees für demokratischen Wandel der syrischen Kräfte, thematisiert, wie die ursprüngliche Intention der friedlichen Proteste systematisch untergraben, religiös aufgeladen und militarisiert wurde. Er plädiert eindringlich für eine Wiederaufnahme der politischen Verhandlungen, um das Drama in Syrien zu beenden.

Die internationale GEMEINSCHAFT hat Verantwortung und muss endlich handeln.

Der Botschafter der Islamischen Republik Iran in Deutschland, Sheikh Attar, führt seine streitbare These aus, dass die Eskalation in Syrien insbesondere die Folge einer Kette strategischer Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen des Westens sei, der unter anderem eine Schwächung der Widerstandsfront gegen Israel zum Ziel gehabt habe. Aber auch er plädiert für ein gemeinsames Vorgehen aller Akteure, um diese menschliche Katastrophe unverzüglich zu beenden. Den Abschluss bildet schließlich das gemeinsame Kommuniké der Hanns-Seidel-Stiftung und des Zentralrats Orientalischer Christen in Deutschland zur Situation der Christen und anderer Minderheiten in Syrien, das an die Selbstverpflichtung der aktuellen Deutschen Bundesregierung erinnert, sich aktiv an der Suche nach einer politischen Lösung des Syrienkonflikts zu beteiligen, das Leiden der syrischen Flüchtlinge und Vertriebenen in den Anrainerstaaten zu lindern und sich für eine gemeinsame europäische Initiative zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge einzusetzen.

Die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft

Auch im vierten Kriegsjahr blickt die Weltöffentlichkeit weitgehend tatenlos auf diese „beschämende humanitäre Katastrophe mit Leid und Vertreibung in einem in der jüngeren Geschichte beispiellosen Ausmaß“²⁴. Doch Ratlosigkeit und Frustration dürfen keine Kategorien internationaler Krisendiplomatie sein. Die internationale Gemeinschaft (und in diese ist die „europäische Diplomatie“, die in diesem Konflikt durchaus „eine Rolle spielen“ könnte, ausdrücklich eingeschlossen)²⁵ muss neue Spielräume des Handelns eröffnen. Wie die bisherige Genese des Konflikts gezeigt hat, ist Nicht-Handeln die schlechteste aller Optionen. Die internationale Gemeinschaft muss sich ihrer Verantwortung bewusst werden. „Through their inaction, a space has been created for the worst of humanity to express itself.“²⁶ Nicht nur um der Zukunft der Christen im Nahen und Mittleren Osten willen, sondern auch um der Bewahrung und Wiederherstellung eines Mindestmaßes an menschlicher Würde für alle dort lebenden Menschen, muss dieser Zustand umgehend geändert werden. ///



/// DR. PHILIPP W. HILDMANN

ist Leiter des Büros für Vorstandsangelegenheiten der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Anmerkungen

- ¹ Hier zitiert nach Meid, Volker: Literatur des Barock, in: Deutsche Literaturgeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, hrsg. von Wolfgang Beutin, Klaus Ehlert und Wolfgang Emmerich u. a., Stuttgart / Weimar, 5., überarbeitete Aufl., 1994, S. 85-120, hier S. 99.
- ² Vgl. Hermann, Rainer: Das Schlachtfeld, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.2.2014, S. 1.
- ³ Verfassungsschutzbericht Bayern 2013, hrsg. vom Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, München 2014, S. 57.
- ⁴ Vgl. den UN-Bericht: 7th Report of Commission of Inquiry on Syria - A/HRC/25/65, vom 12.2.2014, <http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/IICISyria/Pages/IndependentInternationalCommission.aspx>, Stand: 1.7.2014.
- ⁵ Das Zitat wurde von AFP-Reporter Karim Abou Merhi übermittelt, der Pater Frans van der Lugt während der kurzen Öffnung eines Hilfskorridors vom 7.-9.2.2014 in Homs interviewt hat.
- ⁶ Vgl. Dutch priest who saw Syria as home shot dead in Homs, in: The Jordan Times, 8.4.2014. Die Hanns-Seidel-Stiftung hat viele Jahre mit Pater Frans van der Lugt in Homs zusammengearbeitet.
- ⁷ Vgl. den UN-Bericht: Oral Update of the Independent International Commission of Inquiry on the Syrian Arab Republic - A/HRC/26/CRP.2, vom 16.6.2014, <http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/IICISyria/Pages/IndependentInternationalCommission.aspx>, Stand: 1.7.2014.
- ⁸ So die Einschätzung einer Studie der Analytengruppe IHS Jane's, auf die sich das überkonfessionelle Hilfswerk Open Doors bezieht, vgl. <https://www.opendoors.de/verfolgung/laenderprofile/syrien/>, Stand: 1.7.2014.
- ⁹ Vgl. die Meldung der Deutschen Welle vom 20.6.2014, <http://www.dw.de/un-chef-ban-verlangt-waffenembargo-f%C3%BCr-syrien/a-17725733>, Stand: 1.7.2014.
- ¹⁰ Vgl. den UN-Bericht: Oral Update of the Independent International Commission of Inquiry on the Syrian Arab Republic - A/HRC/26/CRP.2, vom 16.6.2014, S. 2, <http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/IICISyria/Pages/IndependentInternationalCommission.aspx>, Stand: 30.6.2014, sowie <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/sy.html>, Stand: 1.7.2014.
- ¹¹ Der Zivilpakt genannte Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) wurde 1966 verabschiedet und trat 1976 in Kraft. Das zuständige Vertragsorgan ist der UN-Menschenrechtsausschuss. Der Pakt garantiert bürgerliche und politische Rechte wie das Recht auf Leben, das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit sowie das Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit.
- ¹² Grundlegend hierzu: Die altorientalischen Kirchen. Glaube und Geschichte, hrsg. von Christian Lange und Karl Pinggéra, 2. Aufl., Darmstadt 2011.
- ¹³ Vgl. Peral, Thomas Prieto: Die Tragik der orientalischen Christen, in: Nachrichten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern 11/2013, S. 343-345, hier S. 343.
- ¹⁴ Hier zitiert nach Selbherr, Christian: Warten bis der Frieden kommt, in: Missio Magazin 4/2014, S. 30-31, hier S. 30.

¹⁵ Vgl. Volk, Thomas: Bedrängte Christen im Nahen Osten, Analysen & Argumente 146/2014, Berlin 2014, S. 5f.

¹⁶ Haddad, Fawwaz: Das Land des Paulus verliert seine Christen. Ein Appell zum Dableiben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.11.2013, S. 28.

¹⁷ Vgl. Vogt, Matthias: Kirche zwischen Staatsmacht und islamistischen Rebellen. Zur Situation der Christen in Syrien, in: Stimmen der Zeit 9/2013, S. 587-596, hier S. 590f.

¹⁸ Ebd., S. 595.

¹⁹ Der „Weltverfolgungsindex 2014“ <https://www.opendoors.de/verfolgung/weltverfolgungsindex2014/weltverfolgungsindex2014/>, Stand: 1.7.2014.

²⁰ Detailliert hierzu Schwaigert, Wolfgang: Zur aktuellen Situation in Syrien und zur Lage der Christen, in: Religion & Gesellschaft in Ost und West 4/2014, S. 22-24, hier S. 24.

²¹ Haddad: Das Land des Paulus verliert seine Christen, S. 28.

²² Perthes, Volker: Die Stunde der Nachbarn, in: Süddeutsche Zeitung, 25.4.2014, S. 2.

²³ So der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, António Guterres, hier zitiert nach Brössler, Daniel: Tragödie dieses Jahrhunderts, in: Süddeutsche Zeitung, 4.9.2013, <http://www.sueddeutsche.de/politik/syrische-fluechtlinge-tragoedie-dieses-jahrhunderts-1.1761911>, Stand: 1.7.2014.

²⁴ Ebd.

²⁵ Perthes: Die Stunde der Nachbarn, S. 2.

²⁶ Oral Update of the Independent International Commission of Inquiry on the Syrian Arab Republic - A/HRC/26/CRP.2, S. 2, <http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/IICISyria/Pages/IndependentInternationalCommission.aspx>, Stand: 1.7.2014.

/// Der Rückzug der Amerikaner hat Folgen

SYRIEN – EIN OPFER DER GEOPOLITIK

HANSRUDOLF KAMER /// Syrien liegt im Schnittpunkt geostrategischer Interessen. Doch der Einfluss und das Interesse der Großmächte nehmen ab. Regionale Akteure bestimmen zunehmend den Verlauf des Bürgerkriegs. Und der Rückzug der Amerikaner aus dem Nahen Osten und der Kollaps ihrer Reputation unter der Präsidentschaft Barack Obamas haben Folgen. Russland versucht, an Einfluss zu gewinnen, doch bisher ohne nennenswerten Erfolg.

Folgen des Arabischen Frühlings

Die missliche Lage in Syrien ist eine direkte Folge der lange andauernden und morsch gewordenen Herrschaft autokratischer Regime in der ganzen Region. Es begann, in der Rückschau, eigentlich schon mit der Grünen Revolution im Iran 2009, die vom Regime niedergeschlagen wurde. Dann folgte der Aufstand in Tunesien im Dezember 2010, der die Serie der Proteste und Revolutionen im später so genannten Arabischen Frühling auslöste. Dieser erschütterte den Nahen Osten und löste auch im Maghreb Umwälzungen aus. Die äußeren Mächte, nicht nur die Amerikaner, waren überrumpelt, ratlos und reagierten widersprüchlich. Die Umwälzungen sind noch nicht zu Ende. Wie der Nahe Osten in zehn Jahren aussehen wird, weiß niemand.

Inzwischen ist aber von den ursprünglichen Motiven des arabischen Aufstandes nur noch im Ursprungsland

Tunesien etwas sichtbar. Ägypten ist in eine vom Militär garantierte und hart durchgesetzte Stabilität geflüchtet, die stark an die Ära Mubarak erinnert und aus der Perspektive westlicher Menschenrechtsorganisationen schlimmer ist als zuvor.¹ Der Iran hat seine interne Revolte überwunden und versucht, mit Verhandlungspolitik die westlichen Sanktionen zu sprengen. Auch stützt er das Assad-Regime in Syrien und verteidigt den schiitischen Hizbullah in Libanon. Der Irak ist nach dem Abzug der Amerikaner schnell wieder instabil geworden. Ein autoritäres Schiiten-Regime drängt die Sunniten in die Arme von Kaida-Gruppen und die Kurden in eine De-facto-Unabhängigkeit.²

Der syrische Bürgerkrieg schwappt auf den Irak über. Als die Regierung in Bagdad die Kontrolle über Fallujah an Kaida-Gruppen verlor, bat der irakische Regierungschef Maliki Washington um Militärbeistand. Doch die Antwort war



Das syrische Volk
leidet, verliert Heimat,
Haus und Hof, viele
auch ihr Leben,
aber die Welt sieht
tatenlos zu.

zögernd und schließlich halbherzig. Obama will unter allen Umständen vor den Zwischenwahlen im November den Eindruck vermeiden, Amerika kehre militärisch in den Irak zurück. Der Kommentator des amerikanischen Außenministers John Kerry lautete bündig, das sei bedauerlich, aber nun eben das Problem der Regierung in Bagdad.

Die Auffassung, dass Washington passiv, verwirrt und unentschlossen sei, ist fast universell geworden. Libyen ist nach der halbherzigen westlichen Intervention, die Muammar Ghadhafi stürzte, in den alten Tribalismus zurückgefallen. Es herrschen chaotische Verhältnisse. Indirekt wurde der Islamistenaufstand in Mali ausgelöst, der von Frankreich nur mit Mühe eingedämmt werden konnte.

Der Arabische Frühling hat langfristig KEINE wirklichen Veränderungen bewirkt.

In der Türkei kollabierte zwar nicht die demokratische gewählte Regierung Erdogan, doch das Demokratie-Modell, das gemäßigten Islamisten als Vorbild hätte dienen können, verlor an Strahlkraft. Der seit der Staatsgründung notorisch instabile Libanon dient als eines der Auffangbecken für syrische Flüchtlinge. Wegen der schiitisch-sunnitischen Rivalitäten steht das Land unter Hochspannung. Ähnliches gilt für Jordanien, wobei der König mit einer klugen Mischung aus Reformpolitik und Repression bisher den schwelenden Protest gemeistert hat.

Saudiarabien kämpft für die Sunniten in Syrien und leistet Widerstand gegen Iran. Die ebenfalls sunnitische Monarchie in Katar dagegen unterstützt ra-

dikale Islamisten, wo sie kann. Sie unterstützt die Muslimbrüder in Ägypten, die Kaida-Kämpfer in Syrien und die Hamas im Gazastreifen. Israel reagiert flexibel. Es blockiert die Verhandlungen mit den Palästinensern und appliziert gezielte Schläge gegen Waffentransporte in Syrien. Die militärischen Optionen für eine größere Luftoperation gegen das iranische Atomprogramm bleiben trotz oder wegen der Verhandlungen der Amerikaner mit Teheran offen.

Syrien findet keinen Ausweg aus dem ruinösen Bürgerkrieg, der bis zum bitteren Ende, will heißen, der vollständigen Erschöpfung ausgekämpft werden könnte. Die Evakuierung von Rebellen aus der lange belagerten Stadt Homs war ein Beispiel für die Strategie des Regimes:³ Belagern und Aushungern von Städten, Artilleriebeschuss und Bombardierung ziviler Wohngebiete, vor allem von Marktplätzen. Kinder und Ältere versuchen, sich am Leben zu halten, indem sie Gras und Baumrinde essen. In den meisten Gebieten waren zuletzt die Truppen des Regimes auf dem Vormarsch oder hielten ihre Stellungen. In einigen wenigen, wie etwa auf den Golanhöhen, haben die Rebellen die Oberhand.

Der Aufruhr begann mit ersten Aufrufen zu Protesten im Februar 2011. Das Regime reagierte mit Verhaftungen von Oppositionellen. Die Protestdemonstrationen schwollen an und umfassten mehrere Tausend Teilnehmer. Mitte März begannen die Sicherheitskräfte, auf unbewaffnete Demonstranten zu schießen. Im Sommer bildeten desertierende Soldaten der syrischen Streitkräfte die Freie Syrische Armee zum Schutz von Zivilisten. Allmählich entwickelte sich ein ausgewachsener Bürgerkrieg. Die Gegner Assads erhielten Unterstüt-

Von den ursprünglichen Motiven des arabischen Aufstandes ist nur noch im Ursprungsland TUNESIEN etwas sichtbar.

zung von außen, das Regime ebenfalls. Der Diktator reagierte auch politisch. Er ließ ein Verfassungsreferendum durchführen und entfernte alle sozialistischen Bezüge aus dem Grundgesetz. Wahlen sollten helfen, seine Herrschaft zu legitimieren.

Damaskus brennt, der Westen diskutiert

Die Kampfhandlungen, die Massaker und Grausamkeiten des Kriegs steigerten sich ins Unerträgliche. Immer mehr Syrer verließen das Land. Im Westen nahm die Diskussion über Syrien sofort zu. In Amerika herrschte Wahlkampf und die Republikaner warfen Obama Untätigkeit vor. Das alles geschah unter dem Eindruck, dass ein militärisches Eingreifen mindestens aus humanitären Gründen notwendig sei.

Nach dem Ende des Kalten Kriegs und seinen Folgeerscheinungen regierte im Westen die Doktrin des verstärkten Engagements: Man musste den Gefahren, die von schwachen oder gescheiterten Staaten ausgehen wie Terrorismus, Verbrechen, Krankheiten, Migration und Krieg, begegnen. Man musste verhindern, dass ganze Regionen dem Chaos anheimfallen. Das war der öffentlich propagierte Ersatz für eine viel ältere Hegemonial- und Ressourcenpolitik, ein Ersatz, der damals seine innere Logik hatte.

Aus dem Leiden der Zivilbevölkerungen, das am Bildschirm die westliche Behaglichkeit störte, wurde die Idee der sogenannten humanitären Intervention geboren. In der UNO wurde die Schutzverantwortung zum Prinzip erhoben, die die „internationale Gemeinschaft“ verpflichtet, Bevölkerungen allenfalls gegen deren eigene Regierung zu schützen. Die Stabilisierung durch Nation Building wurde das Gebot der Stunde. Es war eine Art Neo-Imperialismus – und zwar lange vor 9/11. Somalia, Haiti, der Balkan waren die Schauplätze. Der Irak, der in Kuwait einmarschierte und die neue Weltordnung, aber auch die Ölversorgung bedrohte, wurde zurückgebunden. Es gab Konflikte im Kaukasus, an europäischen Nahtstellen. „Gehe zur Krise, sonst kommt sie zu Dir“, war eine geläufige Redensart. Deutschland werde auch am Hindukusch verteidigt, eine andere.

Nicht mehr. Der Arabische Frühling brachte zwar neuen Druck auf den Westen, „etwas“ zu tun, viele große Worte wurden gesprochen, doch nur in Libyen

Vom Prinzip der Schutzverantwortung ist der WESTEN im Arabischen Frühling abgerückt.

wurde militärisch eingegriffen. Inzwischen hat sich diese Intervention als Fehlschlag entpuppt. Das Fiasko in Bengasi beschäftigt noch die amerikanische Politik – aber nicht die Außen-, sondern die Innenpolitik.

Der Altmeister europäischer Gleichgewichtspolitik, Henry Kissinger, meldete sich nach der Ermordung der Kinder in Houla in Syrien zu Wort und schrieb in der „Washington Post“, ein

amerikanisches Vorgehen gegen das Assad-Regime käme einem Verrat an der modernen Konzeption einer Weltordnung gleich.⁴ Jener Weltordnung, die 1648 aus dem Westfälischen Frieden entstanden sei und als Kern eine Abtrennung der Außenpolitik von der inneren Verfassung der Staaten beinhalte.

Diese zentrale und klassische These hat er in seinen Büchern immer wieder dargelegt. In seiner praktischen Politik als Sicherheitsberater und Außenminister hat er sie allerdings oft missachtet. Und das Schlagwort von der absoluten Negation einer „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ wurde zum Lieblingsargument aller Gewaltherrscher – auch Assads. Doch was Syrien betrifft, erkannte Kissinger ein strategisches Interesse Amerikas an, das über humanitäre Belange hinausweist. Assad hat an der iranischen Strategie in der Levante und am Mittelmeer mitgewirkt, Hamas unterstützt, den Hizbullah gefördert und eine stabile politische Ordnung des vielgestaltigen Libanon unterminiert. Eine Beseitigung Assads läge im amerikanischen Interesse.

Aber nicht jedes strategisches Interesse ist ein Kriegsgrund. Die Beseitigung eines Diktators zieht laut Kissinger Anstrengungen zum Nation Building nach sich und diese wiederum müssten die Lage verbessern, nicht verschlechtern.

In Syrien hat der Westen nicht eingegriffen und die Opposition nicht direkt unterstützt. Hauptgrund dafür ist, dass es keine Garantie gibt, ob ein Nachfolge-Regime besser wird als das gegenwärtige. Deshalb nimmt man lieber den Teufel, den man kennt. Chaos oder Islamismus, Terrorismus oder blutige Repression oder einfach alles zusammen

sind Schreckensszenarien, die Interventionsgelüste im Ansatz abtöten. Wenn aber das, was als mögliche Folge einer westlichen Intervention behauptet wird, auch ohne sie eintritt, dann verliert das Argument an Gewicht. Es werden westliche Attitüden entblößt, die sich in ihrer reinsten Form in der sogenannten Schutzverantwortung der UNO konkretisieren. Weder Schutz noch Verantwortung sind damit verbunden.

Das Leiden in Syrien erhöhte den Druck auf den Westen, „etwas“ zu tun, doch nur in LIBYEN wurde militärisch eingegriffen.

Zwiespältige Interessen

Einiges spricht für westliche Zurückhaltung – angesichts herrschender Ideenlosigkeit und allgemeinen Wankelmutes. Doch kann man es der vom Arabischen Frühling bewegten jungen Generation in der Region nicht verdenken, wenn sie die westlichen Ideale zunehmend als hohle Rhetorik abtut und die Islamisten mit ihrem festgezurrten Ideengebäude als die besseren Wahrer ihrer Interessen sieht. Assad ist strategisch Irans Brücke zum arabischen Nahen Osten, ganz im Wortsinn für Waffentransporte, aber auch politisch für die Herausforderung Israels. Ohne ihn zerfiel der iranische Anspruch auf regionale Hegemonie. Es erstaunt deshalb nicht, dass bei Anhörungen im Kongress in Washington der Chef des U.S. Central

Command erklärte, ein Sturz Assads wäre der größte Rückschlag für den Iran in 25 Jahren.⁵

Zwiespältige Interessen gibt es allenthalben. Europäische Nachrichtendienste sollen Kontakt mit Assad-Leuten pflegen, um sich über die Aktivitäten europäischer Jihadisten auf dem Laufenden zu halten. Aus Britannien, Deutschland und Frankreich, nebst anderen Ländern, sind sie in den „heiligen“ Kampf gezogen. Sie könnten dereinst nach Europa zurückkehren und dort weitermachen, wo sie aufgehört haben. Selbst in Israel ist man geteilter Meinung darüber, ob die Attacken sunnitischer Kämpfer auf den Erzfeind, den schiitischen Hizbullah, nun zum eigenen Vorteil sind oder nicht.

Islam-Spezialisten haben Hochkonjunktur. Sie weisen darauf hin, dass die Dinge viel komplizierter sind als einfache strategische Überlegungen und Interessenabwägungen. Unter den Jihadisten tummeln sich verschiedene Kaida-Sprösslinge und Terrorzellen in vielen Verästelungen zusammen mit Salafisten, die alle auch verschiedene regionale und globale Aspirationen pflegen. Sie metastasieren überall und bekämpfen sich auch gegenseitig. Salafistische Zellen sollen sogar im Westjordanland entdeckt worden sein.

So kann nun die westliche Interventionsdoktrin, geknüpft an die Vorstellung von gescheiterten Staaten, ad acta gelegt werden. Amerika wird bald einmal von nahöstlichen Energielieferungen unabhängig. Weshalb soll es sich noch mit einer Region beschäftigen, der offensichtlich nicht zu helfen ist? Geopolitisch ist auch nicht klar, wer eigentlich profitiert. Es ist kein Null-Summen-Spiel. China, Russland, vielleicht der Iran?

Verhandlungen als Deckmantel

Diktatoren vom Schlage eines Assad lassen sich nicht „weg diplomatisieren“. Die Scheu vor einem militärischen Eingreifen und auch vor einer direkten militärischen Unterstützung produzierte als Ausweg Konferenzen und Verhandlungen. Nach wochenlangem Gezerre hatten sich die Mächte und die Arabische Liga auf den Friedensnobelpreisträger und ehemaligen UNO-Generalsekretär Kofi Annan geeinigt. Eine von ihm inszenierte Feuer-einstellung in Syrien trat in Kraft – rein theoretisch. Niemand hielt sich daran. Nach dem Scheitern seiner Bemühungen räumte selbst er ein, nun müsse man wirklich härter gegen Assad vorgehen. Ihm folgte der algerische UNO-Diplomat Lakhdar Brahimi, der im Mai 2014 ebenfalls das Handtuch warf. Beide erfüllten die Funktion eines „Schutzschildes“ für die öffentliche Meinung und die Arabische Liga. Dass beide in der Vergangenheit alles andere als erfolgreich waren,

AMERIKA hat keine geopolitischen Interessen mehr, um dort einzugreifen.

war kein Hinderungsgrund für ihre Berufung, im Gegenteil: Es diente der Sache. Ein realer Vermittler, der Nägel mit Köpfen machen würde, ist in Moskau unerwünscht. Präsident Obama wiederum stellte bis zur Krise um die Ukraine seine Russland-Politik „strategisch“ über das Syrien-Fiasko. Sie war ihm wichtiger als eine Waffenruhe oder eine Verhandlungslösung in Syrien.

Der renommierte Strategie Edward Luttwak, der die Weltgeschehnisse seit Jahrzehnten beurteilt, kam nach messerscharfen Überlegungen zu dem unbefriedigenden Schluss, Amerika verliere so oder so, wenn eine Seite im syrischen Bürgerkrieg die andere niederringe.⁶ Das Beste für Amerika wäre eine lange Patt-Situation ohne klaren Sieger. Diese Erkenntnis, gut begründet, half aber nicht weiter. Wie soll Amerika sicherstellen, dass es bei einem Schwebzustand bleibt? So etwas lässt sich nicht kalibrieren. Auch würde es in der Öffentlichkeit nicht verstanden. Eine solche, offen deklarierte Politik wäre tot geboren. Dennoch ähnelt die heutige Lage der Prognose Luttwaks auffallend.

Die Rolle Russlands

Russland hielt und hält noch immer eine schützende Hand über Damaskus. Moskau verhinderte auch mehrmals eine UNO-Resolution, die über Unverbindliches hinausging oder – wie im Fall von Libyen – von interventionswilligen Mächten extensiv ausgelegt hätte werden können. Den Plan der Arabischen Liga lehnte es ab.

Russland praktizierte Säbelrasseln und Flaggezeigen. Der russische Marinerverband mit dem Flugzeugträger „Admiral Kusnezow“ kreuzte im Mittelmeer und besuchte auch kurz Tartus,

die alte Flottenbasis, die langsam wieder renoviert wird. Lust auf eine militärische Konfrontation spürte Moskau aber nicht. Auch für den Kreml sind die politischen Entwicklungen im Nahen Osten schwer kalkulierbar geworden. Russland will keinesfalls zusammen mit dem syrischen Regime in der Region isoliert werden. Nachdem sich die Türkei und die Arabische Liga merklich von Assad distanziert hatten, änderte auch Moskau kurzfristig seine Haltung. Im UNO-Menschenrechtsrat übte es bei der Syrien-Entscheidung Stimmhaltung aus. Zugleich wurde erstmals eine Delegation der syrischen Opposition in Moskau von Putin empfangen. Darauf folgte Tadel an der syrischen Regierung wegen unverhältnismäßiger Gewaltanwendung.

Das alles war Vorbereitung für eine Vermittlerrolle, die Russland gerne spielen wollte, um sich aus einem Dilemma zu befreien. Als Friedensstifter könnte es seinen Einfluss in Syrien – und auch im Iran – bewahren, ohne dass es generell mit unpopulären Autokraten identifiziert würde. Auch könnte es westlichen Einfluss blockieren. Die russische Unterstützung Assads könnte schließlich dessen Überleben sichern. Doch ist dieser Verlauf keineswegs gegeben, denn auch Russlands Engagement bleibt beschränkt.

Obamas rote Linie

Der Wunsch wurde bald Wirklichkeit. Obama hatte – natürlich im Wahlkampf – im August 2012 zum ersten Mal angedeutet, dass man in Syrien militärisch eingreifen könnte. Er sprach von einer roten Linie, die Assad nicht überschreiten dürfe, nämlich dem Einsatz von C-Waffen.⁷ Er wollte den Eindruck vermeiden, er sei schwach, und so seinem Geg-

ner Mitt Romney ein Argument liefern. Assad überschritt die rote Linie am 21. August 2013 mit einer Kampfgas-Attacke, der 1400 Zivilisten und Kämpfer zum Opfer fielen. Die Videos und Fotos der Leichen trafen die westliche Empfindsamkeit. Die Diskussion darüber, was zu tun sei, um eine Wiederholung des Schrecklichen zu verhindern, begann sogleich. Der französische Präsident, der britische Premierminister und die amerikanische Staatsoberhaupt stießen alle Drohungen aus, es werde eine „ernsthafte Antwort“ geben. Der amerikanische Außenminister steigerte die Tonlage ins Leidenschaftliche. Er sprach von der moralischen Obszönität der Verwendung von C-Waffen.

Moskau würde sich gerne als **FRIEDENSTIFTER** aus seiner derzeitiger eher ungünstigen Position im Syrien-Konflikt heraus manövrieren.

Wenn von diesen Politikern das Wort „ernsthaft“ in den Mund genommen wird, dann ist militärisch gemeint. Und die nicht-ausgesprochene Grundbedingung lautet: Ohne die Amerikaner läuft nichts. Es war, wie sich bald herausstellte, nur ein Strohfeder. Präsident Obama erklärte im Fernsehen unter dem Eindruck der Ereignisse, er werde militärisch zuschlagen, um ein Zeichen zu setzen und Assad zu bestrafen. Dann aber sagte er in der gleichen Rede, er wolle eine Autorisierung durch den Kongress für einen Militärschlag. Dies, obwohl er auch erwähnte, nach der Verfassung brauche er eine solche gar nicht. Das waren der Widersprüche zu viele. Im Kongress wurden viele Stimmen laut, die sich angesichts der Politik der

Selbst nach Assads Einsatz von C-Waffen SCHRECKTE Obama obwohl angekündigt vor einem Militäreinsatz ZURÜCK.

Administration gegen eine Militärintervention aussprachen. Doch der Kongress kam gar nicht dazu abzustimmen. Nach einer nur hingeworfenen Bemerkung Außenminister Kerrys wurde die improvisierte Absprache mit Russland über die Beseitigung der syrischen C-Waffen aus dem Hut gezaubert. Moskau hatte nun seine Vermittlerrolle. Assad stimmte zu. Der Militärschlag war abgeblasen. Die Einsammlung der Waffen begann, ist aber noch nicht abgeschlossen, obwohl die Termine immer wieder verschoben wurden. Inzwischen verhärtet sich der Verdacht, dass das Assad-Regime nicht alle Depots mit C-Waffen deklariert hat. Der französische Außenminister Fabius erklärte in Washington, Assad habe seit Oktober 2013 mehrmals C-Waffen eingesetzt.

Was bei dem Hin und Her in Washington über einen Militärschlag noch nicht bekannt war: Die Administration Obama war im Geheimen mit dem Iran über die Atompolitik und eine Lockerung der westlichen Sanktionen im Gespräch. Diese Verhandlungen kamen in Gang und produzierten ein vorläufiges Abkommen über die Modalitäten der iranischen Atompolitik. Am 20. Juli soll der Interimsvertrag durch ein endgültiges Abkommen ersetzt werden. Doch der Iran scheint das Interesse am Abschluss eines solchen verloren zu haben.

Diplomatie und Konferenzen erfüllten die Funktion eines „Schutzschildes“ für die ÖFFENTLICHE MEINUNG und die Arabische Liga.

Verpasste Chancen

Wenn Amerika heute über verpasste Chancen nachdenkt und die Lage nicht nur im Nahen Osten betrachtet, so spielt die Politik im Anti-Terrorkrieg nach 9/11 eine wichtige Rolle. Heute gilt der Krieg zum Sturz Saddam Husseins im Irak als ein Desaster, das den Preis nicht wert war. Dieser war sicher ein Beispiel dafür, wie schwierig es für Demokratien im Allgemeinen ist, längere militärische Einsätze durchzustehen, die nicht dem Überleben der eigenen Nation dienen. Doch die Kehrseite dieses Befundes ist, dass die Krise um den Irak nach dem Golfkrieg 1990/91 zehn Jahre lang wucherte und dass das Regime Saddam Hussein eine reale Bedrohung war. Assad stellt nicht die gleiche Bedrohung dar, aber je länger der Bürgerkrieg andauert, desto gravierender sind seine Folgen. Das Abseitsstehen Amerikas hat genau das produziert, was es zu verhindern vorgab, nämlich einen Krieg der Volksgruppen gegeneinander, alle gegen alle, mehr Massaker, regionale Instabilität und wachsender Jihadismus.

Es kann sein, dass – wie einst im Irak – eine Intervention von außen später doch noch notwendig wird. Mit hilfloser Diplomatie ist dem Schlamassel jedenfalls nicht beizukommen. Vom Iran und von Russland kommt nichts Konstruktives. Kühle Machtpolitik prägt Putins Verhalten, so wie er sie mit Geschick auch in der Ukraine praktiziert. Der Iran hebt westliche Sanktionen aus, ohne dass er verlässlich seine Atompolitik verändert. Der Westen wird in Syrien und im ganzen Nahen Osten über die Bücher gehen müssen. Nachhaltigkeit ist selten eine Kategorie der internationalen Politik. ///



/// HANSRUDOLF KAMER

ist Publizist in Küsnacht und ehemaliger stv. Chefredakteur der Neuen Zürcher Zeitung.

Anmerkungen

¹ Stephan Roll, Ägypten-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik, im Deutschlandfunk, 29.4.2014.

² International Crisis Group: Flight of Icarus?, Middle East Report Nr. 151, 8.5.2014.

³ Garfinkle, Adam: Muddling Through in the Middle East, in: The American Interest, 23.5.2014.

⁴ Kissinger, Henry A.: The Perils of Intervention in Syria, in: The Washington Post, 3.6.2012.

⁵ Gen. James Mattis, Head of U.S. Central Command, vor dem Armed Services Committee des Senats, 5.3.2013.

⁶ Luttwak, Edward N.: In Syria, America Loses if Either Side Wins, in: The New York Times, 24.8.2013.

⁷ Pressekonferenz im Weißen Haus, 20.8.2012.

/// Ein integraler Bestandteil der orientalischen Gesellschaft

ZUR GESCHICHTE DER CHRISTEN SYRIENS

SHABO TALAY /// Die Christen sind ein integraler Bestandteil der orientalischen Gesellschaften, auch wenn ihre Zahl vor allem im letzten Jahrhundert stark zurückgegangen ist und sie aus manchen Ländern wie z. B. Libyen, Tunesien, Algerien, Marokko, Iran und der Türkei fast verschwunden sind. Die orientalischen Christen stellen in der Regel die Urbevölkerung ihrer Länder dar. Sie haben über Jahrhunderte mit ihrer Kultur und ihrem Wissen diese Länder geprägt.

Ambivalentes Verhältnis zur islamischen Herrschaft

Das gilt auch für Syrien, wo die Christen teilweise heute noch die alte Sprache Syriens, das Aramäische, sprechen. Dieses Selbstbewusstsein tragen die Christen mit sich, obwohl ihnen seit der islamisch-arabischen Eroberung ihres Landes im 7. Jahrhundert bis zum 20. Jahrhundert die gesellschaftliche Stellung als Untergebene und Kopfsteuerzahler zugewiesen wurde. Manche scheinen sich mit dieser gesellschaftlichen Situation immer noch nicht abgefunden zu haben und beharren darauf, dass ihnen das Land gehöre. Manche meinen sogar, dass die Muslime fremde Eindringlinge seien. Über Jahrhunderte entwickelten sie das Gefühl, unter einer Besatzung zu leben. Die islamische Herrschaft verstanden sie oft als Joch und verglichen sie mit der alttestamentlichen Knechtschaft in Ägypten. Deshalb sahen Teile

der Christen im Orient in den fremden Eroberern der Geschichte wie den Mongolen im 13. Jahrhundert und den Kreuzfahrern vom 11. bis zum 13. Jahrhundert die Befreier von der islamischen Herrschaft. Dieses Gefühl entwickelten manche später auch gegenüber den Kolonialmächten, den Franzosen und den Briten.

Seit dem 7. Jahrhundert fühlten sich die Christen in Syrien von der islamischen Herrschaft UNTERJOCHT.

Verlust der eigenständigen ethnischen Identität

Mit dem sogenannten Millet-System der Osmanen wurden die Christen ab dem 16. Jahrhundert endgültig in die Kategorie der Schutzbefohlenen abgeschoben. Sie wurden zu religiösen Einheiten er-



Quelle: LOUIE BESHARA/AFP/Getty Images

Die Lage der Christen hat sich seit 2011 drastisch verschlechtert. Ende April 2013 wurden die zwei Erzbischöfe von Aleppo, hier Boulos Yaziji, entführt. Ihr Schicksal ist bis heute ungewiss.

klärt, die von kirchlichen Führern verwaltet wurden. Ihre örtlichen weltlichen Führer verloren dadurch ihre Macht und Bedeutung. Die Christen wurden nur noch nach ihrer Religion und Konfession definiert. Damit ging ihre frühere kulturelle und ethnische Identität allmählich verloren. Nur in abgelegenen Regionen wie dem Libanon oder der Südosttürkei konnten christliche Fürsten ihre Macht erhalten und sich dem Einfluss der Staatsmacht entziehen. In diesen Regionen konnten die Christen auch teilweise ihre alte Sprache und Kultur bis heute bewahren. Überwiegend wurden die Christen aber bereits in den

ersten islamischen Jahrhunderten arabisiert und ihre frühere Kultur, aber auch ihre Sprache dem Arabischen angepasst oder aufgegeben. Dieser Prozess, der viele Gründe hat, führte dazu, dass schon zu Beginn der osmanischen Herrschaft im 16. Jahrhundert die Christen in Syrien, Palästina und Ägypten fast gänzlich arabisiert waren. Nur durch diese Anpassung an die neuen Verhältnisse war es ihnen möglich, einen Beitrag für die wissenschaftliche und kulturelle Blüte in der islamisch-arabischen Welt ab dem 8. Jahrhundert zu leisten. Diese Blüte, die auch als goldene Zeit der arabischen Kultur bezeichnet wird,

ist in erster Linie auf die Vermittlerrolle der aramäischen Christen zwischen der antiken Welt und dem islamischen Orient zurückzuführen.

Schwächung durch interne Zersplitterung

Die Christen in Syrien stellen keine einheitliche Fraktion dar. Sie sind nicht nur konfessionell heterogen, sondern auch in ihrer Beziehung zur arabischen Ideologie des Staates. Die konfessionelle Zersplitterung der Christen ist nicht ausschließlich das Ergebnis der Missionstätigkeit westlicher Kirchen, wie im Orient manchmal behauptet wird. Die Geschichte der Spaltung geht auf die ersten christlichen Jahrhunderte zurück, als die Christen in Syrien generell als syrische Christen bekannt waren. Nicht zuletzt durch die christologischen Streitigkeiten des 4. und 5. Jahrhunderts erfuhr das Christentum in Syrien eine zweimalige Spaltung, die bis zum heutigen Tag sichtbar ist und das syrische Christentum seit jener Zeit in seiner Entwicklung geprägt hat und heute noch prägt. Zunächst erfolgte die hauptsächlich politisch motivierte Spaltung des Christentums in Ostsyrer („Nestorianer“) und Westsyrer unter den beiden Großmächten Byzanz im Westen und Persien (Sassaniden) im Osten. In Persien sah man in den einheimischen Christen immer mehr die mit dem byzantinischen Kaiser im Glauben vereinten Feinde. Deshalb wurden die Christen dort verfolgt, bis sie im Jahre 489 endgültig ihre Unabhängigkeit von der Westkirche erklärten. Die zweite große Spaltung erfolgte einige Jahre später, resultierte aber aus der im Konzil von Chalcedon 451 beschlossenen Christologie, die von einem größeren Teil der syrischen Christen abgelehnt wurde. Die das Konzil von

Die Christen wurden seit der osmanischen Zeit ARABISIERT.

Chalcedon ablehnende Partei wurde von der byzantinischen Staatsmacht über längere Zeit verfolgt, bis sie fast endgültig verschwunden war. Knapp 100 Jahre nach dem Konzil konnte der syrische Bischof Jakobus Baradaeus († 578) eine selbständige, von der offiziellen Reichskirche unabhängige Kirchenhierarchie und Jurisdiktion aufbauen. Mit diesem Schritt erfolgte aber eine zweite Spaltung der syrischen Christenheit in Byzantiner (heute Rum-Orthodoxe) und Syrer (heute Syrisch-Orthodoxe). Durch eine spätere Mission aus dem Westen, insbesondere im 19. Jahrhundert, sind je ein katholischer und ein evangelischer Zweig der alten syrischen Kirchen entstanden, was zu einer weiteren Fragmentierung des syrischen Christentums führte. Diese Zersplitterung in verschiedene unabhängige kirchliche Institutionen war in schwierigen Zeiten, wie auch heute, die größte Schwäche für die Christen. Sie konnten nie als eine Einheit mit einer Stimme sprechen. Von dem im Jahre 1974 gegründeten Middle East Council of Churches, in dem mit Ausnahme der Assyrischen Kirche alle Kirchen vertreten sind, sind zu den derzeitigen Problemen der Christen in Syrien keine Verlautbarungen bekannt.

Die Missionsaktivitäten der neueren Zeit, d. h. des 18./19. Jahrhunderts, hatten neben den zuvor erwähnten negativen Folgen, die sich in den vielen unab-

hängigen Kirchen manifestiert, auch viele positive Auswirkungen. Darunter ist in erster Linie die Bildung zu nennen. Die Missionare bauten überall an ihren Wirkungsstätten auch Bildungseinrichtungen auf, in denen die Christen Syriens und nicht nur ihre Anhänger ausgebildet wurden. Neben Volks- und prak-

Die starke innere konfessionelle ZERSPLITTERUNG der Christen schwächt ihre Position.

tischen Berufsschulen in allen wichtigen Städten Syriens wurden auch höhere Bildungseinrichtungen geschaffen. Die bedeutendsten von ihnen sind die beiden Beiruter Universitäten, die Amerikanische Universität (AUB), die 1866 als nichtstaatliche Universität von amerikanischen Missionaren unter dem Namen Syrian Protestant College, und die Universität St. Joseph, die von jesuitischen Missionaren im Jahre 1875 als katholische Universität gegründet wurden. An diesen Universitäten wurden viele bedeutende Persönlichkeiten des kirchlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens in „Großsyrien“ ausgebildet. Beide Einrichtungen haben eine wichtige Rolle für die politische und gesellschaftliche Entwicklung über Syrien/Libanon hinaus gespielt.

Animiert vom Einsatz der Missionsorganisationen für die schulische Erziehung haben auch die orientalischen Kirchen eigene Bildungseinrichtungen für ihre Mitglieder aufgebaut. Dadurch er-

lebte die christliche Bevölkerung Syriens einen regelrechten Bildungsaufschwung, insbesondere seitdem auch den Mädchen der Zugang zur Bildung ermöglicht wurde. Dies hatte zur Folge, dass in der französischen Mandatszeit über Syrien (1922-1946) aufgrund ihrer Ausbildung überproportional viele Christen in der Mandatsverwaltung arbeiteten. Die Christen konnten damit wieder eine Mittlerrolle zwischen dem Westen und der islamischen Gesellschaft ihres Heimatlandes einnehmen. Obwohl alle christlichen Bildungseinrichtungen auch muslimischen Kindern zugänglich waren, profitierten davon aber in besonderem Maße die christlichen Kinder. Die höhere Schulbildung hatte wiederum zur Folge, dass den Christen der Zugang zum Westen erleichtert wurde, was die Emigration der Christen aus ihrer Heimat in die westlichen Länder förderte.

Die arabische Renaissance im 19. Jahrhundert und der Weg zur Gleichberechtigung

Die gemeinsame Sprache bildet die Grundlage für die im 19. Jahrhundert entstandene Bewegung zur Revitalisierung der arabischen Kultur, die mit Nahda („Erweckung“) bezeichnet wird. Die Nahda ist als Reaktion auf den Schock zu verstehen, den die Araber in Ägypten und der Levante (Syrien, Libanon und Palästina) erlebten, als ihnen im 19. Jahrhundert durch die industriellen und gesellschaftlichen Errungenschaften in Europa die eigene Rückständigkeit vor Augen geführt wurde. Viele wichtige Protagonisten dieser sprachlich-literarischen Renaissance waren Christen, z. B. Butrus al-Bustani, 1819-1883, und Dschurdschi Zaidan, 1861-1914. Diese Bewegung führte zu einer,

alle gesellschaftlichen Gruppen einenden, arabisch-ethnischen Identität. Hierbei ging es um die Formulierung einer nationalistischen Ideologie, die auf der gemeinsamen arabischen Sprache, Geschichte und regionalen Kultur basierte und sich der herrschenden türkisch-osmanischen Herrschaft gegenüberübersah.

Dabei wurde erreicht, dass die Bedeutung der religiösen Unterschiede zwischen Christen, Juden und Muslimen, auf der bis dahin das osmanische Gesellschaftsmodell basierte, abgeschwächt wurde. Eine neue pan-arabische Ideologie entstand, deren wichtigsten Stützen die arabische Sprache und Kultur bildeten. Diese Ideologie mündete in der Gründung pan-arabischer Parteien, die im Laufe des 20. Jahrhunderts in vielen arabischen Ländern an die Macht kamen. Dazu gehört die heute noch in Syrien herrschende Baath-Partei. Auch an der Gründung dieser Partei-

Im 19. Jahrhundert entstand eine neue PAN-ARABISCHE Ideologie, die die Christen mit einschloss.

en waren Christen an vorderster Front beteiligt. In besonderer Weise sei hier der Vordenker des arabischen Nationalismus, Michel Aflaq (1910-1989), erwähnt, der die Baath-Partei mitbegründete und ihr erster langjähriger Vorsitzender wurde. Die Christen wurden unter der arabisch-nationalistischen Ideologie zum ersten Mal seit der islami-

schen Eroberung ihrer Heimat im 7. Jahrhundert nicht mehr als Schutzbefohlene, sondern als gleichberechtigte Bürger angesehen.

Die streng laizistische Ideologie der Baath-Partei in Syrien (und im Irak) bot den Christen und anderen Minderheiten absolute Gleichberechtigung mit der muslimischen Mehrheit. Nirgendwo sonst in den islamischen Staaten hatten die Christen jemals solch eine Stellung genossen. Unter dem Deckmantel des säkularen Arabismus konnte sich auch die Glaubensgemeinschaft der Alawiten, auch Nusairier genannt, entfalten. Bis dahin teilten die Alawiten das Schicksal der Christen, weil auch sie von der muslimischen Mehrheit nicht als echte Muslime anerkannt wurden.

Die Baath-Partei

Im März 1963 erlangte die Baath-Partei durch einen Putsch zum ersten Mal die Macht in Syrien und formte bald ein arabisch-nationalistisches Einparteiensystem nach dem Vorbild des Ostblocks. Am 16. November 1970 kam Hafis al-Assad, bis dahin Verteidigungsminister, durch Sturz der Regierung an die Macht und wurde Staatspräsident. Hafiz al-Assad, ein Angehöriger der alawitischen Glaubensgemeinschaft, regierte von Anfang an mit harter Hand und duldet weder innere noch äußere Opposition. Doch 1973 scheiterte er beim Versuch, eine laizistische Verfassung ohne Bezug auf die Religion einzuführen. Stattdessen musste er der sunnitischen Mehrheit entgegenkommen und die Scharia als eine der Hauptgrundlagen der Gesetzgebung akzeptieren. Damit ist Assad von den laizistischen Idealen seiner Partei abgewichen. Die sunnitische Mehrheit konnte er allerdings nicht zufriedenstellen.

Als Reaktion auf die restriktive Politik gegen die sunnitische Opposition revolvierte die Bewegung der Muslimbrüder Ende der 1970er-Jahre mit Terroranschlägen gegen die Staatsgewalt. Diese Auseinandersetzung mit den Muslimbrüdern führte Anfang der 1980er-Jahre zu einem Zustand, der insbesondere in den Städten Homs und Hama dem gegenwärtigen Bürgerkrieg nicht ungleich war. Den Aktionen der Muslimbruderschaft setzte ein hartes militärisches Eingreifen ein vorläufiges Ende, das neben einer langandauernden Verhaftungswelle die Bombardierung und Zerstörung der Altstadt von Hama im März 1982 umfasste. Von über 30.000 Toten allein in Hama ist die Rede. Allen Syrern ist diese brutale Niederschlagung des islamistischen Widerstands noch gegenwärtig. Seitdem versucht die Muslimbruderschaft im Untergrund und vom Ausland aus, den Sturz des Assad-Clans zu erreichen. Auch vor diesem Hintergrund muss der heutige Konflikt verstanden werden.

Auf der anderen Seite genießen die christlichen Gemeinschaften und ihre kirchlichen Institutionen unter der Herrschaft der Baath-Partei Freiheiten, die in den anderen Staaten der islamischen Welt beispiellos sind. Die Bedingung für diese Freiheiten ist die absolute Loyalität der Kirchen und ihrer Führer der Staatsführung gegenüber. Diese Position zeigt sich deutlich in den Verlautbarungen der Kirchenführer und ihrer Parteinarbeitnehmer für das Regime seit dem Ausbruch des gegenwärtigen Konflikts. Allerdings wurden Christen, die sich mit der Politik der Baath-Partei nicht abfinden konnten und beispielsweise die überbordende Korruption anprangerten, genauso verfolgt wie die sunnitische Opposition.

Fehlendes Vertrauen in die Opposition und Flucht vor Islamisten

Nach dem Tod Hafiz al-Assads im Juni 2000 keimte bei vielen, insbesondere den Intellektuellen des Landes, die Hoffnung auf Veränderung und Liberalisierung des Landes auf. Bashar al-Assad, der seinem Vater im Amt des Präsidenten nachfolgte, nährte zunächst diese Hoffnung. Er vertrat liberale Ansichten, ließ den Mobilfunk, das Internet und Satellitenfernsehen ausbauen und viele politische Gefangene entlassen. Er

Die Christen genießen unter der Herrschaft der Baath-Partei Schutz, solange sie sich LOYAL der Staatsführung gegenüber zeigen.

erlaubte politische Diskussionsforen und Salons von Intellektuellen, in erster Linie in Damaskus, in denen politische und soziale Fragen diskutiert wurden.

Doch Bashar al-Assad konnte die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen. Korruption, Vetternwirtschaft, Machtmissbrauch durch staatliche Institutionen, unkontrollierbare Geheimdienste und Arbeitslosigkeit nahmen den Menschen jede Hoffnung und Perspektive auf eine bessere Zukunft. Wer konnte, suchte sein Glück im Ausland. Als eine Reaktion auf den Einmarsch der Amerikaner in den Irak im Jahre 2003 hat das Regime in Syrien, aus Angst vor einem amerikanischen Einmarsch auch in Syrien, den Hass auf die Amerikaner und den Westen geschürt.

Dabei hat es schon vorhandene religiöse Empfindlichkeiten genutzt. Der Sturz des Regimes im Irak hatte zudem die Christen des Landes zur Zielscheibe unterschiedlicher fanatischer Organisationen gemacht. Unzählige Christen wurden ermordet, zahlreiche Geistliche entführt und auf bestialische Weise hingegrillt und Hunderttausende Christen aus dem Land vertrieben. In dieser Zeit hat die teilweise Liberalisierung der Medien, vor allem des Satellitenfernsehens in den arabischen Ländern, Dutzende religiöse Sender hervorgebracht, die eine Intoleranz gegenüber Andersgläubigen, Christen und auch liberalen Muslimen predigten. Eine religiöse Intoleranz, ein für Syrien neues Phänomen, die zu der schon schwierigen politischen Lage kam, zwang viele Christen, ihre Heimat zu verlassen. Als nun ab 2011 die Massenproteste gegen das Regime begannen und bald zusätzlich islamistische Züge zu Tage brachten, konnte sich die überwiegende Mehrheit der Christen damit nicht mehr identifizieren. Sie befürchteten, nach dem Sturz des Regimes das gleiche Schicksal wie die Christen im Irak zu erleiden, obwohl die politische Opposition von Anfang an auch Christen in ihrer Führung vorweisen konnte.

Auf den Schlachtfeldern spielen seit mehr als einem Jahr die gemäßigten Kräfte keine Rolle mehr. Dominiert wird die kämpfende Opposition von unterschiedlichen islamistischen Brigaden, die zum Teil offen einen islamischen Staat in Syrien propagieren. Diese verübten gezielt viele grausame Verbrechen an der christlichen Bevölkerung. Sie entführten Geistliche, darunter die zwei Erzbischöfe von Aleppo (seit dem 22. April 2013 ist nichts über ihr Schicksal bekannt) und 14 Nonnen aus Maaloula (inzwischen im Rahmen eines Ge-

fangenentauschs freigelassen), eroberten christliche Ortschaften und massakrierten die Bevölkerung (so beispielsweise Ghassaniya bei Aleppo, Sadad bei Homs, Maaloula bei Damaskus). Das Vorgehen dieser Organisationen in Syrien entspricht exakt dem der Islamisten im Irak. In Syrien haben sie bereits große Regionen im Osten des Landes in ihrer Macht, wo sie islamische Emirate gegründet haben, die sie nach dem Vorbild der Taliban in Afghanistan regieren. Aus Angst vor diesen Fanatikern ist die überwiegende Mehrheit der Christen aus den östlich-nordöstlichen Provinzen Raqqa, Deir az-Zor und Hasake ins Ausland geflüchtet. Eine Rückkehr in ihre Heimat können sich nur noch wenige vorstellen.

Abschließende Bemerkung

Unter einer Diktatur möchten die Christen, genauso wie die anderen Bürger des Landes, am wenigsten leben. Wegen fehlender demokratischer Strukturen

Mit Beginn der Unruhen 2011 VERSCHLECHTERTE sich die Lage in Syrien für die Christen erheblich.

würde die Übernahme der Macht durch eine islamisch-sunnitisch gefärbte Mehrheit die Situation in Syrien nicht verbessern. Denn für eine gesunde gemeinsame Zukunft ist es notwendig, dass die islamische Mehrheitsgesellschaft eine absolute Religionsfreiheit akzeptiert sowohl für Muslime als auch

Eine **FUNKTIONIERENDE** islamische
Mehrheitsgesellschaft braucht absolute
Religionsfreiheit.

für Christen. Dazu gehört in erster Linie die Freiheit der Religionswahl und Religionswechsel. Dies muss ein Kernpunkt der Erziehung in Schule und Gesellschaft sein, um zu einem respektvollen Miteinander zu gelangen. Die Angst der Christen vor einem vom Islam dominierten politischen System würde bei der Akzeptanz der absoluten Religionsfreiheit schwinden, und die im Land verbliebenen Christen könnten mit Hoffnung auf die Zukunft in Syrien schauen. ///



/// PROF. DR. SHABO TALAY

ist Professor für Semitistik und Arabistik an der Freien Universität Berlin und Universität Bergen.

Weiterführende Literatur

Flores, Alexander (Hrsg.): Die Zukunft der orientalischen Christen. Eine Debatte im Mittleren Osten. Hamburg / Berlin 2001.

Hage, Wolfgang: Das orientalische Christentum. Die Religionen der Menschheit. Stuttgart 2007.

Khoury, Adel Th.: Christen unterm Halbmond. Freiburg 1994.

Tamcke, Martin: Christen in der islamischen Welt. Von Mohammed bis zur Gegenwart. München 2008.

Tamcke, Martin (Hrsg.): Zur Situation der Christen in der Türkei und in Syrien: Exemplarische Einsichten. Wiesbaden 2013.

Ye'or, Bat: Der Niedergang des Orientalischen Christentums unter dem Islam. 7.-20. Jh., zwischen Dschihad und Dhimmitude. Gräfelting 2002.

/// Mutiger Widerstand oder das Ende des Christentums in Syrien?

SYRISCHE CHRISTEN AM SCHEIDEWEG

ABGAR MALOUL /// Die Wurzeln des Christentums in Syrien gehen bis auf das 1. Jahrhundert zurück. Von einer einstigen Mehrheit haben sich die Christen mittlerweile zu einer Minderheit entwickelt, deren Lage nie einfach war. Die derzeitige Entwicklung in Syrien stellt aber eine echte Gefahr dar.

Rückblick

Das Christentum in Syrien und in der Region, die sich vom Libanon-Gebirge bis zum Urmia-Tal im West-Iran erstreckt, geht bis auf das erste Jahrhundert der Christenheit zurück. Die große Mehrheit gehört zur einheimischen Bevölkerung dieser Region und ist syrisch-assyrischer Abstammung, von welcher der Name Syrien stammt. Im Jahr 1900 lag die Bevölkerungszahl in der Türkei bei zehn Millionen, von denen 30% Christen waren; heutzutage liegt die Zahl der Christen dort statistisch gesehen bei 0%. Im Libanon bildeten die Christen einst die Mehrheit, heute sind sie eine Minderheit. In Syrien gab es über 30% Christen, heute nur noch 10%. Im Irak lag die Zahl der Christen bei über 20%, heute bei 5%. Nach dem Ersten Weltkrieg und der Bolschewisti-

schen Revolution entstand im Nahen Osten eine neue politische Landkarte und weltweit eine neue Orientierung. Der Westen begann, nach Verbündeten zu suchen, um die Expansion des Kommunismus zu stoppen. Das war der Zeitpunkt, als der politische Islam und der Aufbau neuer diktatorisch-chauvinistischer Regime begann. Menschen wurden unterdrückt und ihrer grundlegenden Menschenrechte beraubt, und die Welt sah schweigend zu. Die USA

Die Zahl der Christen im Nahen Osten
ist im 20. Jahrhundert stetig **GESUNKEN**.

Die Christen stellen
im Nahen Osten eine
Minderheit dar.



und Europa begrüßten eine machiavelistische Politik mit tragischen Folgen, die Condoleezza Rice am 20. Juni 2005 in Kairo so zusammenfasste: „Sechzig Jahre lang hat mein Land, die USA, Stabilität in dieser Region hier im Nahen Osten auf Kosten der Demokratie angestrebt, und wir haben keins von beidem erreicht.“

Im 19. und 20. Jahrhundert begrüßten die Christen den Arabismus als eine Möglichkeit, sich von der ottomani-schen Tyrannei zu befreien. Zweihundert Jahre später, in denen man in Verleugnung und Wunschdenken gelebt hatte, entlarvte der Arabische Frühling die traurige Realität. Die Christen mussten letztendlich feststellen, dass jeder, der kein Moslem ist, kein Araber ist. Dabei geht es nicht um die DNA, sondern um die Realität, die überall herrscht. Wie ist sonst zu erklären, dass die Verfassungen aller arabischer Staaten außer der des Libanons festlegen, dass der Islam die Staatsreligion und der Präsident ein Moslem sein soll und der Islam die Grundlage für die Gesetzgebung ist. Die Christen leben somit als Bürger zweiter Klasse in ihrem eigenen Heimatland.

Es ist eine bittere Ironie, dass die Invasion in den Irak, die von zwei christlichen Staatsoberhäuptern, nämlich George Bush und Tony Blair, gestartet wurde, den Anfang vom Ende des Christentums im Nahen Osten bedeuten sollte. Die USA ließen den Irak mit einer neuen Verfassung und mit „Allah – Akbar“ auf der Flagge zurück. Sie halfen den Kurden, ihr eigenes Land aufzubauen, übergaben das Amt des Präsidenten muslimischen Sunniten und das Amt des Ministerpräsidenten muslimischen Schiiten, den Syrer-Asyryern, der einheimischen Bevölke-

rungsgruppe des Irak, aber hinterließen sie nichts. So sagte ein amerikanischer Politiker in einem Gespräch über dieses Thema: „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht so aussehen, als ob die Kreuzritter zurück wären.“ Im übertragenen Sinn bedeutet das: „Pech, dass Sie Christen sind!“ Christsein im Nahen Osten ist demnach also eine Bürde. Manche der Länder haben Mitleid und erleichtern den Christen die Einwanderung, manche bedauern es, akzeptieren aber das, was den Christen angetan wird, als Kollateralschaden.

Der Arabische Frühling hat den Christen in Syrien die Bedrohung ihrer EXISTENZ gebracht.

Die Lage

Der Arabische Frühling hat auch Syrien erreicht, aber die Menschen sind skeptisch, besonders die Christen. Viele haben Angst, dass sie nur noch zwischen einem diktatorisch-chauvinistischen Regime und der islamistischen Al Qaida wählen können, eine Wahl also zwischen Schlechtem und noch Schlechterem. Die Grundvoraussetzung dieses Gedankens ist falsch. Die Bevölkerung sollte weder einem Terrorregime noch den Dschihadisten ausgeliefert sein.

Das Streben der Menschen nach Reform, Freiheit, Würde und Demokratie ist ein edles Anliegen, und es ist die moralische Verpflichtung der Weltgemeinschaft, ihnen dabei zu helfen, das zu

erreichen. Die Frage ist, wie kann dies erreicht werden? Angesichts dessen, was im Irak, in Libyen und Ägypten passierte, glaubten die meisten Syrer, dass der Westen helfen und eine säkulare Bewegung, die in Syrien eine sehr breite Basis hat, unterstützen würde. Stattdessen sehen sie sich jetzt schockierenderweise der islamischen Bewegung und insbesondere der Moslem-Bruderschaft gegenüber. Jetzt gibt es zwei Extreme, die miteinander kämpfen, und die schweigende Mehrheit zahlt den Preis.

Die syrischen Christen **BRAUCHEN** die aktive Unterstützung des Westens.

Die Ironie besteht darin, dass fast alle islamistischen Anführer, wenn sie im Westen in einer demokratischen säkularen Gesellschaft leben und wie alle anderen Bürger auch behandelt werden, ihre Religion frei ausüben. Kehren sie aber in den Nahen Osten zurück, dann vergessen sie das völlig. Ihre Interpretation von Demokratie ist, dass 51 % das Recht haben, die anderen 49 % zu unterdrücken. Durch den Arabischen Frühling und die Eskalation der Gewalt wird der Nahe Osten entlang den konfessionellen Grenzen getrennt. Christen können diese Realität nicht länger ignorieren und müssen einen entschiedenen, mutigen und letzten Widerstand leisten, denn ansonsten steht das Ende ihrer Existenz in dieser Region bevor.

Ausblick

Der Nahe Osten ist unser Land, wir gehören hierher und unsere Wurzeln sind hier. Wir werden nicht akzeptieren, dass wir von Dschihadisten oder autoritären chauvinistischen Regimen ethnisch gesäubert werden. Es besteht die Hoffnung, dass der Westen aus früheren Fehlern lernen und die derzeitigen Drohungen gegen die Christen des Nahen Ostens ernst nehmen wird. Der Westen kann und sollte eine wichtige und wirksame Rolle spielen, um die Christen und andere Minderheiten im Nahen Osten zu schützen. Wir müssen Druck ausüben auf Regime und Oppositionsgruppen im Nahen Osten, besonders auf die, welche Unterstützung aus dem Westen erhalten, damit eine säkulare Verfassung verabschiedet werden kann. Wir müssen Christen unterstützen und ermutigen, in ihrem Heimatland zu bleiben. Wir müssen die Unterstützung muslimischer Oppositionsgruppen verhindern, die versteckte radikale Programme haben.

Die Welt kann nicht schweigend zusehen. Wir müssen handeln und für unsere Interessen und unseren Glauben kämpfen. Wir müssen klar und unmissverständlich zeigen, dass wir keine Verfolgung aus religiösen Gründen im Nahen Osten zulassen werden. Der Westen sollte uns dabei helfen und die Schaffung einer säkularen demokratischen Verfassung mit der Trennung von Staat und Religion fordern und durchsetzen. Eine Verfassung, die sich an die allgemeine Erklärung der Menschenrechte hält, die Freiheit jedes Einzelnen schützt und die garantiert, dass alle Bürger ungeachtet ihrer religiösen, ethnischen, politischen oder Geschlechtszugehörigkeit gleichberechtigt sind. Falls dies nicht möglich ist, dann sollten die

Christen zumindest das Recht auf Selbstbestimmung haben.

Wie bereits gesagt: Der Preis des Nicht-Handelns ist viel höher als der des Handelns. ///



/// **ABGAR MALOUL**

ist Präsident des Syrisch-Amerikanischen Forums für Demokratie, Chicago / USA.

/// Der Bürgerkrieg muss endlich ein Ende haben

WAS WIRD AUS SYRIEN?

HAYTHAM MANNA /// Der Bürgerkrieg in Syrien geht in sein viertes Jahr. Die Lage ist mittlerweile international wie regional turbulent und von der Auflösung sowie dem Wiederaufbau der Entscheidungszentren und der politischen Prioritäten der beteiligten Länder gekennzeichnet. Das Ausmaß der Zerstörung übertrifft dabei jeden anderen bewaffneten Konflikt nach dem Zweiten Weltkrieg, und es ist eine menschliche Tragödie, der die internationale Gemeinschaft zusieht, anstatt sich ihrer Verantwortung zu stellen.

Die Lage

Die syrische Industrie ist mittlerweile zu circa 80% zusammengebrochen. Von 100.000 Industrieanlagen wurden 60.000 infolge von bewaffneten Kämpfen und Targeting vollständig oder teilweise zerstört, die restlichen 40.000 arbeiten nur mit verminderter Kapazität. Der Gesamtschaden bezüglich Produktion, Infrastruktur und Einnahmen beläuft sich auf fast 350 Milliarden Dollar.

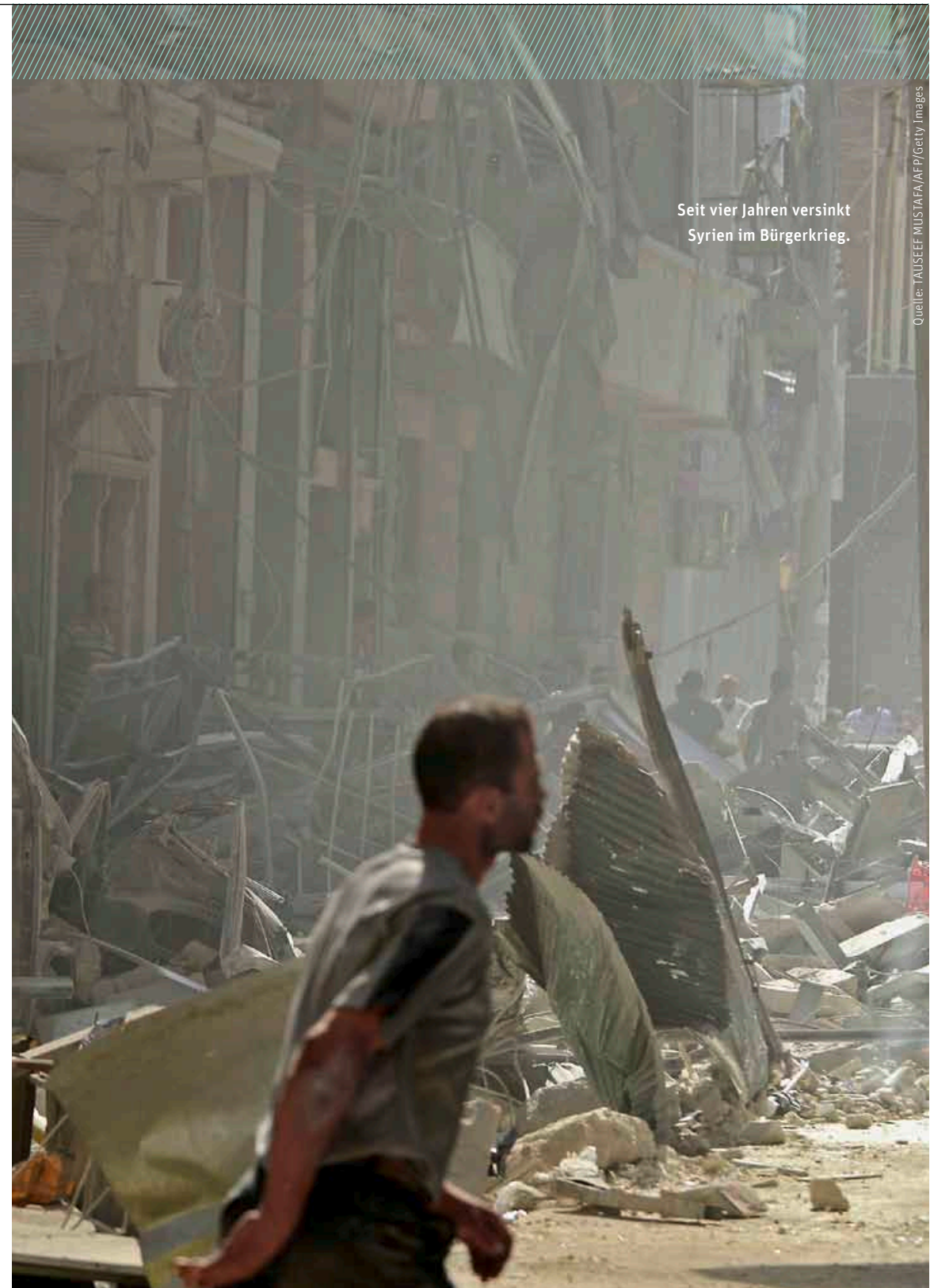
Die LAGE im syrischen Bürgerkrieg wird zunehmend bedrohlicher und unhaltbar.

Annähernd 60% der Syrer sind arbeitslos, 70% der medizinischen Einrichtungen sind zerstört und höchstens 20% der Kinder an den Zufluchtsorten erhalten noch Schulunterricht. Es gibt bereits mehr als 150.000 Tote und doppelt so

viele Verwundete. In den syrischen Gefängnissen werden fast 125.000 Personen festgehalten, mehr als 2,5 Millionen Menschen sind bereits aus dem Land geflohen.

Die Protestbewegung

Die Zahl der mit den friedlichen Protesten verbundenen Opfer lag in den ersten Monaten unter 5.000. Ende Juli 2011 protestierten in den größeren Städten wie Hama, Homs, Daraa, Damaskus und Umgebung, Deir ez-Zor und Idlib bereits über 1 Million Menschen, wodurch der Sicherheitsapparat stark ins Wanken kam. Es gelang nicht, die Proteste zu stoppen, und die Sicherheitsbehörden zeigten sich in diesem Zeitraum von ihrer schlechtesten Seite. Das autoritäre Regime konnte nur mit Mitteln der Gewalt und Festnahmen reagieren. Die Diktatur bekam Risse, und es folgten nachweislich bereits in den ers-



Seit vier Jahren versinkt Syrien im Bürgerkrieg.

Quelle: HAJISEEF MUSTAFA/AFP/Getty Images

ten sechs Monaten der Proteste im Frühjahr 2011 Verbrechen gegen die Menschlichkeit seitens der Sicherheitsdienste.

Die politische Oppositionsbewegung innerhalb Syriens konnte ihre wichtigsten Vertreter im Nationalen Koordinationskomitee für Demokratischen Wandel der syrischen Kräfte unter dem Banner „Nein zu Sektierertum, Nein zu Gewalt, Nein zu ausländischer Intervention“ vereinen, und es entstanden im ganzen Land Jugendgruppierungen. Mitte Mai 2011 ließ das syrische Regime Inhaftierte, die wegen ihrer Mitgliedschaft bei Al-Qaeda angeklagt waren, frei, und Gruppen dieser Organisation kamen zur gleichen Zeit in das Land. Salafistische Medien und die Medien der Golfstaaten (insbesondere aus Saudi-Arabien und Katar) begannen, die Idee von Waffen zur Selbstverteidigung zu verbreiten, um eine neue Phase der Militarisierung und das Zurückdrängen der breiten friedlichen Protestbewegung einzuleiten. Dafür wurden Freiheitskämpfer angeworben und die Außenpolitik wurde auf die breiten Oppositionsgruppierungen außerhalb des Landes verlagert. Es hieß, eine Intervention der NATO sei unausweichlich, und man sprach davon, dass das Regime in spätestens einem Monat zusammenbrechen würde und man

deshalb eine Schattenregierung und eine alternative Armee aufbauen müsse. Die revolutionäre Bewegung geriet mit einer nur improvisiert bewaffneten und nur für bewaffnete Aktionen gegründeten Opposition in einen Kriegszustand. Angesichts einer fehlenden politischen Führung wurde sie schnell konfessionell (insbesondere sunnitisch) eingefärbt, und es gelang auch nicht, die Kämpfer zu vereinen.

Die Wiederaufnahme politischer Verhandlungen ist das WICHTIGSTE Mittel, das Drama in Syrien zu beenden.

Dies gelang nur den Takfiri Jihadisten. Sie bildeten eine größere militärische Einheit, auch dank ihres klaren ideologischen Zusammenhalts, und spielten bald in den Reihen der bewaffneten Opposition eine wesentliche Rolle, nicht zuletzt auch deshalb, weil sie Fremde aus mehr als 70 Ländern holten. Die türkische Regierung unter Erdogan erleichterte deren Transfer in das Gebiet innerhalb Syriens. Das Bündnis verschaffte den 11 Staaten der sogenannten Freunde des syrischen Volkes den politischen und finanziellen Schutz für die externe Opposition, bestehend aus dem Syrischen Nationalrat und der Koalition, unter der personellen Führung der Freien Syrischen Armee, welche sich als die schwächere Partei in der bewaffneten Opposition erwiesen hatte. Dem syrischen Regime kam diese Entwicklung gelegen. „Bestätigte“ sie doch seine Verschwörungstheorie und lieferte somit den nötigen Vorwand, um offiziell nach den Hezbollah-Kämpfern zu rufen und offen in der Schlacht bei al-Qusair zu intervenieren.

Die anfänglich friedliche Volksprotestbewegung ENTWICKELTE SICH zu einer bewaffneten revolutionären Bewegung.

Aussicht

Nach dem Misslingen der Genf 2 Konferenz gibt es heute jeden Tag mehr als 100 neue Opfer. Mafiagruppen verbreiten diesen schmutzigen Krieg im eigenen Land wie im Ausland. Die Entführungen, die Säuberungen, die Zerstörung der Infrastruktur wie der kulturellen Güter durch die Schabiha-Milizen des Regimes und die extremistischen Kämpfer gleichermaßen sind unzählbar. Die Takfiri Jihadisten haben außer ihrem Namen nichts mit dem Islam zu tun und töten jeden, der ihrem Glauben an einen inneren Konflikt um Geld und Macht widerspricht. Rache und Vergeltung machen jede Politik unmöglich, und die organische Verbindung zu der Ära vor dem Kapitalismus kehrte bei dem Versuch, die Milizen und Todesschwadronen des Herrschers und der Beherrschten neu zu gründen, verstärkt zurück.

Niemand fühlt sich verantwortlich, und somit nehmen die Kriegsverbrechen und die Barbarei auf beiden Seiten zu. Gegen die Zerstörung von Dämmen oder die Bombardierung eines pharmazeutischen Betriebes, das Werfen einer Autobombe oder von mehr als 1.200 Tonnen Sprengstoff von einem Flugzeug greift niemand ein. Europa, die USA und Russland sind derzeit mit der Krise in der Ukraine beschäftigt und kümmern sich nicht darum, dass die Zahl der syrischen Opfer steigt.

Die Bewaffnung einiger Oppositionsparteien hat sich inzwischen als schwerer Fehler erwiesen, hat sie doch dazu geführt, dass diese nun wie das syrische Regime begonnen haben, Blut zu vergießen und schwere Verbrechen zu begehen. Auch sie haben somit die friedliche Volksbewegung torpediert und untergraben.

Im Moment kann man von einer Zukunft Syriens nicht sprechen. Dazu müsste der UN-Sicherheitsrat zuerst einmal beschließen, allen bewaffneten Nicht-Syrern die internationale Legitimität abzusprechen und zu der historisch verhandelten Vereinbarung zurückkehren, dass das „Genfer Communiqué“ die einzig vernünftige Grundlage darstellt, um der Gewalt ein Ende zu bereiten, und dass die Wiederaufnahme politischer Verhandlungen das wichtigste Mittel ist, um die in dem Land herrschende Gewalt zu marginalisieren und diesem schmutzigen Krieg ein Ende zu bereiten. ///



/// DR. HAYTHAM MANNA

ist Sprecher des Nationalen Koordinationskomitees für demokratischen Wandel der syrischen Kräfte, Damaskus.

/// Im Namen Gottes

SYRIEN: KRISE INNERHALB EINER KRISE

W. E. ALI REZA SHEIKH ATTAR /// Syrien ist in seiner langen Geschichte ein Knotenpunkt vieler Religionen und Zivilisationen gewesen. Aufgrund einer Kette von Fehlentscheidungen und Fehleinschätzungen des Westens hat sich die Krise dort inzwischen zu einer menschlichen Katastrophe ausgewachsen, die ein sofortiges kollektives Vorgehen erfordert, das auf realen Gegebenheiten begründet ist und nicht auf den Illusionen einiger weniger Akteure.

Die Krise in Syrien ist unglücklicherweise derart eskaliert, dass wir jetzt in jeder Hinsicht mit einer „menschlichen Katastrophe“ konfrontiert sind. Die wichtigste Frage, die geklärt werden muss, ist, warum wir einen derart tragischen Punkt in der Geschichte dieses Landes und sogar der Welt erreicht haben, besonders wenn wir die Tatsache berücksichtigen, dass Syrien das einzige stabile Land in dieser unberechenbaren Nachbarschaft gewesen ist, und nun das instabilste geworden ist und den Nährboden für Extremismus und Terrorismus bereitet.

Syrien ist in seiner langen Geschichte ein Knotenpunkt vieler Religionen und Zivilisationen gewesen. Wir alle wissen, dass Abrahams Religionen auf Frieden beruhen, und dies seit Jahrhunderten, und tatsächlich haben deren Anhänger in Frieden zusammengelebt, nicht nur in Syrien, sondern in fast allen muslimischen Ländern im Nahen Osten. Unglücklicherweise ist aufgrund einer Kette von „Miss-es“ einer der gefährlichsten und strategisch folgenreichsten Fehler seitens des Westens in Syrien gemacht worden. Was ist mit dieser Kette von „Miss-es“ gemeint?

Die großen Westmächte haben zusammen mit einigen regionalen Verbündeten aufgrund ihres „Miss-verständnisses“ und ihrer „Miss-deutung“ des sogenannten Arabischen Frühlings und des Islamischen Erwachens in der Region die Entwicklungen in Syrien „miss-deutet“, was zu einer „Miss-kalkulation“ der tatsächlichen Gegebenheiten

Die Krise in Syrien ist zur „menschlichen Katastrophe“ **ESKALIERT**.



Eine Fortsetzung dieses Krieges kann zu einer möglichen Auslöschung Syriens führen, meint der iranische Botschafter Sheikh Attar.

vor Ort und letztendlich zu diesem tragischen „Miss-management“ der Krise in Syrien geführt hat. Unglücklicherweise versuchten einige regionale und überregionale Länder, jedes aus einem anderen Grund, die Situation in Syrien zu manipulieren, und planten, die ursprünglichen und rechtmäßigen Forderungen der einfachen Syrer zu „missbrauchen“. Länder wie Saudi-Arabien,

Eine „Miss-Deutung“ des Islamischen Erwachens von WESTLICHER Seite hat die Eskalation mit befördert.

gefangen in Illusionen und Ängsten, dachten, sie könnten diese „Bewegung des Erwachens“ daran hindern, auf ihr Land überzugreifen, indem sie eine Kriegsfront in Syrien eröffnen und das Land als Puffer benutzen. Natürlich gab es auch andere regionale Akteure wie die Türkei beispielsweise, die andere Illusionen hatten und Fehlentscheidungen getroffen haben. Alle diese Elemente und das Versagen der syrischen Regierung, besonders das der Sicherheitskräfte in den Provinzen, ließen die Situation dort eskalieren.

Gleichzeitig dachten einige Westmächte, „miss-geleitet“ von ein paar Beteiligten der Region und ohne ein angemessenes strategisches Verständnis der Dynamik in der Region, dass es an der Zeit sei, die Widerstandsfront gegen Israel zu schwächen. Aufgrund dieser „Miss-deutung“ vergaßen die USA und deren westliche Verbündete wieder einmal ihre strategischen Fehler in Afghanistan und ihre fehlgeschlagene Politik der Unterstützung von Al-Qaida gegen die frühere Sowjetunion, und unterstützten die Extremisten in Syrien, um

das Assad-Regime zu stürzen. Die Vereinigten Staaten und die mit Al-Qaida verbundenen Terrorgruppen schlugen sich wieder auf dieselbe Seite, diesmal im Syrienkonflikt.

Das Ergebnis dieser falschen Herangehensweise ist die katastrophale Situation, die wir alle jetzt in Syrien sehen. Dieses kollektive Versagen hat eine Situation hervorgebracht, in der das syrische Volk mit seinem Blut bezahlen muss. Tatsächlich ist sich das syrische Volk, einschließlich der Christen, der Bedrohung durch die Extremisten stärker bewusst und unterstützt daher aktiver die syrische Regierung. Selbst die Anführer nationaler Oppositionsgruppen haben verstanden, dass eine Fortsetzung dieses Krieges zu einer möglichen Auslöschung Syriens führen wird, und suchen daher nach einer politischen Lösung.

Es ist sicherlich überflüssig zu erwähnen, dass inmitten dieser Krise den Minderheiten und Christen in Syrien, einem multi-ethnischen und multi-religiösen Land, durch das kaltblütige Vorgehen der Terroristen und Extremistengruppen enormes Leid zugefügt worden ist. Diese befinden sich tatsächlich in einer sehr kritischen Situation und sind existenziell bedroht. Die Hauptgründe dafür gehen nicht nur auf die kranke Logik von Extremistengruppen wie Takfiris und Jabhat al-Nosra zurück, sondern auch auf die Unterstützung der syri-

Der Syrienkonflikt muss in ihrem GESAMTZUSAMMENHANG gesehen und verstanden werden.

schen Regierung seitens der Christen. So haben Anführer der syrischen Christen mehrmals die USA und ihre Verbündeten dazu aufgerufen, die Unterstützung der Anti-Assad-Rebellen zu beenden.

Der Punkt ist aber hier, dass wir das Problem in Syrien verstehen und als Ganzes angehen müssen. Die Konsequenzen des Syrienkonfliktes sind äußerst kritisch: Er hat viele Menschenleben gekostet und die Region und den Westen Milliarden Dollar. Er hat zu einer weitverbreiteten Frustration und einer Destabilisierung der Nachbarländer wie des Libanons, des Iraks, der Türkei, Jordaniens und sogar Saudi-Arabiens sowie einer Ausbreitung des Extremismus und Terrorismus geführt. Terrorgruppen, die in Syrien ausgebildet werden, breiten sich in der ganzen Welt, besonders in europäischen Ländern, aus.

Es bedarf eines sofortigen und kollektiven Vorgehens, begründet auf REALEN Gegebenheiten.

Diese menschliche Katastrophe erfordert ein sofortiges und kollektives Vorgehen von uns, und zwar eines, das auf realen Gegebenheiten begründet ist, nicht auf den Illusionen einiger weniger Akteure. Die Islamische Republik Iran ist fest der Meinung, dass dieses Blutvergießen in Syrien sofort aufhören und das Problem des Terrorismus und Extremismus unverzüglich angegangen werden muss. Natürlich vertreten wir die Auffassung, dass das Schicksal Syriens von dem syrischen Volk auf demokratische Weise entschieden werden soll. Nur durch ein solches Vorgehen können

die Rechte aller Syrier, ungeachtet der ethnischen und religiösen Herkunft, im zukünftigen Syrien sichergestellt und anerkannt werden. ///



/// W. E. ALI REZA SHEIKH ATTAR
ist seit Oktober 2008 Botschafter der Islamischen Republik Iran in Deutschland, Berlin.

Im Anschluss an die Internationale Konferenz „Christen in Syrien und die Neuordnung des Nahen Ostens“, die die Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) und der Zentralrat Orientalischer Christen in Deutschland (ZOCD) in Wildbad Kreuth am 27./28. März 2014 durchgeführt haben, erklären die beiden Kooperationspartner:

Kommuniqué der Hanns-Seidel-Stiftung und des Zentralrats Orientalischer Christen in Deutschland zur Situation der Christen und anderer religiöser Minderheiten in Syrien

Der Bürgerkrieg in Syrien hat inzwischen über 140.000 Tote gefordert. Mehr als 9 Millionen Flüchtlinge sind innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen auf der Flucht. Insbesondere die Lage der religiösen Minderheiten hat sich dramatisch verschlechtert. Obwohl sich das Land 1969 zur Einhaltung des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (Zivilpakt) verpflichtet hat, der die Anerkennung der Menschenrechte und explizit das Recht auf Religionsfreiheit garantiert, bestimmen Menschenrechtsverletzungen wie Vertreibung, Entführung, Folter und Mord von Angehörigen nicht zuletzt religiöser Minderheiten heute die Tagesordnung.

Angesichts des unsäglichen Leids, dem namentlich die Christen unterschiedlicher Konfessionen in Syrien ausgesetzt sind, fordern wir die Verantwortlichen der Arabischen Republik Syrien auf, für die Einhaltung des Zivilpakts Sorge zu tragen, das Leben und die Freiheit aller Menschen in Syrien zu schützen, der gesamten Bevölkerung einen sicheren und gerechten Zugang zu humanitärer Hilfe zu garantieren, die Existenz der christlichen Gemeinschaften – die seit 2000 Jahren die Kultur dieser Region mitprägen – zu sichern und die Übergriffe in Form von Vertreibung, Entführung, Folter und Mord durch extremistische und kriminelle Gruppen zu stoppen. Dieser Appell richtet sich in gleicher Weise an alle anderen Konfliktparteien im Land, insbesondere an diejenigen, die sich Menschenrechtsverletzungen zuschulden kommen lassen.

Die Verantwortlichen der Deutschen Bundesregierung haben ihre leitenden Grundsätze und Ziele für die 18. Legislaturperiode im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Dabei verdient die Unterstützung der Entwicklung von pluralistischen Gesellschaften, in denen Religionsfreiheit garantiert und umgesetzt wird, hohen Respekt. Insbesondere die Selbstverpflichtung, sich vor diesem Hintergrund aktiv an der Suche nach einer politischen Lösung des Syrienkonflikts zu beteiligen, das Leiden der syrischen Flüchtlinge und Vertriebenen in den Anrainerstaaten zu lindern und sich für eine gemeinsame europäische Initiative zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge einzusetzen, ist heute drängender denn je.

Wildbad Kreuth, den 28. März 2014

/// Hitlers Niederlage

DER MACHTKAMPF UM ÖSTERREICH 1933/34*

GOTTFRIED-KARL KINDERMANN /// Das Jahr 2004 bedeutet auch ein Gedenken an Hitlers 1934 gescheiterten ersten Versuch zur Eroberung Österreichs als erstem Schritt zur Veränderung des europäischen Status quo. Am Höhepunkt dieses brutalen Machtkampfes vor 80 Jahren wurde Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, der Architekt des erfolgreichen österreichischen Widerstandes, von der SS beim Sturm aufs Kanzleramt ermordet. Es war vor 1938 das einzige Mal, dass Hitlers Expansionspolitik auf entschiedenen und erfolgreichen Widerstand stieß.

Fragt man deutsche Zeitgenossen nach der Geschichte Österreichs in den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts, so kennen viele Befragte zwar den „Anschluss“, doch in 90 % der Fälle – einschließlich selbst mancher Fachhistoriker – sonst aber buchstäblich nichts. Doch der fast fünfjährige Kampf um Österreich gehört sehr wesentlich zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Denn dieser entstand aus dem Kampf und Expansionsstreben der drei „Achsenmächte“ Italien, Japan und Hitler-Deutschland gegen die seit 1919 bestehende Weltfriedensordnung.

Ursprung und Kern des Konflikts zwischen Dollfuß und Hitler

Hitler eröffnete den Kampf um Österreich schon 1932 mit der enthüllenden

geostrategischen Parole: „Wer Österreich besitzt, der beherrscht Mitteleuropa. Das gibt unserem Kampf um Österreich seine europäische Dimension.“ Doch während Hitlers Verbündete in der Mandschurei und Äthiopien (Abessinien) auf Anhieb siegreich waren, erlitt Hitler beim ersten Angriff auf Österreich eine ebenso peinliche wie auch lehrreiche Niederlage mit nachhaltiger Wirkung bis 1938. Wäre ihm die Eroberung der Alpenrepublik gelungen, so hätte Deutschland erstmals direkte Grenzen mit Italien und dem Balkan gehabt und wäre die Tschechoslowakei von drei Seiten von deutschem Reichsgebiet umklammert gewesen. Die Erreichung dieses Zieles erschien umso leichter, als die meisten österreichischen Parteien seit dem Ende des Habsburger



Quelle: Photo Quest/Getty Images

Für seine klare Haltung gegen den Nationalsozialismus bezahlte Dollfuß am 25. Juli 1934 mit seinem Leben.

Großreiches – trotz des Anschlussverbots der Siegermächte – an der Idee eines „Anschlusses“ an Deutschland festhielten.

Ganz im Gegensatz zu Deutschland war die österreichische NSDAP im Parlament zwar ohne Mandat geblieben, doch ab Hitlers Machtergreifung erlebte seine Partei in Österreich wachsenden Zulauf. In dieser Situation ergriff der in Österreich seit 1932 regierende christlich-soziale Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß die Initiative und ging zu Hitler und seiner NSDAP auf Konfrontationskurs. Er gründete am 20. Mai 1933 mit der „Vaterländischen Front“ Nachkriegsösterreichs erste Organisation mit dem primären Ziel einer Hochwertung und Verteidigung der österreichischen Eigenstaatlichkeit und der Erweckung eines traditionsbewussten neuösterreichischen Patriotismus. Nur fünf Tage danach reagiert Hitler, indem er dem Reichskabinett darlegte, Dollfuß wolle den großdeutschen Gedanken in Österreich durch eine „österreichische“ Idee ersetzen. Dadurch aber verlöre Deutschland sechs Millionen Menschen, die dann einem „Verschweizerungsprozess“ entgegengehen würden.

Gewaltterror der NS mittels einer „Generaloffensive“ gegen Österreich

Als Folge entfesselten die vom Reich unterstützten Nationalsozialisten in Österreich ihre sogenannte „Generaloffensive“ gegen Österreich. Diese begann mit einem Boykott des Tourismus nach Österreich und steigerte sich bis zu einem präzedenzlosen und landesweiten Gewaltterror mit bis zu 125 Sprengstoffanschlägen pro Monat. Diese richteten sich gegen Bahngleise, Stromleitungen, Brücken, Wasserkraftwerke, Telefonka-

DOLLFUß wideretzte sich dem großdeutschen Gedanken Hitlers und verteidigte Österreichs Eigenstaatlichkeit.

bel, Elektrizitätswerke, Pfarrhöfe, Gendarmerieposten, Büros der Vaterländischen Front, Wohnungen christlich-sozialer Politiker oder Anlagen der Bundesbahn. Ergänzt wurde dieser Sprengstoffterror durch Mordanschläge auf politisch führende Persönlichkeiten, darunter der Bundeskanzler, der Vizekanzler, der Justizminister und der Landeshauptmann von Tirol. Ergänzend ergoss sich über das Land aus Deutschland geliefertes Propagandamaterial. Gebäude und gut sichtbare Felsen wurden mit riesigen Hakenkreuzen beschmiert und der Reichsdeutsche Rundfunksender strahlte österreichfeindliche Propaganda aus. Hinzu kamen durch den Boykott des deutschen Tourismus nach Österreich und Drosselungen österreichischer Importe seitens der deutschen Wirtschaft ein wirtschaftlicher Einbruch. Theo Habicht, deutscher Ex-Kommunist, doch später Hitlers Stellvertreter in der österreichischen NSDAP, suchte den Bundeskanzler Dollfuß auf, um ihm zu sagen, er sei ein freier Mann und könne wählen, entweder als Anschluss Helfer Ruhm zu ernten oder zerschmettert zu werden.

Organisation und Sprache des Widerstandes

Dollfuß wählte den Widerstand. Als erster Regierungschef Europas erließ er

schon am 19. Juni 1933 ein Totalverbot der NSDAP samt allen ihren Organisationen und Publikationen. Zur Terrorabwehr und zum verstärkten Grenzschutz wurde in Ergänzung des Bundesheeres ein Militärassistentenkorps aufgestellt und an gefährdet scheinenden Orten lokale „Ortswehren“ organisiert. Auf die großen Momente in Österreichs Geschichte verweisend, warb die Vaterländische Front für ein aktives Be-

Die deutschen Nationalsozialisten REAGIERTEN auf den österreichischen Widerstand mit Terror und wirtschaftlichem Boykott.

kenntnis zu Österreichs Unabhängigkeit und Identität. Zugleich wurde Österreich in Europa zur wichtigsten deutschsprachigen Quelle der Kritik am Nationalsozialismus. Dieser wurde als undeutsche Form eines Nationalbolshewismus verstanden. So schrieb Dietrich von Hildebrand, der vormals Professor an der LMU gewesen war: „Die nationalsozialistische Welle ist auf der ganzen Linie von ihrer Rassenvergötterung ... von ihrer Ignorierung deutscher Geschichte und Tradition bis zu ihrem von ungeheurer Hybris erfüllten Ethos eine Sturmflut gegen deutsches Wesen und deutsche Kultur, ein Abfall von deutscher Art und deutscher Tradition, wie ihn die Geschichte bisher noch nie gesehen.“ Die gleiche Zeitschrift, genannt „Der Christliche Ständestaat“, berichtete schon 1935 von den entsetzlichen Grausamkeiten in genannten deutschen Konzentrationslagern. Analytisch korrekt vorausschauend heißt es in dieser vom Bundeskanzler subventionierten Zeitschrift auch:

„Die Zukunft für Deutschland ist der Krieg. – Nur der Krieg und nichts als der Krieg ... Es gibt nichts mehr in Deutschland, das nicht auf den nahen Krieg abgestimmt ist. Der Himmel über Deutschland ist Blut.“

Nachdem Dollfuß anlässlich eines Rom-Besuchs vom späteren Papst Pius XII ein schärferes Vorgehen gegen den Nationalsozialismus gefordert hatte, verfassten alle Bischöfe Österreichs einen gemeinsamen Hirtenbrief, der zu Weihnachten 1933 von allen katholischen Kanzeln verlesen wurde. Darin heißt es u. a.: „Darum verurteilen Wir den nationalsozialistischen Rassenwahn, der zum Rassenhass und zu Völkerkonflikten führt, ja führen Muss.“ In einer auch an die sogenannten „nationalen Kreise“ appellierenden Rede, nur wenige Wochen vor seiner Ermordung durch die SS, sagte Dollfuß: „Wollt ihr mit diesem Verbrechen irgendetwas gemeinsam haben? Ich appelliere an Euch, restlos und klar den Trennungsstrich gegenüber solchen Methoden und gegenüber einer Weltanschauung, aus der heraus solche Methoden möglich sind, zu ziehen. Diesen Methoden gegenüber gibt es nur eine Stellungnahme, und die ist: Ich bin dagegen. Wer das nicht eindeutig sagt, ist mitschuldig.“ Kein anderer der damaligen Regierungschefs in Europa hat es gewagt, eine ähnlich klare Sprache zu führen.

Dollfuß bezog ganz klar Stellung GEGEN den Nationalsozialismus.

Stellung und Haltung der Juden im Ständestaat

Wie auch in allen anderen Staaten Südosteuropas gab es auch in der Ersten Republik Österreich ein unbestreitbares Maß an Antisemitismus. Doch in Artikel 27 (2) der österreichischen Bundesverfassung von 1934 hieß es u. a.: „Der Genuss der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte sowie die Zulassung zu öffentlichen Schulen ist vom Religionsbekenntnis unabhängig.“ Anders als im benachbarten Deutschland blieben Österreichs Juden frei, waren sowohl im Bundesrat als auch im Rat der Stadt Wien vertreten und prominent in manchen Bereichen des öffentlichen Lebens. Anlässlich des Todes von Dollfuß schrieb die Zeitschrift Jüdische Front: „Wir wissen ihm Dank dafür, dass er uns nicht zu Menschen zweiter Klasse stempeln ließ, dass er der Kameradschaft, die im Weltkriege Juden und Christen verband, nicht vergaß.“ Im Wiener Jüdisches Familienblatt hieß es: „Dollfuß heißt Österreich. Der Kanzler hat uns zum Vaterland geformt. Dem neuen Österreich hat er mit seinem Leben und seinem Sterben den Helden geschenkt, in dessen Bild die Vaterlandsliebe ihr unauslöschliches Beispiel gefunden hat.“ Und so begann die Tragödie der österreichischen Juden erst ein halbes Jahrzehnt später, als der österreichische Staat, der sie geschützt hatte, sich selbst nicht mehr zu schützen vermochte.

Zentraler Bezugspunkt des altösterreichischen Patriotismus war nicht ein Volk, sondern die supranational regierende Habsburger Dynastie gewesen. Doch mit dem Ende des Ersten Weltkrieges hatte sie ihre Stellung und Macht verloren. Dennoch wirkten viele Wertsetzungen und Traditionen des altöster-

Der österreichische Patriotismus orientierte sich WEITER am Habsburger-Reich.

reichischen Patriotismus als Quelle einer neuösterreichischen Standortbestimmung weiter. Dieser galt das Österreichertum als eine europäisierte Form des Deutschtums, die zu ihrer Selbstverwirklichung eines eigenen Staates bedürfe, der in Europa zur Verteidigung des abendländischen Kulturerbes, insbesondere des Christentums, der Wesenheit Österreichs und der Friedensordnung Europas berufen sei. So wundert es nicht, dass die vom Grafen Couenhove Kalergi 1926 in Wien gegründete europäische Integrationsbewegung von der österreichischen Dollfuß-Regierung nachhaltig unterstützt wurde. Als deren primäre Gegner galten Nationalsozialismus und Marxismus.

Selbstlähmung des Parlaments und Ständestaatsdiktatur

Doch die existenzielle Bedrohung durch einen übermächtigen Gegner wie auch aus dem Inneren des Staates wirkende Drohpotenziale veranlassten Dollfuß und seine Partei zur Gründung eines autoritären Ständestaates. Den ersten Anlass dazu gab der Schildbürgerstreik einer grotesken Selbstparalyse des österreichischen Parlaments. Dort standen sich Anfang März 1933 zwei Parteilager, nämlich die Christlich-Sozialen und die Austromarxisten, in bitterster Feindschaft und in einem fatalen Kräfteverhältnis von 81 zu 81 gegenüber.

Otto Leichter, ein führender sozialistischer Redakteur, beschrieb die Situation als „abstoßend häßlichen und entwürdigenden Kleinkampf um jede Stimme“. Um dennoch mit einer Stimme eine Mehrheit zu gewinnen, legte Karl Renner, der Erste Präsident des Parlaments, sein diesbezügliches Mandat nieder, um dadurch eine Stimme für seine Partei zu gewinnen. Doch die beiden anderen Parlamentspräsidenten durchschauten den Trick und legten auch ihre Präsidialmandate nieder. Als Folge dieses verantwortungslosen Tricksens war das Parlament führungslos und aktionsunfähig und zum Gespött Europas geworden. Als die Bemerkung des Bundeskanzlers, nun brauche man eine neue Verfassung, Beifallsstürme in einer Volksversammlung auslöste, beschloss Dollfuß nichts zu tun, um die bisherige Form des österreichischen Parlamentarismus zu erhalten. Mit diesem Typ von Parlament traute er sich nicht, gegen Hitler in den Kampf zu gehen – hatte er doch dessen Methode der scheinbar legalen Machtergreifung beobachten können. So proklamierte Dollfuß unter eindeutigen Verletzungen der bestehenden Verfassungsrechtsordnung am 1. Mai 1934 die neue, autoritäre Verfassung eines Ständestaates, dessen Gründer sich u. a. auf die päpstliche Sozialenzyklika beriefen. Allerdings war damit Hitlers Plan, in Österreich über allgemeine Wahlen und Parteikoalitionen zur Macht zu kommen, ein Riegel vorgeschoben.

Gegen und für ein selbständiges Österreich

Ein zweites Motiv ergab sich aus der Tatsache, dass es bei den meisten österreichischen Parteien keinen gleichsam natürlichen Willen zur Erhaltung ihres

Staates, der als Restbestand aus der Aufteilung der großen Donaumonarchie der Habsburger hervorgegangen war, gab. Viele Österreicher dachten damals wie Hans Kelsen, der obwohl Hauptautor der österreichischen Bundesverfassung, 1926 gesagt hatte: „Weder historische noch religiöse noch kulturelle Gründe sind es, die das heutige Österreich rechtfertigen können, das nichts ist als ein willkürlicher Fetzen Landes, nachdem die Sieger ihre territorialen Bedürfnisse befriedigt haben.“ Ein vernichtendes Urteil!

Die MEISTEN damaligen österreichischen Parteien waren für den Anschluss an Deutschland.

Und noch 1932 erklärte Karl Renner, einer der einflussreichsten Sozialdemokraten, Österreich sei ein „verkrüppeltes Zwergwirtschaftsgebiet“, das „ein Glied des ... nationalen Wirtschaftsgebietes des Deutschen Reiches“ werden solle. Die Sozialdemokratische Partei lehnte zwar den Anschluss an ein „faschistisches Zuchthaus“ ab, versicherte jedoch in einer Grundsatzklärung vom 13. Mai 1933: „Der Anschluss an ein freies, friedliches Deutschland der Zukunft bleibt unser Ziel.“ Im gleichen Monat schloss die Großdeutsche Volkspartei eine „Kampfgemeinschaft“ mit der NSDAP und der Anerkennung Adolf Hitlers als Führer des gesamten deutschen Volkes. Bei der österreichischen NSDAP war das eine Selbstverständlichkeit. In politischer Hinsicht war Hitler nicht nur deutscher Reichskanzler, sondern auch Chef der deutschen und der österreichischen NSDAP sowie der Großdeutschen Partei.

Somit fehlte dem damaligen Österreich der in anderen Ländern selbstverständliche Wille zur Erhaltung seines jeweiligen Staates. In peinlicher Erinnerung an diese Vergangenheit diktierten die Alliierten ein ausdrückliches Anschlussverbot in Artikel 4 des österreichischen Staatsvertrages von 1955. Wo sonst gibt es einen Staat, dem seine Selbständigkeit – das höchste Gut der Nation in anderen Staaten – von fremden Mächten diktiert wird? Die Ausnahme von einem Überwiegen der Anschlussstendenz bildeten lediglich die am 20. Mai 1933 durch Transformation der Christlich-Sozialen Partei entstandene Vaterländische Front und kleinere, sich ihr anschließende Gruppen. Dollfuß, der sich als Verteidiger Österreichs, Europas und des Christentums empfand, sagte anlässlich des „Generalappells“ der Vaterländischen Front vom 11. September 1933 u. a.: „Ich bin überzeugt, dass es der Wille einer höheren Macht ist, dass wir unser Heimatland mit seiner ruhmreichen Geschichte, wenn auch heute in kleinerer Form, erhalten, ich bin überzeugt, dass dieses Österreich in der Gestaltung des öffentlichen Lebens beispielgebend sein wird auch für andere Völker ...“. Konkret heißt es in seiner Erklärung vom 7. April 1933: „Das einzige Ziel unserer Außenpolitik kann nur sein, die Unabhängigkeit nach allen Seiten zu sichern und dazu beizutragen, dass für die weitere Gestaltung des Schicksals unserer Heimat niemand anderer als wir selbst die Entscheidung zu treffen haben.“

Der tragische Aufstand des Republikanischen Schutzbundes

Ein weiterer Grund für die Errichtung eines autoritären Systems ergab sich aus Österreichs Konfrontation mit der Übermacht des Dritten Reiches und der

NSDAP als deren „Fünfte Kolonne“. Der Feind stand somit nicht nur an den Grenzen, sondern war tief in das Innere der Festung gesickert. Hinzu kam im Falle Österreichs der im übrigen Europa präzedenzlose Zustand eines Staates, der das Monopol an Mitteln militärischer Zwangsgewalt verloren hatte. Denn es gab in Österreich nach 1918 militärisch bewaffnete Privatarmeen politischer Parteien, die in zwei Fällen (der „rechten“ Heimwehr und dem „austromarxistischen“ Republikanischen Schutzbund) zahlenmäßig stärker waren als die reguläre Bundesheer. Dieses musste sich immer wieder zwischen die einander feindlichen Parteiarmeen stellen, um den Beginn eines Bürgerkrieges zu verhindern.

Das Ziel des Bundeskanzlers aber war es, angesichts der ungeheuren Bedrohung Österreichs durch den Nationalsozialismus eine Zusammenfassung („Unizierung“) aller politisch verlässlichen Waffenträger zu bewirken. Er tat das einerseits durch das Verbot des Republikanischen Schutzbundes der Sozialisten, der sogenannten „Selbstschutzformation des Proletariats“ und andererseits dadurch, dass er die Heimwehr in den Dienst der Landesverteidigung stellte. Als die Führer des verbotenen Schutzbundes heimliche Waffenverstecke anlegten, begann die Bundespolizei mit umfangreichen Suchaktionen. Als eine solche auch für das sozialistische Parteihaus in Linz geplant war, informierte der lokale Schutzbundkommandant Richard Bernaschek den Parteivorstand in Wien, er habe den „unabänderlichen Beschluss“ gefasst, im Falle einer Waffensuche auf die Polizei schießen zu lassen. Trotz eines Verbots der Parteileitung (Otto Bauer) wurde das Feuer auf einen Suchtrupp der Polizei eröffnet. Doch durch die Eigenwilligkeit des Linzer Schutzbundkom-

mandanten war die sozialistische Partei in eine Zwangslage versetzt und hatte den so wichtigen Vorteil der Überraschung des Gegners verloren. Mit hauchdünner Mehrheit beschloss der Parteivorstand, den Schutzbund landesweit zum Kampf und die Arbeiterschaft zum Generalstreik aufzurufen.

Der Republikanische Schutzbund der Sozialisten wurde **VERBOTEN** und dessen Aufstand niedergeschlagen.

Doch weder die Gewerkschaften noch die allgemeine Arbeiterschaft ließen sich in einen Bürgerkrieg hinein-kommandieren. Nur ein größerer Teil des Schutzbundes kämpfte heroisch, doch allein, räumlich zersplittert und ohne zentrale Kampfleitung. Mit Hilfe der Schockwirkung durch die Artillerie gelang es dem Bundesheer, den Aufstand in drei Tagen niederzuwerfen. Die gesamte Verlustbilanz betrug 403 Österreicher. Trotz der Fürbitten des Kardinals Innitzer und des Fürsten Starhemberg wurden neun Schutzbundführer hingerichtet, was bei den Sozialisten eine bis heute nachwirkende Erbitterung geschaffen hat. Doch die Regierung empfand, dass der Aufstand der gegen die Nationalsozialisten kämpfenden Front in den Rücken gefallen war. Wer auf legal nach versteckten Waffen suchende Truppen der Polizei das Feuer eröffne, müsse wissen was er riskiere.

Der NS-Blitzkriegsaufstand und Österreichs Abwehrsieg

Mit der Errichtung einer Ständestaatsdiktatur war Hitlers ursprünglicher Plan einer quasi „legalen“ Machtergreifung wie in Deutschland verhindert

worden. Auch begannen die Abwehrstrategien der Bundesregierung Wirkung zu zeigen. Als Folge entstand in der NSDAP der Plan, durch einen bewaffneten Aufstand im Stil eines Blitzkrieges die Macht zu ergreifen. Einheiten der SS sollten das Bundeskanzleramt erstürmen und die Regierung während einer Kabinettsitzung gefangen nehmen. Zugleich sollte eine andere SS-Einheit das Rundfunkgebäude der Ravag besetzen und die Falschmeldung aussenden, eine neue Regierung unter Anton Rintelen sei gebildet worden und ihr sei zu gehorchen. Auf diese Meldung hin sollte die SA in mehreren Bundesländern losschlagen und versuchen, Landeshauptstädte zu erobern und sich als neue Exekutive ausgeben. Ein SS Sonderkommando sollte den Bundespräsidenten in Velden überfallen und zur Ernennung einer neuen Regierung zwingen. Es war der Plan eines mehrdimensionalen politischen Entauptungsschlages. Doch auf Grund einer, wenn auch unklaren Warnung hatte Dollfuß seine Minister in ihre Ämter entsandt. Kurz darauf erstürmten, in reguläre Heeresuniformen verkleidete SS-Leute das Bundeskanzleramt, wo sie Dollfuß antrafen, ihn niederschossen und ihn ohne erbetenen ärztlichen oder geistlichen Beistand verbluten ließen. Gleichzeitig brachen in mehreren Bundesländern bewaffnete Aufstände aus. Die gefälschte Radiomeldung war hierzu das Signal gewesen.

Hitler gesteht seine Niederlage

Hitler, der von dem Putsch wusste, erteilte dem Wehrkreis VII in München am 25. Juli 1934 den Befehl, die in Deutschland aufgestellte „Österreichische Legion“ der NSDAP solle im Falle entscheidender Anfangserfolge des Auf-

Hitlers Putsch wurde von der österreichischen Bevölkerung und dem Bundesheer nicht unterstützt und **SCHIEFTE.**

stands in Österreich einmarschieren, woraufhin ihr die Wehrmacht Waffen nachzuliefern habe. Doch der entscheidende Befehl für diese Aktion unterblieb, nachdem das Scheitern des Schlags gegen das Zentrum der Bundesregierung bekannt geworden war. Hauptschauplätze der Kämpfe waren die Bundesländer Kärnten, Steiermark, Oberösterreich und Salzburg. Das Bundesheer wurde von 52.820 Mann freiwilliger Wehrverbände unterstützt, die relativ hohe Verluste erlitten. Die SS und SA hatten erwartet, dass sich ihrem Aufstand mehrheitlich die Bevölkerung und das Bundesheer anschließen oder ihn zumindest tolerieren würden. Nichts dergleichen geschah. Die NS-Putschisten blieben isoliert. Der Aufstand vom 25. bis zum 30. Juli 1934 kostete insgesamt 269 Menschen das Leben. In einem Geheimbericht des deutschen Militärattachés in Wien heißt es: „Das Ergebnis dieser Politik (Terror und Putsch) war eine glatte Niederlage des in die Parteipolitik verwickelten Reichs.“ Der NS-Funktionär Dr. Hans Steinbacher berichtete: „An keiner Stelle ist es zu Gehorsamsverweigerungen der Executive gekommen ... die Massen fehlen ... im Inneren wird [sic] nun unter dem ... Beifall Europas, ... alle Schrecken der Verfolgung gegen unsere Leute losbrechen.“

In der Krise bewährte sich auch die Außenpolitik der Dollfuß-Regierung, da ausgerechnet das faschistische Italien, die einzige an Österreich angrenzende Großmacht, militärische Drohgesten gegen das Dritte Reich unternahm. Dollfuß, der zuvor in direkter Konkurrenz mit dem von Hitler entsandten Hermann Göring in Rom Mussolini umwarb, erhielt von diesem am 13. April 1934 die Zusage, Italien werde Österreich im Falle einer Invasion aus dem Dritten Reich bewaffneten Beistand leisten. Angesichts der überall erfolgreichen Abwehr der bewaffneten Macht Österreichs wie auch der bloßen Drohung Italiens geriet Hitler in Panik, leugnete die Rolle des Dritten Reiches beim NS-Aufstand und brach die meisten Kampfhandlungen gegen Österreich schlagartig ab. Mit „Führerbefehl“ und unter Androhung „schwerster Strafe“ befahl er der deutschen NSDAP, jegliche Befassung mit Österreich zu unterlassen.

Dollfuß erkannte als einer der ersten im Nationalsozialismus eine **GEFAHR für die europäische Friedensordnung.**

Nach Deutschland abgeschobene NS-Putschisten ließ er verhaften. Die „Österreichische Legion“ der NSDAP wurde aufgelöst. Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess schrieb dem NS-„Gauleiter“ in Wien-Frauenfeld am 21. August 1934, Hitler bedauere diese Maßnahmen sehr, doch „lebenswichtige Interessen Deutschlands“ stünden auf dem Spiel. „Auch“ in Deutschland sei die dort 1923 versuchte Form der gewaltsamen Machtergreifung gescheitert. Franz von Papen, Hitlers neuer Botschafter in Wien, erklärte Österreichs neuem Bun-

deskanzler Kurt von Schuschnigg am 16. August 1934, Hitler anerkenne „nicht nur die formelle Unabhängigkeit Österreichs ..., sondern er anerkenne das Recht Österreichs seine eigenen Angelegenheiten intern zu regeln“. Hitler selbst bestätigte damit seine erste und einzige außenpolitische Niederlage im Zeitraum zwischen 1933 und 1943.

Die mit dem Namen von Engelbert Dollfuß verbundene kurze Ära der österreichischen Geschichte ist einerseits geprägt von der rechtswidrigen Errichtung einer autoritären Ständestaatsdiktatur anstelle einer republikanischen Demokratie mit einem damals durch gleiche Stärken der Parteien gelähmten Parlament, vom stark wachsenden Zulauf der Nationalsozialisten und der gefährlichen Koexistenz einander befehlender bewaffneter Parteiarmeen. Hinzu trat ein fehlender Konsens über die Grundfrage eines permanent selbständigen Staates Österreich. Wie erwähnt, blieb eine Mehrheit der politischen Parteien an einem Anschluss an Deutschland orientiert.

Andererseits war Dollfuß, weltpolitisch gesehen, der erste Staatsmann Europas, der sich Hitlers Eroberungswillen frontal entgegenstellte, dabei sein Leben riskierte und verlor und der dennoch diesen Kampf für ein selbständiges Österreich mit einer Nachwirkung bis 1938 gewann. Er war auch der erste Regierungschef, der den Nationalsozialismus als „Verbrechertum“ brandmarkte. Im Kampf mit der Übermacht des Dritten Reiches und der NSDAP erstrebte er, angesichts der von innen und außen drohenden Gefahren, eine Konzentration aller Machtmittel und alle an der Idee Österreich orientierten Kräfte. Er gründete mit der Vaterländischen Front die erste Partei nach 1919 mit dem primä-

Die BEDEUTUNG der österreichischen Abwehrleistung verdient eine entsprechende historische Einordnung und Würdigung.

ren Ziel einer permanenten Erhaltung Österreichs als selbständigem Staat und zur Pflege der Identität des Österreicheriums. So wurde er Inspirator und Strategie eines neuösterreichischen Patriotismus im Abwehrkampf gegen einen von außen und innen angreifenden Nationalsozialismus. Wie Karl Renner schrieb, gab er durch sein Wirken und seinen erschütternden Tod seiner Partei einen Mythos, der ein Pfeiler ihrer Ideologie wurde. Realistisch und früher als andere europäische Staatsmänner vertraten er und Vizekanzler Starhemberg die Meinung, der Kampf um Österreich sei ein Kampf um die Bewahrung oder Zerstörung der europäischen Friedensordnung. Die Geschichte Europas hat ihnen recht gegeben. Nur 17 Monate nach dem „Anschluss“ begann der Zweite Weltkrieg.

Österreichs Abwehresieg folgten viele Würdigungen von Seiten prominenter Zeitgenossen, in denen die Leistung von Dollfuß eine bedeutende Rolle spielte. So heißt es in einem charakteristischen Beitrag des Observer (London) vom 29.7.1934 u. a.: „Dr. Dollfuß, der das schwache Österreich ... heldenmütig verteidigte, ist der Preis, der für den Weiterbestand Österreichs bezahlt werden musste, ... aber damit hat Dollfuß in unvergesslicher Weise sowohl Österreich als auch Europa gedient. Dr. Doll-

fuß hat mehr als irgendein Mann in Europa getan, um Europa – einschließlich Deutschland – vor dem Naziterror Berlins zu bewahren. Das ist seine wahre Bedeutung.“ Zuvor hatte Frankreichs Außenminister Louis Barthou am 21.6.1934 erklärt: „Frankreichs ganze Macht steht hinter der Unabhängigkeit Österreichs, einer Unabhängigkeit, wie sie durch die Persönlichkeit des Bundeskanzlers verkörpert wird.“ In einer Rede anlässlich des achten Jahrestages des österreichischen Abwehresieges heißt es in einer Rede des U.S. Senators Claude Pepper u. a.: „Und mit glänzenden Buchstaben wird es in der Weltgeschichte verzeichnet stehen, dass das abgeklärte alte Österreich das erste Blutopfer brachte, um den Vormarsch der Bestie (Hitler) durch die Welt zu dämmen.“

Für ein objektives Gedenken an das Jahr 1934

In diesem Sommer jährt sich zum achtzigsten Mal die Wiederkehr der Erinnerung an den Höhepunkt des österreichischen Abwehrkampfes und Sieges über den ersten grenzüberschreitenden Expansionsversuch des Nationalsozialismus. Es gibt in Österreich zwar zwischen 1938 und 1945 eine ganze Reihe von Persönlichkeiten, die auf Grund ihres Gewissens Widerstand gegen die NS-Herrschaft versucht und oft dabei auch ihr Leben geopfert haben, doch der Staatswiderstand der österreichischen Bundesregierung verkörpert in der Ära des Nationalsozialismus und in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges die einzige staatspolitisch und europapolitisch relevante Form eines österreichischen Widerstandes.

Allerdings gibt es in Österreich erstaunliche Haltungen, die diese historische Realität des österreichischen Staats-

widerstandes oft verschweigen, so als habe es ihn nie gegeben oder ihn bis fast zur Unkenntlichkeit bagatellisieren. Doch die berechnete Ablehnung der Ständestaatsdiktatur darf nicht zu einem gleichsam posthum strafenden Verschweigen der österreichischen Abwehrleistung auf dem Gebiet der Außen- und Verteidigungspolitik und zur international weithin anerkannten Widerstandsrolle Österreichs in der Frühphase der NS-Expansionspolitik führen. Die Geschichte von Individuen, Gruppen oder Staaten ist kaum jemals frei von Widersprüchen, die dennoch Teile der historischen Realität bilden. Auch hier gilt die Parole „Nie vergessen“, deren Anwendung jedoch nicht parteilich selektiv sein kann. Deshalb kann und sollte es im Gedenkjahr 1934/2014 analytische Rückblicke sowohl auf die Demokratiekrise als auch auf den im Juli 1934 kulminierenden anderthalbjährigen Abwehrkampf Österreichs gegen den Nationalsozialismus und das Dritte Reich geben. ///



/// PROF. DR. DR. H.C.
GOTTFRIED-KARL KINDERMANN
ist Prof. em. für Internationale Politik
an der Ludwig-Maximilians-Universität
München.

Anmerkung

Die in diesem Beitrag genannten Dokumente finden sich im Dokumentenanhang von Kindermann, Gottfried-Karl: Österreich gegen Hitler – Europas erste Abwehrfront 1933-38, München 2003.

/// Eine Brücke zwischen Süd- und Südostasien

DAS WIRTSCHAFTLICHE INTEGRATIONSPOTENZIAL MYANMARS

SEBASTIAN PAUST /// Nach langer Abschottung öffnet sich Myanmar rasant. Dies eröffnet große Entwicklungsperspektiven für das Land, denn die Subregionen Süd- und Südostasien haben trotz ihrer wirtschaftlichen Leistungsstärke und riesigen Märkte bislang nur relativ wenig Wirtschaftsaustausch gehabt. Das neue Myanmar kann buchstäblich zur Brücke zwischen diesen Subregionen werden und damit das dortige Wirtschaftspotenzial immens befeuern. Aber der Weg dorthin bringt große Herausforderungen mit sich.

Myanmars Öffnung verspricht immenses Wachstumspotenzial

Die Volkswirtschaften Süd- und Südostasiens sind in den letzten Jahren jeweils rasant gewachsen – und dies sogar trotz der jüngsten globalen Wirtschafts- und Finanzkrise. Grundlage hierfür war vor allem der Waren- und Dienstleistungshandel mit dritten Regionen (insb. USA und EU), kaum jedoch der Handelsverkehr zwischen diesen beiden Subregionen. Der globale Konjunkturtrend mit zurückhaltenden Wachstumsperspektiven in den USA und der EU macht aber deutlich, dass Asien weit mehr als bisher die Binnennachfrage ankurbeln sowie den zwischenregionalen Wirtschaftsaustausch intensivieren muss, um den stabilen Wachstumskurs fortführen zu können. Damit ist die Zeit auch reif für eine engere wirtschaftliche Verschrän-

kung zwischen Süd- und Südostasien. Eine genauere Kalkulation des möglichen volkswirtschaftlichen Ertrags für beide Subregionen liegt nicht vor, weil er nur schwer errechenbar ist. Grobe Schätzungen belaufen sich aber auf Größenordnungen ab 200 Milliarden US-Dollar

Asien muss für weiteres Wachstum die Binnennachfrage und den zwischenregionalen Wirtschaftsverkehr INTENSIVIEREN.

und einen merklichen Wachstumsschub in der Region. Hiermit fällt zeitlich die kürzliche politische und wirtschaftliche Öffnung desjenigen Landes zusammen, das die einzige Landbrücke zwischen beiden asiatischen Subregionen bildet, nämlich Myanmar.



Regionalpolitisch und wirtschaftlich kann dem ASEAN-Mitglied Myanmar zukünftig eine immer bedeutendere Rolle zukommen.

Historisch-politisch hat sich das Land nicht nur in einer Puffersituation zwischen Südasien (Indien) und Ostasien (China) befunden, sondern war auch mit Südostasien bzw. der ASEAN-Ländergruppe durch seine gemeinsame Grenze zu Thailand und Laos verbunden sowie seit 1997 auch durch seine ASEAN-Mitgliedschaft. Dieser Mitgliedsstatus, aber vor allem die für 2014 vorgesehene ASEAN-Präsidentschaft Myanmars könnten das Land auch regional-politisch zu einem Katalysator machen für eine engere Verschränkung der Volkswirtschaften Südostasiens, repräsentiert durch ASEAN, und Südasiens, geprägt von den subregionalen Allianzen South Asian Association for Regional Cooperation SAARC (mit allen südasiatischen Ländern als Mitgliedern) bzw. der South Asia Subre-

gional Economic Cooperation SASEC (nur Indien, Nepal, Bangladesch und Bhutan).

Die Verkehrs- und Energie-Infrastruktur ist völlig unzureichend

Die Herausforderungen, die für eine Wirtschaftsintegration der beiden Subregionen unter besonderer Berücksichtigung Myanmars zu bewältigen wären, sind allerdings riesig. Dies beginnt mit dem Entwicklungsstand und der Infrastruktur in Myanmar selber und deren beträchtlichem Nachholbedarf nach Jahrzehnten der politischen und wirtschaftlichen Isolierung. Die durch Myanmar laufenden Verkehrs- und Transportwege auf Straße und Schiene sowie die dortige Energie-Infrastruktur sind dringend erneuerungs- und erweiterungsbedürftig.

Nicht nur die über 1.000 km zweier Stränge des „Asian Highway“ von Indien und Bangladesch durch Myanmar Richtung Südostasien nebst den daran anschließenden Überlandstraßen hinter der jeweiligen Grenze befinden sich in einem stark verbesserungsbedürftigen Zustand. Projekte wie das „India-Myanmar-Thailand Trilateral Highway Project“ oder der „Trilateral East-West Corridor“ zwischen Myanmar, Laos und Vietnam befinden sich erst im Anfangsstadium der Umsetzung. Es gibt auch kein die beiden Subregionen verbindendes Schienennetz in Myanmar, abgesehen davon, dass es in Indien, Bangladesch, Thailand und Myanmar jeweils unterschiedliche Spurweiten gibt. Mindestens 2.500 km Schienenstrang müssten zusätzlich gelegt werden, z. B. zwischen Jiribam (Indien) und Kalay (Myanmar) sowie Thanbhyuzyat (Myanmar) und Namtok (Thailand). Die Bahnlinien sind oft eingleisig und nicht elektrifiziert.

Die Verkehrs- und Energie-Infrastruktur muss erheblich und dringend **VERBESSERT werden.**

Dazu kommt ein erheblicher Modernisierungsbedarf im maritimen Verkehrskontext. Der Hafen von Rangun / Yangon, durch den 90 % der Exporte und Importe Myanmars gehen, bietet nur sehr limitierten Zugang für große Schiffe. Seine technischen Fazilitäten sind unzureichend und veraltet, die Ver-

bindungsstraße und -brücke zwischen Hafen und Stadt in schlechtem Zustand. Die Ausbaggerung des Hafenbeckens wurde begonnen, die Reparatur und Verbreiterung der Straßenverbindung sowie der Ausbau der Containerhafen-Kapazitäten befinden sich aber noch in Planung. Experten sehen es mittlerweile als sinnvoller an, einen völlig neuen Tiefseehafen an einem geeigneteren Standort entlang der Küste von Myanmar zu bauen.

Eine stärkere Integration der Energie-Infrastruktur und des Energiehandels zwischen den beiden Subregionen könnte markant zu einer effizienteren Energieproduktion und -nutzung sowie höherer Energiesicherheit nebst niedrigeren Energiekosten beitragen. Nicht nur das Angebot an verfügbarer Energie würde verbessert, sondern lokale Verbrauchsspitzen könnten besser aufgefangen und der Zugang zu klimafreundlicher Wasserenergie erhöht werden. Doch während jeweils separat innerhalb beider Subregionen im Hinblick auf Volumen und vorhandene Leitungsnetze durchaus intensiver grenzüberschreitender Energiehandel stattfindet (z. B. von Bhutan nach Indien), gibt es noch keinen Austausch zwischen Süd- und Südostasien. Der mögliche wirtschaftliche und umweltbezogene Nutzen einer energie-technischen Integration beider Subregionen wird als riesig angesehen. Man kalkuliert mit einem Einsparpotenzial von 19 % der bisherigen gesamten Energiekosten oder ungefähr 200 Milliarden US Dollar, nicht zuletzt durch einen großvolumigen Ersatz fossiler Brennstoffe mittels Wasserenergie und durch ein effizienteres Leitungsnetz.

Myanmar selbst hat einen kümmerlichen Elektrifizierungsgrad von 26 % und damit bereits auf nationaler Ebene im-

Eine energietechnische regionale **INTEGRATION Myanmars würde die Infrastruktur und den Elektrifizierungsgrad deutlich voranbringen.**

mensen Nachholbedarf. Dabei ist das Land reich an Wasserenergie, Erdgas und Erdöl. All dies spricht neben der Brückenlage dafür, Myanmar als Transitland für den südasiatisch-südasiatischen Energieaustausch per Stromnetze und Pipelines auszubauen. Indische private und staatliche Investoren engagieren sich dort bereits intensiv, z. B. im Rahmen des grenznahen „Tamanti Project“ und der Erschließung von Erdgas- und Ölfeldern. Myanmar bemüht sich momentan intensiv um weitere Auslandsinvestoren, um das Abnehmerspektrum möglichst breit zu diversifizieren.

Handelsschranken müssen dringend abgebaut werden

Mindestens genauso wichtig für die Handelsintegration der beiden Subregionen ist die Beseitigung tarifärer und nicht-tarifärer Handelsschranken sowie der Aspekt der Handelserleichterung, also all derjenigen Faktoren, die Zeit und Geld beim Grenzüberschritt kosten.

Die Zollsätze innerhalb der beiden Subregionen sind zwar in den vergangenen Jahren erheblich reduziert worden, was aber nicht bedeutet, dass dort jeweils nicht noch weiteres Liberalisierungspotenzial bestünde. Fast wichtiger für das Wirtschaftswachstum in Süd- und Südostasien wäre es jedoch, die Zollschränken zwischen beiden Subre-

gionen konsequent abzubauen. Zusätzlich behindern noch zahlreiche nicht-tarifäre Handelsbeschränkungen den Handelsaustausch, vor allem installiert von Indien und Indonesien.

Zwar hat sich die Anzahl der von Staaten der beiden Subregionen abgeschlossenen Freihandelsabkommen drastisch erhöht, jedoch beziehen sich nur sieben (z. B. das Abkommen zwischen Indien und ASEAN sowie bilateral Indien jeweils mit Singapur und Malaysia) der insgesamt 56 existierenden Abkommen auf den Handelsverkehr zwischen Süd- und Südostasien. Sie sind in ihrer Tragweite und Regelungstiefe sehr unterschiedlich. Weitere werden momentan verhandelt und hoffentlich bald in Kraft gesetzt. Noch nützlicher wäre natürlich ein die beiden Subregionen einbeziehendes, den Austausch von Waren und Dienstleistungen sowie Investitionen umfassendes regionales Freihandelsabkommen. Manche Beobachter sehen in den beginnenden Verhandlungen zur Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) zwischen den ASEAN-Staaten, China, Südkorea, Japan, Indien, Australien und Neuseeland eine Chance hierfür. Der Weg zum erfolgreichen Abschluss eines RCEP-Abkommens dürfte allerdings angesichts der vielschichtigen, teilweise konkurrierenden Interessenlagen der Beteiligten lang werden. Auch nimmt bislang nur Indien als einziger Vertreter Südasiens daran teil. Der wirtschaftliche Nutzen wäre allerdings immens, so dass andere südasiatische Länder ihre Zurückhaltung nach dessen für 2015 geplantem Inkrafttreten schnell aufgeben dürften.

Was den Aspekt der Handelserleichterung betrifft, sieht die Praxis bislang leider noch so aus, dass die Zollbehör-

den sogar beim Grenzübertritt innerhalb der Subregionen eher die Vereinnahmung von möglichst viel Zollgebühren und die Beanspruchung möglichst weitgehender Kontrollbefugnisse im Fokus haben, als sich um die grenzüberschreitende Handelserleichterung Gedanken zu machen. Man kann sich vorstellen, wie viel komplexer dieses Thema beim Warentransit von einer Subregion in die andere würde. Auch die erheblichen Investitionen in die Automatisierung der Zollformalitäten, insbesondere in Malaysia, Singapur und Thailand haben daran relativ wenig ändern können. Immer noch werden an vielen Grenzstationen in und zwischen den Subregionen die Zollformalitäten manuell statt automatisiert durchgeführt und basiert die Informationstechnologie, sofern vorhanden, auf unterschiedlichen, nicht kompatiblen Systemen.

Eine Angleichung und Optimierung der ZOLLFORMALITÄTEN würde den Handel erleichtern.

Es laufen mittlerweile seitens ASEAN diverse Optimierungsaktivitäten, z. B. zur Schaffung einer gemeinsamen Plattform der nationalen Regulierungs- und Zollbehörden in Form des „ASEAN Single Window“. Dazu kommen Unterstützungsprogramme der Asiatischen Entwicklungsbank in Richtung Handelserleichterung, z. B. in Südostasien in der Greater-Mekong-GMS-Subregion sowie in Südasien im SASEC-Kontext. Es bleibt zu hoffen, dass all dies schnell zu einem besseren regionalen Verständnis der Bedeutung von Handelserleichterung und zu einer umgehenden Implementierung der dafür notwendigen Politik führt.

Wo sollen die nötigen Investitionen herkommen?

Der Ausbau der Infrastruktur und eine stärkere Handelsintegration der beiden Subregionen zieht automatisch die Frage nach sich, wie man die dafür notwendigen Investitionen aus öffentlichen und, sofern Profitchancen winken, aus privaten Quellen finanzieren kann. Die Finanzierungskapazität der öffentlichen Hand und der Entwicklungsgrad von Finanzmärkten variiert in den Ländern der beiden Subregionen allerdings immens. Die diesbezüglich weit fortgeschrittenen Länder Malaysia und Thailand liegen an der Spitze. Das hier im Fokus stehende „Brückenland“ Myanmar ist weit abgeschlagen am Ende der Finanzmarkt-Entwicklungsskala zu finden. Beispielsweise gibt es in Myanmar, aber auch Kambodscha oder Laos bislang keine Finanzierungsmöglichkeit via öffentlicher oder privater Anleihen. Das Sparverhalten in der Region ist nicht nur wegen des z. B. in Myanmar geringen Einkommensniveaus, sondern auch mangels adäquater regionaler Anlageangebote wenig ausgeprägt. Ersparnisse werden damit selten in der Region angelegt, sondern überwiegend in US- oder EU-Regierungsanleihen investiert. International agierende Banken und Finanzinstitute sind weitgehend von den regionalen Märkten ausgesperrt, langfristig laufende Finanzierungen im benötigten Volumen bei den dortigen Banken kaum zu bekommen.

So erhalten wir ein höchst zwiespältiges Bild: Während einige Länder wie Myanmar oder Laos kaum eigene finanzielle Ressourcen zur Verfügung haben und damit stark auf den Zugang zu internationalen Finanzierungsquellen bzw. auf bi- und multilaterale Ge-

berleistungen angewiesen sind, verfügen andere Staaten wie Malaysia, Thailand oder Singapur über hohe Fremdwährungsreserven und Staatseinnahmen sowie einen guten Zugang zu reichlich sprudelnden kommerziellen Finanzierungsquellen. Die Lösung kann daher nicht nur darin liegen, möglichst schnell funktionierende nationale Finanzmärkte und -institutionen in den weniger entwickelten Ländern zu schaffen. Fast noch wichtiger ist die Aufgabe, für die Finanzierung einer die Subregionen verbindenden regionalen Infrastruktur einen regionalen Finanzmarkt zu konstruieren, der die in der Gesamtregion partiell durchaus vorhandenen Finanzressourcen gezielt in die Finanzierung besagter Infrastrukturvorhaben leitet. Die Aktivierung privater Ressourcen für nationale Infrastrukturvorhaben ist in der Regel nicht einfach, wie bisherige entsprechende Public-Private-Partnership-PPP-Modelle zeigen. Die „Myanmar-Nachbarn“ Thailand, Bangladesch und vor allem Indien haben dabei aber durchaus schon erfolgreich PPP-Programme zum Anzapfen privater Finanzquellen für Infrastruktur aufgelegt.

Grenzüberschreitende, regionale Infrastrukturprojekte sind allerdings vom Volumen her oft noch größer als nationale Vorhaben. Und sie sind noch

komplexer, da mindestens zwei, oft sogar mehr Länder sich eng miteinander abzustimmen bzw. miteinander zu kooperieren haben. Deren Erfolg hängt häufig von der Einschaltung eines neutralen „honest brokers“ z. B. in Gestalt der Asiatischen Entwicklungsbank ab. Diese Projekte sind nicht selten in geographisch unzugänglichen und schwach besiedelten Gebieten angesiedelt und damit vom Aufwand und Ertrag her für private Investoren eher uninteressant. Die Finanzierungsstrategie hat damit oft zinsvergünstigte oder Zuschusskomponenten mit zu berücksichtigen. Daher wird neben der Forderung nach einem konsequenten Aufbau lokaler und regionaler Finanzmärkte und deren Öffnung für ausländische Geldgeber ein gesonderter „Asiatischer Infrastrukturfonds“ (AIF) gefordert, der sich aus Beiträgen der Regierungen in den Subregionen ebenso wie aus diversen sonstigen bilateralen und multilateralen Geldquellen, angeführt von der Asiatischen Entwicklungsbank, speisen soll.

Die „Brücke“ bringt Chancen und Risiken für die Entwicklung der Region

Ein Ausschöpfen des „Brücken-Potenzials“ für einen intensiveren Wirtschaftsverkehr zwischen den beiden Subregionen wird das Gesicht des heutigen Myanmars verändern, das neben all der Aufbruchsstimmung des Landes auch durch einen niedrigen Entwicklungsstand, große Armut, schwache Administration, geringe Bildung, Raubbau an der Natur und ethnische sowie religiöse Spannungen gekennzeichnet ist. Große Infrastrukturprojekte beeinflussen oft das soziale und ökologische Gefüge der betroffenen Lokalitäten und

Für die Finanzierung einer regionalen Infrastruktur braucht es einen regionalen und lokalen FINANZMARKT.

dies nicht immer nur zum Vorteil. Deshalb wird insbesondere der Regierung Myanmars die essenzielle Aufgabe zukommen, bei den Projektplanungen und -implementierungen ein besonderes Augenmerk auf eine angemessene Partizipation der betroffenen Bevölkerung sowie auf die Notwendigkeit ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit zu legen. Wie die Lehren aus vielerlei Infrastrukturprojekten in der Region nahelegen, wird Myanmar hierfür auf tatkräftige internationale Unterstützung angewiesen sein.

Der Bau der Brücke zwischen Süd- und Südostasien bringt also nicht nur ein enormes Potenzial an Wirtschaftswachstum und Entwicklung mit sich, sondern auch große Herausforderungen, die nur von der gesamten süd-südostasiatischen Region gemeinsam gestemmt werden können. Dies erfordert ein koordiniertes und kooperatives Vorgehen der Regierungen beider Subregionen, ein Unterfangen, das manchem

Die subregionale Zusammenarbeit erfordert einen institutionellen RAHMEN.

betroffenen Staat bereits auf nationaler Ebene nicht leicht fällt. Umso mehr ist es unverzichtbar, ein die beiden Subregionen integrierendes institutionelles Rahmenwerk zur gegenseitigen Abstimmung und Zusammenarbeit zu schaffen. Dieses muss überwacht und vorangetrieben werden von einem neu

einzurichtenden „Sekretariat für süd- / südostasiatische Wirtschaftskooperation“, das von einem prominenten, allseits anerkannten Politiker mit starkem Netzwerk geleitet wird und mit genügend fähigem Personal ausgestattet ist. Als Standort ist Myanmar prädestiniert, da hiermit nochmals dessen einzigartige Brückenfunktion für die süd-südostasiatische Integration unterstrichen würde.

Chinas dominierender Einfluss muss ausbalanciert werden

Die Behandlung dieses ambitionierten Integrationsthemas bliebe unvollständig, wenn man nicht abschließend einen Blick auf Myanmars großen Nachbarn im Nordosten werfen würde, nämlich China. Dessen Einfluss auf Myanmar war stets groß. Mehr denn je stellt Myanmar heute einen wichtigen Baustein in Beijings geostrategischer Planung dar. Stellvertretend für Chinas Interessenlage sind nicht nur die intensive militärische Kooperation zwischen beiden Ländern, sondern auch die umfangreichen chinesischen Investitionen in Myanmars Energie-, Rohstoff- und Transportinfrastruktur zu nennen. Zusätzlich zu den bereits mit chinesischen Geldern realisierten Straßen-, Hafen- und Pipelineprojekten befinden sich weitere Projekte u. a. im Erdölpipeline- und Staudammkontext in Planung bzw. Umsetzung. China ist und bleibt damit ein herausragend wichtiger Wirtschaftspartner und Abnehmer für Myanmars Rohstoffexporte. China hat sich dementsprechend bereits den vertraglichen Zugriff auf dortige Ölvorkommen gesichert. Hieraus hat sich eine erhebliche einseitige Abhängigkeit Myanmars von China ergeben, der Myanmar seit kurzem insbesondere durch

eine stärkere Hinwendung zu Indien, aber auch zu Japan und anderen Ländern der ASEAN-Gruppe zu begegnen versucht. Eine intensivere wirtschaftliche Integration zwischen der südasiatischen und der südostasiatischen Subregion mit Myanmar als geographischem Scharnier und politischem Katalysator würde nicht nur das Wachstum beider Subregionen anfeuern, sondern auch große neue Profitmöglichkeiten für die

Myanmar versucht, durch eine Hinwendung an Südasien und Südostasien, den chinesischen Einfluss AUZUBALANCIEREN.

in Myanmar und der südostasiatischen Region höchst aktive chinesische Wirtschaft eröffnen. Deshalb wäre es durchaus vorstellbar, dass zumindest chinesische Wirtschaftskreise sich gut damit abfinden könnten, dass ein intensiverer Wirtschaftsaustausch zwischen Südasien und Südostasien Chinas markanten Einfluss auf Myanmar im speziellen und auf die südostasiatischen ASEAN-Staaten im generellen etwas ausbalancieren würde – eine Perspektive, die einer stabilen und ausgewogenen Entwicklung Myanmars sehr zuträglich wäre. ///



/// DR. SEBASTIAN PAUST

ist gegenwärtig vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beurlaubt zur Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Bonn, wo er als ehemaliges Vorstandsmitglied nun Beauftragter des Vorstandes ist. Zuvor war er Mitglied des Exekutivdirektoriums der Asian Development Bank in Manila, der er auch heute noch als Mitglied des Beirats des Asian Development Bank Instituts verbunden ist.

/// Expertengespräch über den Wahlausgang

DIE EUROPAWAHL VOM 25. MAI 2014

GERHARD HIRSCHER / ECKHARD JESSE /// Europa hat am 25. Mai sein neues Parlament gewählt. Das Wahlergebnis und seine möglichen Konsequenzen, gerade auch im Hinblick auf die kleinen Parteien, diskutiert der Parteienforscher Dr. Gerhard Hirscher im Gespräch mit dem renommierten Politikwissenschaftler Professor Dr. Eckhard Jesse.

Gerhard Hirscher: Die Wahl zum europäischen Parlament am 25. Mai 2014 sah die Union in Deutschland wieder klar als stärkste Partei. Sie kam allerdings nur noch auf 35,3% (nach 37,9% bei der letzten Europawahl 2004), von denen 30,0% auf die CDU und 5,3% auf die CSU entfielen. Die FDP konnte sich von ihrem Tief bei der Bundestagswahl 2013 nicht erholen und fiel auf 3,4%. Die SPD konnte sich – allerdings von niedrigem Niveau – auf 27,3% verbessern. Auch die Grünen verloren leicht und kamen noch auf 10,7%. Die deutlichsten Gewinne erzielte die AfD, die 7,0% erzielen konnte. Außerdem fand diese Wahl erstmals ohne eine nationale Sperrklausel statt. Dies hatte zur Folge, dass insgesamt 14 deutsche Parteien ins europäische Parlament einziehen können, darunter sieben mit nur einem Sitz. Wie bewerten Sie dieses Er-

gebnis? Welche Konsequenzen können sich für das deutsche Parteiensystem insgesamt ergeben?

Eckhard Jesse: Das Wahlergebnis stellt keine große Überraschung dar. Zum achten Mal ging die Union bei den Wahlen zum Europäischen Parlament als Sieger hervor, wobei die SPD die Differenz zur Union deutlich verringern konnte. Lag sie 2009 bei 17,1 Prozentpunkten, so beträgt sie jetzt „nur“ noch 8,0 Punkte. Die – nahezu – Halbierung des Unions-Vorsprungs dürfte zwei Hauptgründe haben. Zum einen war das Ausgangsniveau bei der SPD nie so schwach wie 2009 mit 20,8%; zum anderen trat die SPD mit einem deutschen Spitzenkandidaten an, die Union „nur“ mit einem deutschsprachigen. Wie die Umfragen zeigen, war für mehr SPD-Wähler die Persönlichkeit von Martin Schulz (27%) wahlentscheidend als für



Bleibt Europa abstrakt?
Erfahrungsgemäß fällt die Wahlbeteiligung bei der Europawahl eher geringer aus.



Das Wahlergebnis ist keine große Überraschung.

Unions-Wähler die von Jean-Claude Juncker (20%). 37 % der Wähler wollten Schulz als Präsidenten der Europäischen Kommission, 22 % Juncker. Den Bonus, den die Union bei der Bundestagswahl 2013 mit der Person der Bundeskanzlerin gegenüber ihrem Herausforderer Peer Steinbrück hatte, besaß diesmal die SPD, wiewohl nicht im gleichen Ausmaß. Hingegen dominierte die Union bei den Kompetenzwerten in Sachfragen (erwartungsgemäß nicht beim Thema „Soziale Gerechtigkeit“).

Große Aussagekraft etwa für die nächste Bundestagswahl kommt dem Ergebnis nicht zu, auch wenn die Wähler als Motive für ihre Stimmabgabe wiederum stark bundespolitische Themen anführten (wie in der Vergangenheit), freilich nicht mehr so deutlich wie früher. Bei der Europawahl handelt es sich um eine „Nebenwahl“, also eine Wahl, der die Bürger eine nicht so große Bedeutung zumessen. Sie rangiert nicht nur hinter Landtagswahlen, sondern auch hinter Kommunalwahlen. 1999 lag die Union mit 48,7 % klar vor der SPD (30,7 %) – und trotzdem konnte die SPD bei der nächsten Bundestagswahl 2002 denselben Stimmenanteil wie die Union erzielen (38,5 %) und erneut eine Koalition mit den Grünen bilden.

Was erfreulich ist: Die Wahlbeteiligungsquote, die auf 48,1 % stieg, fiel damit höher als bei den drei Wahlen zuvor aus (2009: 43,1 %). Ein Grund: In

einer Reihe von Ländern fanden Kommunalwahlen und Europawahlen am gleichen Tag statt. Ein anderer Grund: Das Europäische Parlament hat in den Augen der Wähler mehr Gewicht als früher, aber eben noch nicht genügend Einfluss.

Die kleinen Parteien schnitten trotz der fehlenden Sperrklausel nicht besser ab als bei der letzten Europawahl. Das muss für sie eine herbe Enttäuschung gewesen sein. Dass sieben Parteien je einen Sitz erhalten haben, ist gleichwohl misslich. Dennoch halte ich die Urteile des Bundesverfassungsgerichts für berechtigt. Es hatte am 9. November 2011 die Fünfprozenthürde bei den Wahlen zum Europäischen Parlament für unzulässig erklärt und am 26. Februar 2014 die Dreiprozenthürde. Die Hinfälligkeit der Sperrklausel für die Wahl des Europäischen Parlaments ist aus zwei Gründen zu rechtfertigen. Erstens bestimmen die Regierungschefs im Europäischen Rat faktisch den Präsidenten der Europäischen Kommission. Die erstmalige Wahl im Europaparlament vollzieht diese Entscheidung mehr oder weniger bloß nach. Zweitens können sich die gewählten Mitglieder einer hiesigen Partei im Parlament einer Fraktion der europäischen Schwesterpartei anschließen, wenn eine solche existiert. Daher muss ein Mandat für eine kleine Partei die parlamentarische Funktionsfähigkeit nicht gefährden. Insofern ist es kein Widerspruch, sondern konsequent, auf der einen Seite die Abschaffung der Prozenthürden für Kommunalparlamente

und das Europäische Parlament als rechtens anzusehen, und auf der anderen Seite eine solche Hürde bei Landtags- und Bundestagswahlen strikt zu verteidigen.

Das Stimmverrechnungsverfahren freilich muss geändert werden. Es begünstigt winzige Parteien auf Kosten größerer. So zogen die ÖDP und die PARTEI, eine „Spaßpartei“, bei einem Ergebnis von 0,6 % mit je einem Mandat in das Parlament ein, während die Freien Wähler (1,5 %) und die „Piraten“ (1,4 %) auch nur ein Mandat erzielen konnten, obwohl der Stimmenanteil mehr als doppelt so hoch war. Die Abschaffung des ohnehin schwer verständlichen Divisorverfahrens mit Standardabweichung gemäß Sainte-Laguë ist daher nötig, eine Rückkehr zum Quotenverfahren mit Restausgleich nach Hare-Niemeyer oder zum d'Hondtschen Höchstzahlverfahren wünschenswert.

Gerhard Hirscher: Die Wahl zum europäischen Parlament am 25. Mai 2014 stand auf der einen Seite in der Tradition der Europawahlen in Deutschland, die in der Einschätzung der Bevölkerung erneut deutlich hinter der Relevanz einer Bundestagswahl stand. Trotz gesteigener Bedeutung des europäischen Parlaments und der Politik in Europa insgesamt werden die Europawahlen immer noch als „Nebenwahlen“ oder „second-order elections“ bewertet und so auch von einem großen Teil der Wählerschaft gesehen. Dies schlug sich in den vergan-

genen Wahlen deutlich in der schwachen Wahlbeteiligung nieder. Auf der anderen Seite kam ihr aufgrund des Wahlkalenders eine besondere Bedeutung zu. Die Europawahlen waren der erste nationale Stimmungstest nach den Bundestagswahlen vom 22. September 2013. Etwa acht Monate nach der Bundestagswahl konnte dieses Resultat also durchaus als ein Indikator für die Popularität aller Parteien gelten, zumal das Wahlgebiet nicht auf ein Bundesland beschränkt war, sondern identisch mit dem der Bundestagswahl war. Dies dürfte jedoch in anderen Ländern ähnlich gewesen sein. Der Erfolg des Front National in Frankreich, der UKIP in Großbritannien oder der Syriza in Griechenland sind deutliche Beispiele dafür, wie die Wahl zum Europäischen Parlament als nationale Protestwahl genutzt wird und nicht selten als Chance gesehen wird, radikale oder gar extremistische Außenseiter hoffähig zu machen. Was bedeutet dies für die künftige Rolle des Europäischen Parlaments? Wie kann künftig verhindert werden, dass eine Europawahl zu sehr von nationalen Problemlagen und Stimmungen dominiert wird?

Eckhard Jesse: In der Tat nutzen Protestparteien die Wahlen für das Europäische Parlament oft für eine „Abrechnung“ mit den etablierten Kräften.



Das Stimmverrechnungsverfahren muss geändert werden, denn es begünstigt winzige Parteien auf Kosten größerer.

Das wird sich solange nicht ändern, wie nicht das Parlament (allein) für die Wahl des Kommissionspräsidenten verantwortlich ist. Im Wahlkampf wurde dieser Eindruck allerdings zuweilen erweckt. Tatsächlich haben das entscheidende Wort die Regierungschefs der Staaten über den Kommissionspräsidenten. Dem Europäischen Parlament kommt hernach nur eine Art notarielle Funktion zu, auch wenn 2014 zum ersten Mal eine Wahl stattfand. Gut, dass sich die Regierungschefs der 28 EU-Staaten auf Jean-Claude Juncker einigen konnten, den Kandidaten der stärksten Fraktion im Europäischen Parlament. Nur Großbritannien und Ungarn stimmten dagegen. Im anderen Fall wäre die Glaubwürdigkeit der Parteien in Frage gestellt worden.

Erst dann, wenn sich im Europäischen Parlament, das mehr Einfluss gewinnen müsste, eine parlamentarische Mehrheit und eine parlamentarische Minderheit herausbildet, und in den einzelnen Staaten (wie vor einer Bundestagswahl) koalitionsstrategische Überlegungen eine Rolle spielen, würde der Bürger das Gewicht einer solchen Wahl erkennen. Die Zahl der Protestwähler für populistische bzw. sogar extremistische Parteien rechter oder linker Couleur dürfte dann zurückgehen.

In diesem Fall sollte das Bundesverfassungsgericht die Einführung einer Sperrklausel akzeptieren. Das hat es bei seinen Entscheidungen auch plausibel gemacht. Insofern sind diese kein „Urteil gegen Europa“ (Nico Fried), im Gegenteil. Bestimmt das Parlament autonom den Kommissionspräsidenten, gibt es eine Mehrheit, die ihn unterstützt, und eine Minderheit, die ihn ablehnt, so ist eine Klausel nicht nur vertretbar, sondern auch sinnvoll. Diese würde ihren Teil zur Schwächung populistischer und extremistischer Kräfte leisten. Allerdings ist Realismus angebracht: Solche Gruppierungen dürften bei Wahlen zum Europäischen Parlament bis auf weiteres besser abschneiden als bei Wahlen zu nationalen Parlamenten. Deutschland steht im europäischen Maßstab eher gut da. Die großen Kräfte müssen diese Proteststimmen ernst nehmen und fragen, was sie – sei es direkt, sei es indirekt – zum Aufschwung populistischer und extremistischer Parteien von rechts und links beigetragen haben.

Was Deutschland betrifft, so versteht es sich, dass die Volksparteien mit den Vertretern der Alternative für Deutschland (AfD) öffentlich reden, um die Bevölkerung für die eigenen Positionen zu gewinnen. Die AfD ist keine rechtsextremistische, im Kern auch keine rechtspopulistische Partei, sondern eine euroskeptische. Wer bestimmte



Protestparteien nutzen die Wahlen für das Europäische Parlament oft für eine „Abrechnung“ mit den etablierten Kräften.



Parteien neigen sehr dazu, sich an Umfragen zu orientieren.

Themen tabuisiert (die Bürger erwarten zu Recht Antworten etwa auf die Europa- wie Euro-Krise), provoziert indirekt Euroskeptizismus, baut ihn jedenfalls nicht ab.

Gerhard Hirscher: In den meisten deutschlandweiten Umfragen lag die Union nicht weit von den 37,9%, die sie bei der letzten Europawahl erzielt hatte. Allerdings wurden Umfragen zur Europawahl erst seit Anfang 2014 mit näher rückendem Wahltermin publiziert. Wurden zu Beginn des Jahres und noch Anfang April immer wieder Werte von 40% und darüber für die Union gemessen, blieben die Werte danach unter dieser Marke. Die letzten Umfragen vor der Wahl sahen die Union bei 37% sowie 38%, zuletzt bei der Forschungsgruppe Wahlen bei 37,5%.

Die Werte für die SPD sind hingegen seit Jahresanfang leicht angestiegen. Lag sie im Februar und März zumeist bei 24% sowie 26%, so kam sie danach zumeist auf 27% und 28% und in den drei letzten Umfragen auf jeweils 27% sowie 26,5%. Die Grünen schwankten in den Umfragen insgesamt immer zwischen 9% und 12%. Die letzten Umfragen sprachen ihnen Werte zwischen 9% und 11% zu. Die FDP blieb in allen Umfragen einheitlich zwischen 3% und 4%. Die Werte der Linken schwankten zwischen 7% und 10%. In den letzten Umfragen erhielt sie 9% sowie 8% und 7,5%. Die Bandbreite der Umfragewerte für die AfD war zwischen 5% und 8%,

wobei sie seit März 2014 stets Werte von 6% oder 7% zugeschrieben bekam, so auch in den letzten Umfragen. Für die sonstigen Parteien wurden in den beiden letzten Umfragen 8% sowie 7% angegeben bei insgesamt größeren Schwankungen.

Insgesamt wurde die Union also in der Demoskopie vor der Wahl überschätzt. Dies gilt vor allem für die CSU, die in der letzten veröffentlichten Umfrage von Infratest dimap bei 47% lag, aber bei der Europawahl nur auf 40,5% kam. Der Wert der SPD wurde hingegen sehr gut erfasst. Auch die Grünen, die FDP und die Linke wurden angesichts der Fehlermargen sehr ordentlich prognostiziert. Die 7% der AfD wurden sogar präzise vorhergesagt. Was bedeutet dies für den Wahlausgang – warum lagen die Demoskopen vor allem bei der Union daneben?

Eckhard Jesse: Umfragen für die Wahlen zum Europäischen Parlament sind mit einem höheren Risikofaktor versehen. Schließlich ist der Bürger angesichts der niedriger eingestuften Relevanz der Wahl weniger sicher, für welche Partei er votiert. Das wirkt sich auf die Umfragen aus und provoziert geradezu Ungenauigkeiten. Umso erstaunlicher war diesmal die Exaktheit der Wahlvorhersagen. Das gilt selbst für die Union (ihr mit rund zwei Prozentpunkten schlechteres Abschneiden ge-



Das Ergebnis der Europawahl ist keine unmittelbare Reaktion auf das der Bundestagswahl.

genüber den Prognosen lag noch innerhalb der statistischen Marge) und für die „Sonstigen“ – niemand konnte wissen, wie sich die fehlende Sperrklausel auf das Wahlverhalten auswirkt. Es gibt keine Anhaltspunkte für einen „last minute swing“, der die gewisse Diskrepanz zwischen Umfrage und Ergebnis bei der Union erklären könnte. Die Meinungsforschung, die mit verfeinerten Methoden arbeitet, hat bei dieser Wahl erneut ihre Qualität unter Beweis gestellt.

Alle Umfragen sollten vor den Wahlen – gegebenenfalls auch kurz davor – publiziert werden. Sie stellen für den zumal strategisch denkenden Wähler eine Informationsquelle dar, wobei Kritiker die Relevanz von demoskopischen Daten auf das Wählervotum freilich überschätzen. Hingegen neigen Parteien sehr dazu, sich an Umfragen zu orientieren. Gute Politiker sollten Führungsbereitschaft an den Tag legen und nicht nach der „Stimmung“ schießen. Taktisches Geplänkel zahlt sich oft nicht aus – eine Partei muss in zentralen Fragen einen klaren Kurs steuern, kann nicht diese und jene Richtung zugleich „bedienen“.

Gerhard Hirscher: Wenden wir den Blick nochmals auf Deutschland: Diese zeitliche Abfolge einer Europawahl relativ kurz nach einer Bundestagswahl gab

es zuvor nur selten. Die Europawahl am 17. Juni 1984 fand über 15 Monate nach der Bundestagswahl vom 6. März 1983 statt und ist daher mit der jetzigen Konstellation kaum vergleichbar. Außerdem hatten dazwischen schon mehrere Landtagswahlen stattgefunden. Bei der Bundestagswahl 1983 war die Union auf 48,8 % gekommen (davon 38,2 % für die CDU und 10,6 % für die CSU) und die FDP auf 7,0 %. Gegenüber dieser Wahl, die die „Wende“ weg von einer Regierung aus SPD und FDP und hin zu einer aus Union und FDP bestätigte, fielen die neuen Regierungsparteien bei der Europawahl 1984 ab. Die Union kam dabei noch auf 46,0 % (davon 37,5 % für die CDU und 8,5 % für die CSU), die FDP fiel mit 4,8 % unter die Fünfprozenthürde und kam nicht ins Europaparlament. Die SPD, die bei der Bundestagswahl auf 38,2 % gekommen war, verlor bei der Europawahl nur leicht und kam auf 37,4 %. Die Grünen konnten sich bei der Europawahl gegenüber ihrem Bundestagsergebnis von 5,6 % auf 8,2 % steigern. Bei dieser Wahl könnte sich also ein gewisses Protestwahlverhalten zu Ungunsten der Regierungsparteien manifestiert haben, wie es häufig mit laufender Legislaturperiode zu verzeichnen ist.

Nur 1998/99 war der Abstand zwischen einer Bundestagswahl und einer nachfolgenden Europawahl vergleichbar mit der Situation 2013/14. Allerdings fanden auch in diesem Fall noch Landtagswahlen zwischen diesen Ter-

minen statt. Bei der Bundestagswahl vom 27. September 1998 kam die Union auf ihr bislang schlechtestes Ergebnis (35,1 %, davon 28,4 % für die CDU und 6,7 % für die CSU) und verlor die Regierung an Rot-Grün. Bei der Europawahl vom 13. Juni 1999 holte die Union hingegen 48,7 % (davon 39,3 % für die CDU und 9,4 % für die CSU). Die FDP hingegen hatte bei der Bundestagswahl noch 6,2 % geholt, kam bei der Europawahl nur auf 3,0 % und verpasste somit wieder den Einzug ins Europaparlament. Die SPD hatte bei der Bundestagswahl 40,9 % geholt und landete bei der Europawahl bei 30,7 %. Die Grünen landeten im Bund 1998 bei 6,7 % und bei der Europawahl bei 6,4 %. Auch in dieser Konstellation konnte also von einem gegenläufigen Wahlverhalten zuungunsten der Regierungsparteien gesprochen werden, das sich vor allem bei den großen Parteien manifestierte.

Die Europawahl 2014 hatte mit den Konstellationen 1983/84 und 1998/99 gemeinsam, dass sie nach einer Bundestagswahl stattfand, die einen Regierungswechsel zur Folge hatte. In der zeitlichen Abfolge war aber nur die Wahl 1999 unmittelbar vergleichbar. Neu war, dass 2014 seit der Bundestagswahl keine wichtige überregionale Wahl stattgefunden hatte und damit die Europawahl wirklich einen ersten nationalen Stimmungstest darstellte. Dabei lag die Union mit 35,3 % deutlich hinter ihrem Bundestagsresultat von 41,5 %

der Zweitstimmen und die SPD mit 27,3 % etwas höher als bei der Bundestagswahl mit 25,7 %. Die Grünen lagen höher (10,7 % gegenüber 8,4 % im Bundestag), die Linke niedriger (7,4 % zu 8,6 %). Die FDP lag mit 3,4 % unter ihrem Bundestagsresultat von 4,8 %, während sich die AfD nach 4,7 % jetzt auf 7,1 % verbessern konnte. Ist diese Europawahl als eine Reaktion auf die Bundestagswahl zu interpretieren oder galten andere Gesetze?

Eckhard Jesse: Das Ergebnis der Europawahl ist keine unmittelbare Reaktion auf das der Bundestagswahl. Bei den Wahlumfragen für die Bundestagswahlen im April / Mai 2014 schnitt die Union besser ab als bei den Wahlumfragen bzw. Wahlen zum Europäischen Parlament. Für die SPD war dies umgekehrt. Das überrascht im ersten Moment, da die Union bei Europawahlen in der Regel bessere Ergebnisse „einführt“ als die SPD, und für diese gilt gemeinhin das Gegenteil. Der Hauptgrund ist, dass die niedrigere Wahlbeteiligung solche Parteien begünstigt, die ein Elektorat mit überproportional hoher Bildung aufweisen, weil dieses stärker von seinem Wahlrecht Gebrauch macht. Für die FDP wurde der Effekt durch das Einstimmensystem überlagert, das ihr schadete, da sie Stimmensplitting weder direkt noch indirekt propagieren konnte.



Nichts ist so erfolgreich wie der Erfolg.

2009 lagen zwischen der Wahl zum Europäischen Parlament (7. Juni) und der Bundestagswahl (27. September) nur gut 100 Tage. Seinerzeit fiel das Abschneiden der SPD bei den Europawahlen schlechter aus als bei den folgenden Bundestagswahlen. Bei der Union zeigte sich der umgekehrte Trend. Das ist – wie erwähnt – nahezu die Regel. Wenn der Ausgang diesmal anders war (Gewinne der SPD, Verluste der Union), so dürfte das wesentlich auf die Spitzenkandidatur eines deutschen Sozialdemokraten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission zurückzuführen sein. In Niedersachsen gewann die CDU 0,2 Prozentpunkte gegenüber der letzten Wahl – vielleicht dank der Kandidatur ihres Spitzenkandidaten David McAllister für die Wahl zum Europäischen Parlament. Die folgende Vermutung hat viel für sich: Wäre er Kandidat für das Präsidentenamt der Europäischen Kommission gewesen, so hätte die Union ein besseres Ergebnis erreicht, zumal deshalb, weil die Programmatik bei Europawahlen für die meisten Bürger angesichts der geringen Differenzen zwischen den tragenden politischen Kräften nicht wahlentscheidend ist.

Angesichts der bereits erwähnten Tatsache, dass bei einer Europawahl andere „Gesetze“ als bei einer Bundestagswahl gelten, spiegelt dieses Wahlverhalten nicht das bei einer Bundestagswahl wider. Allerdings sind manche Indizien unverkennbar. Die Grünen konnten nicht das Ergebnis von 2004 und 2009 erreichen und die Linke, die sich (bis 2004 als PDS) bei Europawahlen beständig gesteigert hatte, blieb das erste Mal unter ihrem vorherigen Resultat, wiewohl nur knapp. Die AfD schnitt bei der Wahl zum Europäischen

Parlament mit 7,1 % mehr als doppelt so gut ab wie die FDP.

Dieser Umstand lässt jedoch keine Schlüsse auf die Ergebnisse bei der nächsten Bundestagswahl zu, weil die Partei von Protestvoten profitierte. Bernd Luckes Wort von der „neuen Volkspartei“ ist voreilig. Das hat nicht nur die Geschichte der „Piraten“ gezeigt, sondern auch die der „Republikaner“, die vor 25 Jahren bei den Wahlen zum Europaparlament exakt den Stimmenanteil der AfD erzielt hatten. Allerdings dürften diese stabiler als die „Republikaner“ sein und bei den nächsten drei Landtagswahlen in den neuen Bundesländern die Fünfprozenthürde überwinden, nicht jedoch die FDP. Nichts ist so erfolgreich wie der Erfolg. Die neue Partei ist in den jungen Bundesländern bekanntermaßen besonders stark (Bundestagswahl 2013: 5,9 %; alte Bundesländer: 4,5 %), die FDP besonders schwach (Bundestagswahl 2013: 2,7 %; alte Bundesländer: 5,2 %).

Wichtiger als die Wahl zum Europäischen Parlament für das deutsche Parteiensystem dürften die drei Landtagswahlen in Sachsen (am 31. August) sowie in Brandenburg und Thüringen (jeweils am 14. September) sein. Das gilt weniger für die Stimmenanteile der Parteien (in Sachsen und Thüringen sollte die CDU klar die stärkste Partei sein, in Brandenburg – weniger klar – die SPD), sondern mehr für die Koalitionskonstellationen, können diese doch eine präjudizierende Wirkung auf andere Länder und später auf den Bund haben.

Gibt es in Thüringen das erste rot-rot-grüne Bündnis, dazu noch unter Bodo Ramelow, einem Ministerpräsidenten aus den Reihen der Linken? Geht die Sächsische Union, sollte sie keine absolute Mehrheit der Mandate erlan-

gen, eine Koalition mit den Grünen ein (2004 mit der SPD, 2009 mit der FDP)? Setzt die brandenburgische SPD das Bündnis mit der entzauberten Linken als Juniorpartner fort?

Es gibt zahlreiche Fragezeichen, die sich weniger auf die großen als vielmehr auf die kleinen Parteien beziehen: Kann die AfD bundesweit reüssieren, oder erfährt sie schnell eine „Entzauberung“, ohne jemals an einer (Landes-)Regierung beteiligt gewesen zu sein? Wird die FDP ihre Existenzkrise überwinden, und strebt sie unter Christian Lindner eine koalitionspolitische Offenheit an? Tritt bei der Linken – nach Oskar Lafontaine – eine Entradikalisierung ein und macht die SPD ihr Avancen für eine Regierungsbeteiligung im Bund? Fällt den Grünen eine Schlüsselrolle nach der nächsten Bundestagswahl zu, oder bleiben sie erneut, wie 2005, 2009 und 2013, in der Opposition? Vor allem: Bahnt sich ein Bündnis mit der Union an – oder eines mit Rot-Rot? Das ist die Gretchenfrage.

Gerhard Hirscher: Herr Professor Jesse, ich bedanke mich für das Gespräch. ///



/// DR. GERHARD HIRSCHER

ist Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien und Wahlforschung der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.



/// PROF. DR. ECKHARD JESSE

ist Professor für Politische Systeme, Politische Institutionen an der TU Chemnitz. Soeben erschien Jesse, Eckhard / Liebold, Sebastian (Hrsg.): Deutsche Politikwissenschaftler – Werk und Wirkung. Von Abendroth bis Zellentin, Baden-Baden 2014.

/// Projektabschluss

PROMOTIONSKOLLEG „GESTALTEN UND ERKENNEN – KOMPETENZBILDUNG IN DEN KÜNSTLERISCHEN FÄCHERN UND FACHBEREICHEN DER SCHULE“

PAULA BODENSTEINER /// Im April 2011 wurde in der Hanns-Seidel-Stiftung das Promotionskolleg „Gestalten und Erkennen – Kompetenzbildung in den künstlerischen Fächern und Fachbereichen in der Schule“ gestartet. Nun, nach drei Jahren, kann mit einer äußerst positiven Bilanz das Promotionskolleg abgeschlossen werden.

Von der Idee zum Erfolg

Um dieses besondere Projekt erfolgreich durchzuführen, bedurfte es einer genauen Planung und der exakten Umsetzung der Idee, dem Einhalten vieler zeitlicher Vorgaben, dem nötigen Durchhaltevermögen während unvermeidlicher Durststrecken und nicht zuletzt aktiv mitwirkender, verlässlicher Partner, ohne die das Projekt nicht möglich gewesen wäre.

Die Idee für ein interdisziplinär angelegtes Projekt in den künstlerischen Fächern im schulischen Kontext reifte durch eine Veranstaltungsreihe des Referats für Bildung und Erziehung der Akademie der Hanns-Seidel-Stiftung, die in enger Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Bil-

dung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, dem Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung und dem Humanwissenschaftlichen Zentrum der Ludwig-Maximilians-Universität München durchgeführt wurde. Im Zeitraum von 2006 bis 2008 wurde die Thematik des „Iconic Turns“ und dessen Bedeutung für die Schulen in drei intensiven Arbeitsveranstaltungen zum Thema „Wissensgenese an Schulen – Beiträge zu einer Bilddidaktik“ aufgegriffen. Zu den Veranstaltungen, an denen herausragende Wissenschaftler mitwirkten, die einen langfristigen Diskussionsprozess beförderten, entstand jeweils eine Publikation in der Reihe „Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen“. Der Anstoß zur Verwirklichung der Idee

eines interdisziplinären Projekts kam durch die Neugestaltung der Lehrpläne mit der bildungspolitischen Vorgabe „Kompetenzorientierung“. Nachweislich liegt der Bedeutungszuwachs im Bildungs- und Ausbildungsbereich stärke-

Das Promotionskolleg sollte den künstlerischen und gestalterischen Fächerkanon **STÄRKEN**.

ker beim wirtschaftlichen Sektor als im kulturellen Bereich. Deshalb wurde mit dem Promotionskolleg u. a. das Ziel verfolgt, die Bedeutungsverteilung zu Lasten der künstlerisch-gestalterischen Fächer aufzubrechen. Kunst und Kultur

haben erwiesenermaßen einen positiven Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Eine „ganzheitliche Bildung“ ist auch zentrale Aufgabe unserer Bildungseinrichtungen. Demzufolge konkretisierte sich das Promotionskolleg „Gestalten und Erkennen – Kompetenzbildung in den künstlerischen Fächern und Fachbereichen in der Schule“.

Partner und Projektbeschreibung

Ein derartig breit angelegtes Projekt kann nur in enger Zusammenarbeit aller Partner gelingen und stellt hohe Ansprüche an jeden Beteiligten. Innerhalb der Hanns-Seidel-Stiftung waren das Institut für Begabtenförderung (Abteilungsleiter Professor Hans-Peter Nieder-



Die Projektleiter des Promotionskollegs (v.l.): Eckhart Liebau, Karin Oechslein, Michael Weidenhiller, Ernst Pöppel, Ernst Wagner, Paula Bodensteiner, Peter Witterauf, Rudolf Pfeifenrath, Hans-Peter Niedermeier und Oliver Jahraus.

Die Planung und Durchführung des Projektes erforderten eine enge und intensive ZUSAMMENARBEIT aller Beteiligten.

meier, Referatsleiter Dr. Rudolph Pfeifenrath) und die Akademie für Politik und Zeitgeschehen (Abteilungsleiter Professor Dr. Reinhard Meier-Walser, Referatsleiterin Paula Bodensteiner) für das Projekt verantwortlich. Die wissenschaftliche Betreuung der Stipendiatinnen und Stipendiaten übernahmen gemeinsam die beiden größten bayerischen Universitäten, die Ludwig-Maximilians-Universität München mit dem Humanwissenschaftlichen Zentrum (HWZ – federführend die Professoren Ernst Pöppel und Oliver Jahraus) und die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg mit dem Interdisziplinären Zentrum für ästhetische Bildung (IZÄB – federführend Professor Eckhart Liebau). Die Anbindung an die schulische Praxis und die Umsetzung in den Lehrplan oblagen dem Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst mit dem Ansprechpartner MR Michael Weidenhiller, Leiter des Referats „Kulturelle Bildung“ sowie dem Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung mit OStD Jörg Eyraier, Leiter der Abteilung „Gymnasium“. Die Koordination beider Projektgruppen übernahm Dr. Ernst Wagner vom Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung, der auch die Anbindung an die Praxis und an die Lehrplanarbeit gewährleistete.

In mehreren Auswahlgesprächen wurden insgesamt 15 Bewerber, die mit ihren Exposés überzeugen konnten, für das Projekt rekrutiert. Im Kolleg wurden Dissertationen aus den Fachbereichen Musik, Kunst, Deutsch (Literatur / Medien), Sport und fächerübergreifendem Unterricht (mit Einflüssen aus Psychologie, Philosophie, Theaterpädagogik) vergeben. Die Kandidaten wurden einer der beiden Stipendiatengruppen zugeordnet.

Die Arbeit der Stipendiatengruppe am Humanwissenschaftlichen Zentrum (HWZ) der Ludwigs-Maximilians-Universität München war stärker an den fachwissenschaftlichen Grundlagen ausgerichtet und auch räumlich eng an das Forschungskonzept des HWZs gebunden.

Die Arbeit der Promovendengruppe am Interdisziplinären Zentrum Ästhetische Bildung (IZÄB) der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg orientierte sich vorwiegend an didaktischen, pädagogischen Grundlagen und war stärker dezentral organisiert.

Das übergeordnete ZIEL war es, das kreative und künstlerische Potenzial zu fördern.

Jede der beiden Gruppen arbeitete im interdisziplinären Austausch an der jeweiligen Universität eng zusammen, was wöchentliche Inputreferate und Diskussionsrunden an der Universität für das jeweilige Team garantierten. Für beide Teams gab es regelmäßige Treffen in Form von Arbeits- und Fachtagungen bei der Hanns-Seidel-Stiftung zum gemeinsamen Erfahrungsaustausch und zur Sicherstellung des Praxisbezugs.

Speziell zur Vertiefung der Thematik des Promotionskollegs wurden folgende Arbeitstagungen ausgerichtet:

- I Kunst und Wissenschaft / 13.-14. Juli 2011 im Bildungszentrum Wildbad Kreuth der Hanns-Seidel-Stiftung,
- II Kunst und Wissenschaft / 14.-16. Februar 2012 im Bildungszentrum Wildbad Kreuth der Hanns-Seidel-Stiftung,
- III Kunst und Wissenschaft – Thematische Zugänge und Schlussfolgerungen / 7.-9. November 2012 im Bildungszentrum Wildbad Kreuth der Hanns-Seidel-Stiftung,
- VI Kunst und Wissenschaft – Thematische Zugänge und Schlussfolgerungen / 15.-16. Juli 2013 im Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung sowie zusätzlich folgende Tagung:
- Sprechen über Bilder / 2. Dezember 2011 im Konferenzzentrum München.

Ziel und Ergebnisse

Ziel des Promotionskollegs war es, die Wissenschaft, die Bildungspolitik und die schulische Fachentwicklung enger zu verzahnen, um dem kulturellen Bereich in der Schule die bildungspolitische Bedeutung zukommen zu lassen, die ihm gebührt. So können die Ergebnisse nicht nur die Lehrplanarbeit befruchten, sondern auch Einfluss auf die Lehrerbildung und -weiterbildung nehmen. Insgesamt geht es darum, die kreativen und künstlerischen Potenziale unserer Kinder und Jugendlichen zu fördern. Nur breit gebildeten Menschen gelingt eine erfolgreiche Gestaltung ihrer Biographie und die positive Weiterentwicklung unserer Gesellschaft insgesamt.

Die rundweg positive Bilanz schlägt sich zudem nieder:

- in der Aussicht, dass bis 2015 alle Stipendiatinnen und Stipendiaten ihre Dissertation erfolgreich beendet haben werden,
- in einer Netzwerkbildung „Gleichgesinnter“, die auch die Werte der Hanns-Seidel-Stiftung, die Werte eines demokratischen Rechtsstaats in die Zukunft transportieren,
- in einer vielfältigen Weltsicht ohne marktrelevanten vorgegebenen Output, intensiv gefördert durch kulturelle, künstlerische Themenstellungen,
- im Aufbau von Freundschaft, Teamgeist und Vertrauen durch gemeinsames Arbeiten über die Dauer der Dissertationsprojekte hinaus,
- in der Auseinandersetzung mit dem bayerischen Bildungsziel in Artikel 131 der Bayerischen Verfassung in dem es sinngemäß heißt, zu den obersten Bildungszielen zählen neben der Ehrfurcht vor Gott auch die Aufgeschlossenheit für alles Wahre, Gute und Schöne, im Sinne der Bildung eines ästhetischen Bewusstseins“ und
- in einer Erweiterung der beruflichen Möglichkeiten. ///



/// PAULA BODENSTEINER

ist Referentin für Bildung und Erziehung in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Festvortrag

DIE KÜNSTE UND DIE LEBENSKOMPETENZ*

MAX FUCHS /// Der Lehrplan der Schule ist ein umstrittenes Feld. Jedes Fach möchte mehr Stundenanteile und viele neue Themen würden gerne Eingang finden. Man braucht daher gute Gründe, um sein Themengebiet zu platzieren. Im folgenden Text werden unterschiedliche Möglichkeiten vorgestellt, mit denen man die Relevanz einer ästhetischen Bildung in der Schule begründen kann.

Vorbemerkung

In diesem Kreis von Menschen, die alle mit den Künsten zu tun haben, sie schätzen oder sogar beruflich damit beschäftigt sind, geht man kein großes Risiko ein, wenn man ein Motto formuliert wie das folgende: Ohne Kunst ist menschliches Leben unvollständig!

Nun gehört es zur europäischen Tradition, dass man gerade in wissenschaftlichen und philosophischen Kontexten solche Behauptungen auch begründen muss. Es ist nämlich ein Erbe der griechischen Philosophie, nicht nur die Notwendigkeit des Beweisens von Behauptungen aufgezeigt zu haben. Griechische Philosophen haben zugleich mindestens zwei Verfahren entwickelt, mit denen man über Jahrtausende hinweg dieser Nachweispflicht von Gründen nachgekommen ist: die Axiomatische Methode, so wie sie etwa Euklid in seiner Geometrie systematisch praktiziert hat (mos

geometricus), und die Idee einer auf Zahlen gestützten Kalkulation (mathesis universalis mit Pythagoras als wichtigem Stammvater). Dieser Gedanke der Begründungsnotwendigkeit von Behauptungen wurde über 1.000 Jahre später dann auch in die Politik transferiert, als es darum ging, die Übernahme und das Ausüben von Macht zu begründen. In diesem Bereich nennt man die Begründungsverpflichtung Legitimation.

Insgesamt geht es also darum, Gründe für Thesen und Behauptungen zu finden. Damit ist man mitten im Thema eines Promotionskollegs, denn es geht hierbei um Forschung, um eine systematische Suche entweder nach Belegen oder nach Widerlegungen (im Sinne von Karl Popper) für mehr oder weniger interessante Thesen. Im Folgenden will ich – natürlich ohne Anspruch auf Vollständigkeit – einige Verfahren benennen, mit denen man Behauptungen begründen kann.

Alltagserfahrungen

Jeder, wirklich jeder Mensch hat Erfahrung mit einer ästhetischen Praxis. Insbesondere hat jeder die Erfahrung gemacht, dass es kein Aufwachen von Kindern gibt, in denen nicht Tanz, Theater, Musik, bildnerisches Gestalten und das Erfinden und Erzählen von Geschichten eine zentrale Rolle spielen. Entweder kann man sich an seine eigene Kindheit erinnern, an seine Freude, die man bei solchen Praktiken empfunden hat oder man kann die eigenen Kinder oder Kinder anderer beobachten. Man muss dabei kein Wissenschaftler oder Philosoph sein, um zu der Erkenntnis zu gelangen, dass in diesen Praktiken auf spielerische Weise die Kinder die Welt und auch sich selbst erobern. Man kann geradezu sinnlich erfahren, wie sich durch die Einbeziehung des Leibes oder des Körpers in einer ästhetischen Praxis die Welt- und Selbstverhältnisse des Menschen entwickeln.

Obwohl solche Erfahrungen von jedem gemacht werden (können), werden sie als legitime wissenschaftliche Begründung nicht anerkannt. Es geht sogar so weit, dass dieselben Menschen, die sich privat mit großer Freude mit den Künsten befassen und diese These, dass ohne Kunst menschliches Leben unvollständig sei, sofort unterschreiben würden, sich in ihrem Berufsleben völlig anders verhalten. Wie sonst kann man sich erklären, dass das in den Eröffnungsreden zu diesem Promotionskolleg beklagte Problem hat entstehen können, nämlich, dass in der wichtigsten Bildungseinrichtung, die alle Menschen besuchen müssen, seit Jahren ein Zurückdrängen der künstlerischen Schulfächer festzustellen ist? Man legt dabei nicht bloß Wert auf die so genannten MINT-Fächer, sondern gelegentlich scheint es sogar so zu sein, dass neu entdeckte gesellschaftliche Problemlagen



„Ohne Kunst ist menschliches Leben unvollständig!“, so Prof. Dr. Fuchs in seinem Vortrag.

durch neu zu schaffende Lehraufgaben in der Schule beseitigt werden sollen wie etwa Gesundheitsziehung, Gewaltprophylaxe oder Wirtschaftskunde, wobei die notwendigen Stundenanteile von den künstlerischen Fächern genommen werden.

Diese unselige Entwicklung ist nicht nur in der Schule festzustellen, sie ist auch an den Universitäten zu finden. Man spricht etwa von sogenannten „Orchideenfächern“ und meint damit insbesondere verschiedene Geisteswissenschaften, die im Zuge des Bologna-Prozesses an den Hochschulen mehr und mehr verschwinden oder zumindest zurückgedrängt werden. So hat aktuell in der Ausgabe vom 8. Mai 2014 der Frankfurter Allgemeinen Zeitung der Direktor des Instituts für Romanistik an der Universität Leipzig, Alfonso de Toro, unter dem Titel „Abenddämmerung der Universität“ von einer neuen Degradierung der Geisteswissenschaften berichtet. Unter der Leitlinie einer berufsorientierten Ausbildung beklagt er den Abbau von grundständiger Forschung und eine Reduktion der Sprachwissenschaften auf eine bloße Landeskunde der entsprechenden Länder. Vor diesem Hintergrund erinnert er nicht nur daran, dass der europäische Gedanke einer Universität sich spätestens seit Humboldt auf die Freiheit von Forschung und Lehre berufen kann, sondern dass man über die Jahrhunderte hinweg die gesellschaftliche Funktion der Universität und gerade der Geisteswissenschaften anerkannt hat: „Die Funktion der Geisteswissenschaften und der Philologien und ihr Beitrag zur Bildung von aufgeklärten Persönlichkeiten und damit zur Gestaltung eines demokratischen Gemeinwesens sowie zur Erlangung von im globalen Markt dringend

benötigten Fertigkeiten wird komplett verkannt.“ (S. 8). Er erinnert daran, dass die Universität „der Ort des zivilen und intellektuellen Ungehorsams (sei), der für einen demokratischen Staat lebenswichtig ist.“¹

Genauso schlimm ist ein seit langem bekanntes Desiderat gerade in den Einrichtungen, die sich professionell mit der Erziehung von Kindern befassen, den Kindertagesstätten. Dabei gibt es einen eigenartigen Widerspruch: Der Alltag in solchen Kindertagesstätten ist geprägt von ästhetischen Praxen, in den Ausbildungscurricula der Erzieherinnen und Erzieher wird aber nur sehr begrenzt die Grundlage für diese spätere Berufstätigkeit gelegt.

Anthropologische Begründungen

In dem neuen Handbuch Kulturelle Bildung, das inzwischen zu einem wichtigen Referenzwerk für alle Fragen der kulturell-ästhetischen Bildung geworden ist, gibt es bewusst einen großen Teil, der sich in anspruchsvoller Weise mit den anthropologischen Grundlagen dieses Teilbereichs der Pädagogik befasst (betreut von Eckart Liebau und Max Fuchs). Die Bedeutung der Anthropologie in der Pädagogik ist also durchaus anerkannt. In der anthropologischen Forschung gibt es dabei eine heuristische Faustregel: Je früher eine Erscheinung in der Menschwerdung auftaucht, desto wichtiger ist sie für die Bestimmung des Wesens des Menschen. Dass dies für die Ontogenese, also die Entwicklung des einzelnen Menschen gilt, wurde zuvor skizziert.

In der Anthropogenese geht es um die Entwicklung der Gattung Mensch. Und auch hier lässt sich feststellen, dass Spuren einer ästhetischen Praxis bereits auf einer sehr frühen Stufe des homo sa-

piens sapiens zu finden sind. Man hat etwa Musikinstrumente gefunden, die einige 10.000 Jahre alt sind. Man kennt seit langem die Höhlenmalereien. Man hat viele Waffen, Werkzeuge und Alltagsgegenstände gefunden, die sorgsam gestaltet und geschmückt sind und man kennt – etwa von bildnerischen Darstellungen – tänzerische und theatrale Formen einer kultischen Praxis. Die Frage, die sich bei solchen Funden stellt, besteht darin, nicht nur herauszufinden, wie die Menschwerdung insgesamt stattgefunden hat und welche Theorien es hierfür gibt, sondern welche Rolle v. a. künstlerische Praxen bei dieser Menschwerdung gespielt haben. Insbesondere geht es dabei darum, dass man nachweisen muss, dass im Zuge der Evolution eine solche künstlerische Praxis einen evolutionären Vorteil geboten haben muss. Ich stelle daher einige Ansätze und Ergebnisse aus diesem Forschungsbereich kursorisch vor.

Seit es den Menschen gibt, denkt er über sich selbst nach. Ein früher Beleg für diese These ist etwa das Orakel von Delphi mit dem berühmten Ausspruch: *Erkenne dich selbst!* Der kanadische Philosoph Charles Taylor hat daher davon gesprochen, dass der Mensch „das sich selbst interpretierende Tier“ sei. In der Tat findet man über die Jahrtausende hinweg viele Aussagen darüber, was das Wesen des Menschen insbesondere im Vergleich mit Tieren ausmacht. Allerdings sind diese Überlegungen ausgesprochen spekulativ und aufs engste mit Weltanschauungen und religiösen Überzeugungen verbunden.

Dies hat sich in den 1920er-Jahren geändert, als mit Max Scheler und dann insbesondere mit dessen jungen Kölner Kollegen Helmut Plessner zum ersten Mal Vertreter einer philosophischen An-

thropologie auftauchten, die philosophische Erwägungen mit den damals aktuellen wissenschaftlichen Forschungen verbunden haben. Helmut Plessner etwa war ausgebildeter Philosoph und Biologe. Sein Grundgedanke war der einer exzentrischen Positionalität, nämlich dass der Mensch im Zuge seiner Entwicklung die Fähigkeit entwickelt hat, (virtuell) neben sich zu treten, also eine Distanz zu der Unmittelbarkeit seiner Lebenswelt herzustellen, und auf diese Weise die Fähigkeit gewonnen hat, selbstreflexiv über sich selbst nachzudenken. Helmut Plessner ist auch derjenige, der profunde Überlegungen zur Überlebensrelevanz der Künste, insbesondere zur Bedeutung des Theaters angestellt hat. Er ist zugleich der Philosoph der Leiblichkeit.

Im Hinblick auf die Untersuchung eines möglichen Evolutionsvorteils einer ästhetischen Praxis will ich hier drei interessante Ansätze benennen. So ist im Kontext der Kritischen Psychologie (Klaus Holzkamp) die Arbeit von E. Neumann entstanden. Neumann zeigt, dass in dem Augenblick, in dem der Mensch eine Bewusstheit über seine Lebensumstände erreicht, ihm klar wird, dass er von Fressfeinden umzingelt ist. Die normale Konsequenz aus der Erkenntnis einer solchen Situation ist Angst. Bis in die aktuelle Zeit weiß man aber, dass eine Angst, mit der der Mensch allein gelassen wird, zur psychischen Deformation führt. Der Mensch brauchte daher ein Medium, mit dem er seine innere Befindlichkeit zum Ausdruck bringen kann. Dies sollte so geschehen, dass die innere Befindlichkeit zugleich den anderen mitgeteilt wird. Es liegt auf der Hand, dass ästhetische Praxen diesen Zweck in ausgezeichneter Weise erfüllen. Dieser Grundgedanke

ist bis heute insofern relevant, als er die Basis für alle therapeutischen Ansätze ist, die mit künstlerischen Ausdrucksformen arbeiten.

Ein zweiter interessanter Ansatz ist von der amerikanischen Anthropologin Ellen Dissanayake vorgelegt worden. In profunden Studien, nicht bloß zur Geschichte der Künste, sondern auch in ethnologischen Studien über die Rolle der Künste bei solchen Menschengruppen, die die Entwicklung zur modernen Zivilisation noch nicht nachvollzogen haben, gelangte sie zu der These, dass die ästhetische Gestaltung von Alltagsgegenständen in der Tat eine Überlebensrelevanz hat. Diese Überlebensrelevanz entsteht dadurch, dass man mit einer ästhetischen Gestaltung überlebenswichtige Alltagsgegenstände in ihrer Besonderheit hervorhebt. Es liegt auf der Hand, dass jeder von uns heute genau so vorgeht: Besondere Ereignisse werden durch eine besondere Inszenierung geehrt. Man zieht sich anders an, man bereitet sich anders vor oder man hebt sie durch andere Strategien aus dem profanen Alltag hervor.

Ein dritter Hinweis gilt einer überraschenden Entwicklung innerhalb der ästhetischen Diskussion, nämlich einer gewissen Konjunktur einer evolutionären Ästhetik. Man kann sich dabei durchaus darüber wundern, dass einer der wichtigsten Vertreter der Postmoderne im letzten Jahrtausend, der Philosoph Wolfgang Iser, sich in den letzten Jahren sehr stark nicht bloß mit der evolutionären Ästhetik befasst, sondern dass er insgesamt seinen Arbeitsschwerpunkt auf die Anthropologie verlagert hat. In diesem Kontext sind die Arbeitsergebnisse des Max-Planck-Instituts für evolutionäre Anthropologie in Leipzig unter der Leitung des Amerikaners Mi-

chael Tomasello hochinteressant. In raffinierten Experimenten aus der Verhaltensforschung mit Primaten gelangt er zu zum Teil überraschenden Ergebnissen, etwa zur kulturellen Genese von Sprache. Diese Forschungsergebnisse sind so interessant, auch außerhalb seines eigenen Fachbereichs, dass er den Hegelpreis der Stadt Stuttgart bekommen hat, wobei der Philosoph Jürgen Habermas die Laudatio hielt.

Neben den Arbeiten von Helmut Plessner will ich an dieser Stelle noch zwei weitere Ansätze nennen: Zur gleichen Zeit als Helmut Plessner sein erstes Hauptwerk zur philosophischen Anthropologie veröffentlicht hatte, stellte der Philosoph Ernst Cassirer, ursprünglich ein Vertreter des Marburger Neukantianismus, seine „Philosophie der symbolischen Formen“ vor. Der Grundgedanke dieses Ansatzes besteht in der Erkenntnis, dass der Mensch im Verlauf der Anthropogenese verschiedene Formen der Welt- und Selbstaneignung entwickelt hat, nämlich Sprache, Wissenschaft, Ökonomie, Technik, Religion, Mythos, Politik und eben auch die Kunst. All diese Weltzugangsweisen nennt Cassirer symbolische Formen. Mithilfe dieser symbolischen Formen (man kann sie durchaus Medien nennen, weil sie den Menschen mit sich und der Welt vermitteln) macht der Mensch die Welt zu seiner Welt. Auf der Basis dieser Theorie kann man etwa die These belegen, dass der Einfluss des Menschen so weit reicht, wie seine Mittel reichen. Die Summe aller symbolischen Formen nennt Cassirer Kultur. Man erhält so eine erneute Begründung der Aussage, dass Bildung die subjektive Seite der Kultur und Kultur die objektive Seite von Bildung sei (u. a. H. Nohl und Adorno).

Wichtig an diesem Ansatz ist unter anderem, dass er keine Hierarchie zwischen den unterschiedlichen symbolischen Formen kennt. Alle sind gleichermaßen wichtig, keine ist verzichtbar, keine kann eine andere ersetzen bzw. kann durch eine andere ersetzt werden. In pädagogischer Hinsicht ist dies interessant, weil Cassirer damit ein Jahrhundertproblem gelöst hat, nämlich das Problem des Kanons. Man kann nämlich die Summe der symbolischen Formen („Kultur“) als Messlatte für eine Überprüfung nutzen, ob die Schule ihre genuine Aufgabe erfüllt, nämlich als einzige dafür verantwortliche Erziehungsinstitution ein systematisches Bild von Welt entwickeln zu helfen.

Ein letzter Ansatz, den ich in diesem Kontext vorstellen will, ist der so genannte capability-Ansatz. Dieser wurde im Wesentlichen von zwei Personen entwickelt, dem Ökonomen und Nobelpreisträger Armatya Sen und der amerikanischen Altphilologin und Philosophin Martha Nussbaum. Sie haben ihren Ansatz „schwache Anthropologie“ genannt. Der Grund für diese Benennung besteht in der Genese dieses Ansatzes. Er entstand nämlich am Helmski Institut der Vereinten Nationen, ein Forschungsinstitut für Entwicklungshilfepolitik. Es ging um das Problem der weltweiten Armutsbekämpfung und um eine gerechte Verteilung der vorhandenen (zu geringen) Mittel. Die Grundthese war, dass man ein begründbares Bild vom Menschen benötigt, um daraus Schlussfolgerungen für die notwendigen Ressourcen zu ziehen, die für die Entwicklung eines solchen Menschen notwendig sind (klassisch: Der Mensch muss werden, was er ist.)

Da die verantwortlichen Wissenschaftler wussten, dass gerade bei der

Frage der Menschenbilder sehr viele weltanschauliche und ideologische Einflüsse wirksam sind, versuchte man, diese Einflüsse dadurch zu minimieren, dass man einen internationalen Kreis von Experten unterschiedlicher Disziplinen, aus unterschiedlichen Regionen, mit unterschiedlichen Religionen und weltanschaulichen Grundüberzeugungen zusammengestellt hat, die sich auf ein Menschenbild einigen sollten. Das Ergebnis war eine „schwache Anthropologie“, eine Liste von Bestimmungsmerkmalen, unter denen auch ästhetische Praxen, die Emotionalität des Menschen und seine Leiblichkeit eine wichtige Rolle spielen.

Dieser capability-Ansatz ist inzwischen auch in der deutschen Erziehungswissenschaft angekommen. So hat der Bielefelder Sozialpädagoge Hans-Uwe Otto ein Institut gegründet, das sich verstärkt um die Anwendung dieses Ansatzes in der Pädagogik bemüht. In der Tat kann man auch hierbei die einzelnen Bestimmungsmerkmale aus der schwachen Anthropologie verwenden, um die Wirksamkeit pädagogischer Interventionen im Hinblick auf die verschiedenen Dimensionen des Menschen zu überprüfen.

Historisch-hermeneutische Untersuchungen

Dieser methodische Ansatz hat insbesondere in Deutschland eine lange Tradition. Allerdings ist er immer wieder unter Druck geraten, weil man ihn unter Ideologieverdacht und unter Spekulationsverdacht stellte und ihm einen fehlenden Bezug zur Realität vorwarf. Ich komme später darauf zurück.

An dieser Stelle will ich nur eine interessante Beobachtung des Berliner Moralphilosophen Volker Gerhardt an-

führen. In der Untersuchung unterschiedlicher philosophischer Lebenswerke stellte er fest, dass die meisten Philosophen in ihrem Gesamtwerk zwar immer auch die Ästhetik behandelt haben, dies aber erst am Ende ihres Lebens taten. Kant ist dafür ein Beispiel. Er legte seine Kritik der Urteilskraft im Jahre 1790 vor, nachdem er sich zunächst mit der Erkenntnistheorie und dann mit der Moralphilosophie befasst hatte. Die These von Gerhardt besteht darin, dass dies deshalb sinnvoll war, weil die ästhetische Urteilskraft in besonderer Weise anspruchsvoll ist. Der Mensch benötigt hierfür eine entwickelte Erkenntnisfähigkeit und eine elaborierte Urteilsfähigkeit, um angemessen seinen Umgang mit den Künsten reflektieren zu können.

Falls diese These, die durchaus plausibel erscheint, zutrifft, dann hätte dies eine Relevanz für pädagogische Reflektionen im Hinblick auf den Zusammenhang von ästhetischer, moralischer und wissenschaftlicher Bildung.

Der erfahrungswissenschaftliche Zugang

Der erfahrungswissenschaftliche und empirische Zugang zu Forschungsproblemen dürfte heute das zentrale Paradigma in den Wissenschaften sein. Dagegen ist natürlich nichts einzuwenden, denn die moderne Wissenschaft entstand unter anderem dadurch, dass man diese auch durch einen Bezug auf die sinnlichen Erfahrungen und Wahrnehmungen legitimierte. Die bedeutenden Naturwissenschaftler zu Beginn der Neuzeit, also Galilei, Newton oder Kepler brachten als neue Erkenntnismethode eine streng kontrollierte Empirie in Verbindung mit experimentellen Methoden ein. Allerdings muss man fest-

stellen, dass viele der interessanten Experimente bei Galilei und bei Newton bloß Gedankenexperimente waren und es durchaus eine Arbeitsteilung gegeben hat zwischen sorgsamem Empirikern (etwa Tycho Brahe) und Theoretikern. Nachweislich war etwa Kopernikus ein sehr schlechter und ungenauer Empiriker, aber ein philosophisch hochgebildeter Theoretiker.

In diesem Kontext sollte auf eine seinerzeit revolutionäre Entdeckung hingewiesen werden, nämlich die Entdeckung des amerikanischen Wissenschaftshistorikers Thomas Kuhn. In seinem Buch über die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen hat er sich damit befasst, wie es insbesondere in den Naturwissenschaften zu Veränderungen in der Forschungsmethodologie gekommen ist. Er führte den Begriff des Paradigmas ein, dessen etwas saloppe deutsche Übersetzung „Mode“ ist. Der Hinweis auf Mode ist deshalb wichtig, weil mithilfe von Thomas Kuhn nunmehr festgestellt werden konnte, dass Wissenschaft kein kontinuierlicher Prozess einer immer weiter verbesserten Wahrheitssuche ist, sondern vielfältig sozialen und kulturellen Einflüssen unterworfen ist und in Sprüngen erfolgt. Es gibt in den Wissenschaften durchaus Konjunkturen bestimmter Methoden, die eben nicht durch eine reine Wahrheitssuche bestimmt sind. Wissenschaft funktioniert – soviel weiß heute die Sozialgeschichte und Soziologie der Wissenschaft – durchaus auch nach Marktregeln. Es gibt einen Kampf um Aufmerksamkeit und es gibt Ermüdungserscheinungen bei der weiteren Anwendung einer bestimmten Methode. Auch wissenschaftsimmanent gibt es einen soziologisch begründeten Bedarf an Innovation, denn es müssen immer wieder

akademische Qualifikationsarbeiten geschrieben werden, die ihre Legitimation nur dadurch bekommen, dass sie auf Neues hinweisen.

Der im Grundsatz richtige Ansatz der Erfahrungswissenschaft wird aktuell auch in der Politik diskutiert. Man spricht heute von einer „evidenzbasierten Bildungs- und Forschungspolitik“. Dagegen ist natürlich nichts einzuwenden, wenn man ein hinreichend breites Verständnis von Evidenz hat. Allerdings ist festzustellen, dass im politischen Gebrauch „Evidenz“ sehr schnell eingeengt wird auf eine quantitativ vorgehende empirische Methode. Als ein Beispiel unter vielen will ich eine Ausschreibung der Stiftung Mercator anführen, die ein gewisses Budget für Forschungsprojekte vorgesehen hat und die ausschließlich empirische Forschungsvorhaben unterstützen will. Im Einzelfall ist dagegen natürlich auch nichts einzuwenden. Es ist allerdings zu befürchten, dass in der Forschungsförderung insgesamt alternative Ansätze etwa einer theoretischen oder historischen Forschung auf Dauer ausgeklammert werden könnten. Ich will daher einige Überlegungen zur Problematik dieses Vorgehens anstellen:

Zunächst möchte ich an den norwegischen Friedensforscher Johan Galtung erinnern. Denn in einer zwar witzigen, aber durchaus ernst gemeinten Arbeit hat er seinerzeit daran erinnert, dass es vier intellektuelle Stile weltweit gibt:

- Einen saxonischen Stil, der sich in englischsprachigen Ländern findet und der pragmatisch-empirisch vorgeht,
- einen teutonischen Stil, der sehr viel Wert auf eine Begriffsarbeit und eine systematische Ableitung innerhalb des Beziehungsgeflechts der unterschiedlichen Begriffe legt,

- einen gallischen Stil, der sich insbesondere durch einen guten Sprachstil in der Darstellung der Ergebnisse auszeichnet sowie
- einen nipponischen Stil, bei dem es wichtig ist, eine Einordnung der Forschungsergebnisse in die vorhandenen Traditionen vorzunehmen.

Wichtig an dieser Auflistung unterschiedlicher Stile ist, dass damit bei aller Globalisierung und Internationalisierung der Wissenschaften der Akzent darauf gelegt wird, dass es nach wie vor nationale Forschungskulturen gibt, die bis heute eine gewisse Relevanz haben. Ich will auch dafür zwei Beispiele angeben, eines aus der Kulturpolitik und eines aus der Bildungspolitik.

Im Bereich der Kulturpolitik ist das Beispiel von Tony Blair interessant. Als er 1998 die Regierungsgeschäfte übernahm, nahm er recht viel Geld in die Hand sowohl für Kultur als auch für Bildung. Allerdings band er das Geld innerhalb der Kulturförderung daran, dass sich die geförderten Kulturprojekte dem gesellschaftspolitischen Ziel der sozialen Kohäsion verpflichtet fühlen mussten. Und er machte zur Überprüfung der Zielerreichung eine umfassende Evaluation verpflichtend.

Auch in der Bildungspolitik wurde Evaluation umfassend eingeführt. Wohin dies führt, zeigt ein Beispiel von Ann Bamford, die die seinerzeit wichtige internationale Studie über den wow-Effekt durchgeführt hat. Eines ihrer vier Kinder hat nämlich eine Lese- und Rechtschreibschwäche. Darauf wurde sie in einem Brief von der Schule hingewiesen, denn dies hatte sich bei einem Test herausgestellt. Als kurze Zeit später ein weiterer Brief der Schule eintraf, der sie auf die Lese- und Rechtschreib-

schwäche hinwies, war sie schon ein wenig irritiert, denn das wusste man ja bereits. Nachdem nach einer kurzen Zeit wiederum ein Brief von der Schule mit demselben Inhalt eintraf, war sie dann doch deutlich verärgert und suchte die Schule auf, um nachzufragen, welche Maßnahmen die Schule zur individuellen Förderung ergriffen habe. Dort teilte man ihr mit, dass hierfür keine Möglichkeiten bestünden, da die Fristen, innerhalb derer die obligatorischen Tests durchgeführt werden müssten, so kurz sein, dass man bestenfalls auf diesen nächsten Test vorbereiten könne. Dies ist, was inzwischen als *teaching for testing* beschrieben wird und was sich heute auch in deutschen Schulen findet. In der Kulturpolitik war man über das Ausmaß des ständigen Evaluierens auch nicht erfreut. Daher ergriff Oliver Bennett, Professor für Kulturpolitik an der Universität in Warwick, eine Initiative. Er untersuchte, inwieweit in den philosophischen Konzeptionen seit der Antike über die Wirksamkeit der Künste Aussagen getroffen worden sind und er schlug diese Aussagen als Alternative zu der ständigen empirischen Untersuchung von Wirkungen vor.

In dieselbe Richtung geht ein Beispiel aus der Erziehungswissenschaft. Der amerikanische Kognitionspsychologe Jerome Bruner legte 1996 ein Buch mit dem Titel „The Culture of Education“ vor. Darin stellte er die europäische, insbesondere die deutsche Geschichte erziehungsphilosophischer Ansätze vor. Hartmut von Hentig, der selbst lange Jahre in den USA verbracht hatte, schrieb seinerzeit eine Rezension, in der er zum einen sagte, dass das Buch natürlich gut, allerdings für den deutschen Markt relativ uninteressant sei. Denn Bruner stellte etwas dar, was zur

etablierten Tradition eines deutschen erziehungswissenschaftlichen Denkens immer schon gehört hat. Die Stoßrichtung von Bruners Buch ging nämlich in Richtung seiner amerikanischen Professorenkolleginnen und -kollegen, denen er angesichts der dort verbreiteten quantitativen Bildungsforschung zeigen wollte, dass man durchaus auch auf eine andere Weise über Fragen der Bildung nachdenken kann.

Schlussfolgerungen

Natürlich ist überhaupt nichts gegen empirische Studien einzuwenden. Ein Problem besteht allerdings dann, wenn die Pluralität der Forschungsansätze auf nur eine einzige Methode eingengt wird. Denn auch innerhalb der empirischen Forschung gibt es zwar neben der quantitativen Forschung eine elaborierte qualitative Forschung, doch scheint es mir so zu sein, dass gerade in politischen Kontexten diese qualitative empirische Forschung weniger anerkannt ist als die quantitative Forschung. Daher gebe ich einige Aspekte zu bedenken:

1. Basis einer jeglichen empirischen Forschung ist ein reflektiertes System theoretischer Begriffe. Am Beispiel der Entwicklung der neuen Naturwissenschaften kann man zeigen, dass eine Orientierung an der Empirie seinerzeit etwas Neues bedeutete. Doch darf man nicht vergessen, dass Newton, Galilei und Kepler ihre empirischen Untersuchungen auf der Basis einer hoch elaborierten theoretischen und philosophischen Reflexion betrieben haben. Denn um überhaupt erfahrungswissenschaftlich vorgehen zu können, brauchte man ein anderes Verständnis von Raum und Zeit und von der Wirksamkeit der Naturkräfte. Allerdings waren gerade Newton und seine philosophischen



Die erfolgreichen Teilnehmer des Promotionskollegs bei der feierlichen Abschlussveranstaltung am 14. Mai 2014 in München.

Nachfolger (Clarke, Locke) in einen politischen Streit über die Hegemonie im Geistigen in Europa verstrickt, wobei der Gegner der kontinentale Rationalismus war (zunächst Descartes, später Leibniz). Aus diesem Grund betonten die genannten Naturforscher und Philosophen die empirische Seite ihres Ansatzes über und versteckten geradezu die theoretische Basis.

2. Im Hinblick auf eine „evidenzbasierte Politik“ sollte man sich mehrere Fragen stellen: Was bedeutet eigentlich „Evidenz“, auf welche Weise wird sie hergestellt und an welche Zielgruppen richtet sie sich? Und was geschieht mit den Forschungsergebnissen? Forschung ist hierbei unmittelbar mit Fragen der Macht verbunden. Es ist also zu fragen, welches Wissen wird für welche Zwecke und für welche Zielgruppen generiert. Spätestens seit den Untersuchungen von Foucault, die in den letzten Jahren auch in der deutschen Erziehungswissenschaft intensiver rezipiert werden, sollte

man nicht mehr naiv mit Wissensproduktion umgehen. Denn man weiß inzwischen – oder man könnte es wissen –, dass es bei der Generierung von Wissen nicht bloß um das Finden von Wahrheit geht, sondern dass jede Wahrheitssuche aufs engste mit normativen Fragen verbunden ist. Diese normativen Fragen sind – wie schon Francis Bacon sagte („Wissen ist Macht!“) – Fragen der Macht. Spezifisches Wissen dient in spezifischer Weise der Machtausübung bestimmter Gruppen. Man möge sich nur einmal daran erinnern, dass bei Klassenarbeiten die Verteilung der Zensuren eine wichtige Rolle spielt. Ein bestimmter kleiner Anteil sollte unter dem Durchschnitt sein, ein bestimmter kleiner Anteil sollte über dem Durchschnitt sein, aber insgesamt sollte sich die berühmte Gaußkurve ergeben. Damit wird allerdings die Realität nicht nur nicht abgebildet, sondern es wird vielmehr normativ ein Verständnis von „Normalität“ konstruiert.

Gerade die Geisteswissenschaften haben das richtige Instrumentarium, um hier selbstreflexiv solche Zusammenhänge zu erkunden. Aus diesem Grund hat der Philosoph Volker Steenblock seine „Theorie der kulturellen Bildung“ (1998) entwickelt, die sich nicht auf eine ästhetische Praxis bezieht, sondern die Reflexionskompetenz der einzelnen Kunstwissenschaften – durchaus im Sinne des zuvor genannten Alfonso de Toro – in den Mittelpunkt seiner Theorie stellt.

3. Gegen eine mögliche Einseitigkeit in der Ausrichtung der Forschungspolitik und den Folgen einer entsprechend orientierten Bildungspolitik gibt es inzwischen international einigen Widerstand. Insbesondere geht es um das Projekt Pisa, wie ein derzeit kursierender offener Brief des in New York lehrenden Erziehungswissenschaftlers Heinz-Dieter Meyer zeigt.² In diesem offenen Brief, der inzwischen zahlreiche Unterstützer auch unter renommierten deutschen Erziehungswissenschaftlern gefunden hat, wird auf die normative Kraft der Pisa-Studien hingewiesen. Insbesondere geht es dabei um die Gefahr einer Uniformierung der verschiedenen nationalen Bildungssysteme.

4. Ernst Cassirer war insofern auch nach seiner kulturphilosophischen Wende noch ein Schüler von Kant, als er dessen Überzeugung teilte, dass unsere Erkenntnisfähigkeit die Wirklichkeit nicht abbildet, sondern konstituiert. Er war also ein früherer Vorläufer des heute praktizierten Konstruktivismus. Dies gilt auch für die verschiedenen symbolischen Formen, von denen jede eine spezifische Wirklichkeit zu konstruieren in der Lage ist.

Insbesondere gilt dies für Forschungsmethoden, die eben ihren Gegenstand

nicht bloß abbilden, sondern die einen bestimmten Gegenstand erst konstituieren. Dabei konstituieren unterschiedliche Methoden denselben Gegenstand auf sehr unterschiedliche Weise. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Pluralität von Forschungsmethoden. Dies gilt insbesondere für den Bereich der ästhetischen Bildung und der Künste. Ich erinnere hier nur an die Arbeiten des Ästhetikers und Informationstheoretikers Max Bense, der sein Instrumentarium insofern auf die Künste anwandte, als er streng bezogen auf die Kunstwerke versuchte, objektivierbare, durch informationstheoretische Methoden gewonnene Erkenntnisse über diese Kunstwerke zu identifizieren. Vergleicht man diesen – natürlich legitimen – Ansatz eines Zugriffs auf Künste mit einem phänomenologischen Zugriff, der sich sehr stark darauf konzentriert, was in dem rezipierenden oder produzierenden Subjekt geschieht, dann kann man sehr leicht zu der Erkenntnis kommen, dass zwar jede Methode durchaus Facetten ihres Forschungsgegenstandes erfasst, dass aber mit jeder Methode auch bestimmte Facetten erst gar nicht in den Blick genommen werden, die allerdings im Alltag relevant sind.

Zu wünschen wäre daher, dass dieser Aspekt der Gegenstandskonstitution durch Forschungsmethoden gerade in empirisch-quantitativ vorgehenden Ansätzen etwas stärker berücksichtigt wird, als dies in meiner Wahrnehmung zurzeit geschieht. Dies bedeutet aber, dass gerade eine empirisch vorgehende Bildungswissenschaft den Reichtum der geisteswissenschaftlichen Methoden benötigt.

Schlussbemerkung

Ich habe mich bei der Behandlung des Themas „Die Künste und die Lebens-

kompetenzen“ auf die Frage konzentriert, wie die Relevanz der Künste für die Entwicklung von Lebenskompetenz nachgewiesen wird. Ernst Cassirer spielt in diesem Kontext deshalb eine wichtige Rolle, weil er die Pluralität der Weltzugangsweisen systematisch begründet.

Insbesondere ist vor diesem Hintergrund immer wieder darauf hinzuweisen, dass die Künste nicht ersetzt werden können durch die anderen symbolischen Formen. Ohne Kunst ist menschliches Leben unvollständig. Wenn man dies akzeptiert, dann muss allerdings auch bei der Auswahl der Forschungsparadigmen darauf geachtet werden, dass das Spezifische der Künste eingeholt wird. Künstlerische Prozesse kann man dann zwar genauso untersuchen wie die Abläufe in der Natur, sofern man sich der Problematik bewusst bleibt, dass man so zwar durchaus relevante Aspekte erfasst, dass aber möglicherweise bestimmte existenziell bedeutsame Facetten erst gar nicht in den Blick kommen.

Meine These ist daher: Gerade eine empirisch vorgehende Forschung benötigt in hohem Maße ein historisches und theoretisches Bewusstsein als Fundament ihres Ansatzes. ///



/// PROF. DR. MAX FUCHS

ist Kulturwissenschaftler und ehemaliger Direktor der Akademie Remscheid für Kulturelle Bildung.

Anmerkungen

¹ Vortrag bei der Abschlussveranstaltung des Promotionskollegs „Gestalten und Erkennen. Kompetenzbildung in den künstlerischen Fächern und Fachbereichen der Schule“ am 14.5.2014 in München.

² De Toro, Alfonso: Abenddämmerung der Universität, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.5.2014, S. 8.

³ Meyer, Heinz-Dieter: Offener Brief, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.5.2014, S. 11.

Literaturhinweise

Über die im Text angegebenen Hinweise hinaus ist auf folgende Bücher hinzudeuten:

Das angesprochene **Handbuch kulturelle Bildung**, Hrsg.: H. Bockhorst, V. Reinwand-Weiss, W. Zacharias, ist inzwischen vollständig online (kubi-online) und wird weiter entwickelt.

Über die Entwicklung der Geistes- und Naturwissenschaften informieren zuverlässig die Bücher von Watson, Peter: **Ideen**, 2008; Ders.: **Das Lächeln der Medusa**, 2001.

Wer zudem daran interessiert ist, welche Höhen dem deutschen Geistesleben früherer Zeiten aus dieser englischen Perspektive zugesprochen werden, mag sich an seinem letzten Buch Ders.: **The German Genius**, 2010 erfreuen. Allerdings wird der Bologna-Prozess dafür sorgen, dass solche Zeiten nicht zurückkommen.

Zur Anthropologie gibt es zwei empfehlenswerte Handbücher:

Bohlken, E. / Thiess, Chr. (Hrsg.): **Handbuch Anthropologie**. Stuttgart / Weimar 2008.

Wulf, Chr. / Zirfas, J. (Hrsg.): **Handbuch Pädagogische Anthropologie**. Wiesbaden 2014.

Weiterhin:

Cassirer, E.: **Versuch über den Menschen**. Frankfurt a. M. 1990 (fasst seine mehrbändige Philosophie der symbolischen Formen zusammen und entwickelt sie weiter).

Dissanayake, E.: **What is Art for?** Seattle 2002.

Fuchs, M.: **Untersuchungen zur Genese des mathematischen und naturwissenschaftlichen Denkens**. Weinheim 1984.

Ders.: **Mensch und Kultur**. Wiesbaden 1998.

Ders.: **Kulturelle Bildung**. München 2008.

Ders.: **Kunst als kulturelle Praxis**. München 2012.

Ders.: **Subjektivität heute**. München 2014.

Neumann, E.: **Funktionshistorische Anthropologie der ästhetischen Produktivität**. FU Berlin 1996 (Habilitation).

Nussbaum, M.: **Gerechtigkeit und das gute Leben**. Frankfurt / M. 1999.

Plessner, H.: **Die Frage nach der conditio humana**. Frankfurt a. M. 1976 (Kurzfassung seines Ansatzes).

Tomasello, M.: **Die kulturelle Entwicklung des menschlichen Denkens**. Frankfurt a. M. 2006.

Welsch, W.: **Homo Mundanus**. Weilerswist 2012.



Schoenauer, Hermann (Hrsg.): Sozialethische Dimensionen in Europa. Von einer Wirtschaftsunion zu einer Wertegemeinschaft. Stuttgart: Verlag Kohlhammer 2014, 236 Seiten, € 19,90.

/// Christliche Sozialethik in Europa

EINE STANDORTBESTIMMUNG

Der 6. Band der Reihe „Dynamisch Leben gestalten – innovative Unternehmensführung in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft“ widmet sich mit 14 Beiträgen von Kirchenvertretern und Wissenschaftlern aus katholischer, evangelischer und orthodoxer Perspektive einer grundsätzlichen Standortbestimmung christlicher Sozialethik in Europa.

„Christen tragen Verantwortung für Europa“ ist die wichtige Aussage von Hermann Schoenauer in seiner programmatischen Einführung. Ausgehend von dieser Behauptung wird die Frage gestellt, ob Europa heute mehr Wirtschaftsunion oder Solidar- und Wertegemeinschaft sei. In der Geschichte Eu-

ropas habe es noch nie so viel Freiheit und Chancen, so wenig Kriegsgefahr oder trennende Grenzen gegeben wie heute, weshalb die Europäische Union im Jahr 2012 auch den Friedensnobelpreis erhalten hat. Aber die Finanz- und Wirtschaftskrise werfe derzeit ein eher schlechtes Licht auf diesen Verbund, da sich das Bild der EU in den letzten Jahren vornehmlich auf die ökonomische Dimension und das Bankensystem beschränkt habe. Schoenauer ist überzeugt, dass sich ein soziales Gesicht Europas und wirtschaftlicher Erfolg nicht gegenseitig ausschließen, sondern miteinander zu realisieren sind. Speziell die Kirchen sollten ihre Kernanliegen in po-

litische Debatten einbringen und sich auf Gemeinsamkeiten wie das christliche Menschenverständnis fokussieren. Sie stünden durch die Charta oecumenica ohnehin in der Verantwortung, eine sozialpolitische und humane Ordnung Europas weiterzuentwickeln. Nur ein solidarisches Europa habe Zukunft. Für diese Entwicklung spiele das Engagement der europäischen Jugend eine wichtige Rolle. Möglichkeiten auf qualifizierte, hochwertige Bildung, Kenntnisse über Religion und Ethik sowie ein wissenschaftlich hohes Niveau müssten entwickelt werden. Schoenauer führt einige Beispiele aus der Diakonie Neuenhettelsau an, deren Rektor er ist, und zeigt, dass in einer solchen Gemeinschaft jedes Land seine eigene kulturelle Identität einbringen, dennoch aber mit anderen zusammen arbeiten und wachsen soll. Er verweist vor diesem Hintergrund auf die für die Zukunft Europas relevanten sozialetischen Perspektiven, die der Band eröffnen will.

„Wir sind zu unserem Glück vereint“ – aber sind wir das wirklich? Reinhard Kardinal Marx stellt sich die Frage, was die Kirche tun kann, um Europa wieder auf „den richtigen Weg“ zu bringen. Durch die politische Krise, welche auf die unterschätzte Geldpolitik und deren Regeln zurückzuführen sei, sei das Vertrauen als wichtigste Voraussetzung verloren gegangen. Eine grundsätzliche Neujustierung europäischer Zuständigkeiten könnte daher vor einem Auseinanderbrechen der Währungsunion schützen. Als zweite Herausforderung gilt für Marx die Zukunft der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, denn die Folgen der stagnierenden Wachstumsraten und von steigender Arbeitslosigkeit müssten in fast allen Ländern die Schwachen tragen. Hier könne eine Sozi-

ale Marktwirtschaft die Lösung sein, um Leistungsgerechtigkeit und Solidarität zu garantieren. Dabei zweifelt Marx an der Tauglichkeit eines Wachstumsglaubens für das 21. Jahrhundert. Er fragt: Wie lässt sich eine zukunftsfähige Wirtschaft entwickeln, die gleichzeitig einen Schritt zu Glück, Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit in der ganzen Welt macht? Aus der binneneuropäischen Perspektive müsse ein globaler Standpunkt werden, der in das europäische Bewusstsein rücken soll. Der Grund für solche Konflikte liege in enttäuschten Hoffnungen auf ein besseres Leben, weshalb man das Glück der Menschen wieder mehr fördern müsse. Eine mögliche Verbesserung bestehe darin, den eigenen Lebensstil zu überdenken und Vorreiter für ein Ressourcen schonendes Wachstumsmodell für andere Länder zu werden. Weiter wird eine moralische Krise der Europäer angeführt, da es durch die niedrigen Geburtenraten an jugendlicher Zuversicht für ein künftiges Gelingen Europas mangle. Außerdem fehlten das Selbstvertrauen und die Kraft, da jeder für sich selbst nach dem „stetig Besseren“ strebe und sich mit nichts mehr zufrieden gebe. Daraus lasse sich ableiten, dass es an langfristigem und nachhaltigem Denken fehle, denn zuletzt sei sich jeder doch selbst der Nächste. Eine große Hilfe hierbei könne sein, sich selbst oder Verbände neu zu erfinden und den Blickwinkel zu ändern. Caritative Arbeit sei zu europäisieren und eine überkonfessionelle Zusammenarbeit zu stärken. Damit der weitere europäische Erfolg gesichert sei, müssten sich gerade Christen in Europa auf eine gemeinsame Verantwortung besinnen und deutlich machen, dass Kirche und Europa eine gemeinsame Vergangenheit und Zukunft haben.

Der rumänisch-orthodoxe Metropolit Serafim geht in seinem Statement auf die sowohl von Orthodoxen als auch den anderen Konfessionen zu leistende soziale Arbeit ein. Er ist der Meinung, dass in einer internationalen Gemeinschaft vor allem die Übereinstimmungen von Glaubenslehre und Glaubenspraxis ins Bewusstsein kommen müssen, um so Kirchen als Träger sozialer Einrichtungen europaweit zu etablieren. Alle Kirchen seien bereits aktiv im sozialen Bereich, aber die Akzeptanz und Unterstützung von Seiten des Staates fehle bisweilen. Es werde zu wenig anerkannt, dass die Kirchen mit ihren Sozialeinrichtungen dem Staat eine Pflichtaufgabe abnehmen. Diakonie ist seiner Ansicht nach Gottes Liebe zu den Menschen. Und es sollte versucht werden, diese mit aller Kraft unter den Menschen zu verwirklichen.

Die alten Werte des ursprünglichen Europas wie Friedensorientierung oder politische, kulturelle und soziale Gestaltungsziele stehen nach Ansicht von Gerhard Wegner heute nicht mehr an der ersten Stelle. Stattdessen werde die wirtschaftliche Dynamik überbewertet, was einer gerechten und menschlichen Globalisierung entgegenstehe. Europa könne deshalb nicht weiter so funktionieren wie bisher, sondern müsse sich auf eine Ausgestaltung der europäischen Staatlichkeit fokussieren, denn – so der Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD – die Krisen wurden gemeinsam erzeugt und müssen auch zusammen wieder aus der Welt geschafft werden. Europas Krise lasse sich als eine Wachstumskrise bezeichnen, da die Finanzmärkte die Instabilität der schwachen Länder aufzeigten. Allerdings könnte man auch von einer Systemkrise sprechen, da sich Europa in einer Art Teufelskreis zwischen Banken und Staaten bewege.

Ob es einen eindeutigen Ausweg aus diesem von Wegner und den anderen Autoren beschriebenen Dilemma gibt, halte ich für fraglich. Die Dringlichkeit der insgesamt in allen Beiträgen des Bandes aufgeworfenen Fragen lässt sich so skizzieren: Wie geht es weiter mit der europäischen Idee? Als erste Möglichkeit ist die Auflösung Europas nicht auszuschließen, wenn die Unterschiede in allen Ländern als unüberwindbar gelten. Als Zweites besteht die Aussicht auf ein sogenanntes Kerneuropa, in dem sich die mächtigen Staaten zusammenschließen und die anderen herausfallen würden. Die dritte Option bietet die Möglichkeit auf die „Vereinigten Staaten von Europa“, denen die USA als Vorbild dienen.* Aber unterschiedliche moralische und religiöse Vorstellungen, z. B. über die Menschenwürde und die Haltung des nationalen Egoismus, sind erhebliche Hindernisse. Im Sinne von Kardinal Marx sollten alle in Zeiten der Krise weiter zusammenrücken und gemeinsam nach vorne schauen. Insgesamt zeigt das Buch, dass die Zukunft Europas alle Menschen betrifft und sich niemand seiner Verantwortung entziehen kann. Es wird in vielen Facetten deutlich, inwieweit jedes Land und jede Konfession einen Teil zur Veränderung beitragen kann und muss. Ein nachhaltiges Zusammenwachsen der EU beginnt letztlich bei jedem Einzelnen in der Herausbildung sozialer Werte. Das Buch regt an, die europäische Wertegemeinschaft im Licht geteilter Werteeinstellungen neu zu verstehen und zu gestalten.

REBECCA WEBER

Anmerkung

* http://www.cap.uni-muenchen.de/download/2003/2003_cap_szenarien.pdf

Backes Uwe / Jesse, Eckhard / Gallus, Alexander (Hrsg.):
Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 25, Baden-Baden: Nomos-Verlag 2013,
487 Seiten, € 59,00.



Jüngst erschien der 25. Jahrgang des Jahrbuchs Extremismus & Demokratie. Wie in den Vorjahren versammelt auch der aktuelle Band ein facettenreiches Kompendium an Analysen über verschiedene Extremismen im In- und Ausland. Eckhard Jesse untersucht in seinem Beitrag die empirische Validität der jüngsten Publikationen Elmar Brählers und Oliver Deckers („Rechtsextremismus der Mitte“), die seit 2006 alle zwei Jahre im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erforschen, wie verbreitet rechtsextreme Einstellungen in Deutschland sind. Stärker als die Vorgängerstudien Deckers und Brählers will die aktuelle Ausgabe ihrer Untersuchungsreihe – bei den Einzelaussagen – differenzieren. So bemüht sie sich, zwischen Islamkritik und Islamfeindlichkeit zu unterscheiden und verschiedene Formen von Antisemitismus zu erfassen – sowohl bei Nichtmigranten als auch bei Migranten.

Tatsächlich sind aber auch in ihren aktuellen Studien viele Fragen sehr unscharf formuliert, wie Jesse moniert. Dadurch verschwimmen Grenzen zwischen Rechtsextremismus und demokratischer Mitte. Kein Wunder ist es deshalb, wenn manche Aussagen auch jenseits des rechtsextremen Potenzials auf zum Teil

hohe Zustimmung stoßen. So meinen beide Psychologen und ihr Team, bereits einen Indikator für „Chauvinismus“ gefunden zu haben, wenn eine Person dafür plädiert, deutsche Interessen kraftvoll durchzusetzen (Zustimmung: 30 %). Wie viele dieser Befragten befinden zugleich, gerade die europäische Integration diene deutschen Interessen? Gibt es keine Unterschiede zwischen idiotischem Nationalismus und weltoffenem Patriotismus, den keiner teilen muss?

Die Aussage, zuweilen sei eine Diktatur die bessere Staatsform (Zustimmung: 7 %), dürften auch Linksextremisten unterstützen. Besonders unpräzise formuliert ist die Frage, ob „man“ Hitler heute ohne Judenvernichtung als großen Staatsmann ansehen würde (Zustimmung: 11 %). Fragen die Autoren hier danach, wie Befragte selbst das einschätzen oder wie sie die Einschätzungen ihrer Mitmenschen einschätzen oder beides? Wer der pauschalen Aussage, die islamische Welt sei rückständig und verweigere sich neuen Realitäten, zustimmt, gilt schon als islamfeindlich (Zustimmung: 58 %). Wieviele junge Demonstranten in islamisch geprägten Ländern oder muslimische Intellektuelle in Deutschland würden dieser Aussage zustimmen?

Lässt sich mit solchen Fragen und Antworten ein ausgeprägter Rechtsextremismus der Mitte belegen, wie Brähler und Decker mit antikapitalistischem Unterton unterstellen? Interessant ist zumindest, wie die Zustimmung sinkt, wenn die Autoren ihre Fragen präziser und weniger suggestiv formulieren. So meinen rund 10 % der Befragten, der Nationalsozialismus habe auch gute Seiten gehabt. 8 % befinden, die Geschichtsschreibung habe die NS-Verbrechen weit übertrieben dargestellt. Rechtsextremismus zu bekämpfen, zählt zu den großen

Herausforderungen der Zeit. Dafür braucht es zunächst exakte Diagnosen. Dazu leisten Brähler und Decker keinen übergroßen Beitrag. Nur beiläufig erwähnen sie die überdurchschnittliche Fremdenfeindlichkeit im gesamtdeutschen SPD-Wählerpotenzial, wie Jesse anmerkt.

Uwe Backes untersucht in seinem Beitrag islamfeindlichen Rechtsextremismus. Spätestens seit dem 11. September 2011 mutierte die „Islamisierung“ zu einer Obsession vieler Rechtsextremisten, darunter auch solche, die gleichzeitig behaupten, die Massenmorde gründeten auf einer jüdisch-amerikanischen Verschwörung. Der „Kampf“ gegen die angebliche „Islamisierung“ Deutschlands und Europas gehört zu den Schwerpunkten etwa der rechtsextremen Pro-Gruppierung, die sich gern als harmlose „Bürgerbewegung“ inszeniert. Sie meint, im Kampf gegen die vermeintliche „Islamisierung“ ein kampagnefähiges Topthema gefunden zu haben, mit dem sie erfolgreicher mobilisieren könne als mit traditionellen Topthemen von Rechtsextremisten. Seit Jahren konzentriert die Pro-Gruppierung ihre Fremdenfeindlichkeit auf Muslime. Um ihr präferiertes Thema in Wahlkämpfen noch anzuschärfen, provozierte die Pro-Gruppierung 2012 in NRW auf Demonstrationen („Karikaturenwettbewerb“) Salafisten, die bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zahlreiche Polizisten zum Teil schwer verletzten.

Mehrere Merkmale kennzeichnen laut Backes muslimfeindliche Rechtsextremisten in Deutschland und Europa. Zum Ersten stilisieren sich viele von ihnen als prozionistisch. Damit wollen sie Vorwürfe aushebeln, sie seien antisemitisch – das ist ein Markenzeichen etwa von Geert Wilders und seiner Ein-Mann-

Partei. Zum Zweiten qualifizieren sie „den“ Islam“ als „faschistisch“, um sich dadurch als demokratisch zu präsentieren. Drittens gerieren sie sich als Verteidiger des „christlichen Abendlandes“, um als Antinationalisten aufzutreten. Doch die undifferenzierte und hasserfüllte Feindbildpflege solcher Kräfte widerspricht, wie Backes betont, fundamental christlichen Grundwerten wie Barmherzigkeit, Mäßigung, Gerechtigkeit und Nächstenliebe. Langfristig könnten die schrumpfenden Kirchenbindungen und die zum Teil galoppierende Verdunstung des christlichen Glaubens rechtsextremen Kräften zunehmend nutzen – als ein Faktor unter mehreren. Zumindest neigen gerade auch kirchentreu Katholiken bzw. aktive Christen beider Konfessionen in besonders geringem Maße dazu, rechtsextreme Parteien zu wählen (Kenner des NSDAP-Wählerpotenzials meinen gar, in einem rein katholischen Deutschland wäre Hitler nie an die Macht gelangt).

Um (antimuslimische) Rechtsextremisten weiter überdeutlich unter 5 % zu drücken, gilt es, kursierende Klischees zu bekämpfen. So ist es abwegig, „den“ Islam in seiner Vielgestaltigkeit auf sogenannte „Ehrenmorde“ und „Zwangsheiraten“ zu reduzieren, die natürlich ebenso unmissverständlich zu verurteilen und zu bekämpfen sind wie Islamismus und Integrationsverweigerung als solche, etwa von muslimisch geprägten Jugendlichen, die muslimisch geprägte Mädchen zwingen (wollen), Kopftuch zu tragen. Es bleibt wichtig, Integration sowohl konsequent zu fordern als auch zu fördern – gerade auch im Interesse und im Sinne der vielen gut integrierten Migranten in Deutschland.

Wie stets verbinden die Herausgeber klare Positionierungen mit einem wa-

chen Interesse für andere Auffassungen. Das zeigt u. a. die Rubrik „Kontroversen besprochen“, in der vier Rezensionen – aus sehr unterschiedlicher Perspektive – ein aktuelles Buch über Vergangenheitspolitik beleuchten. Wiederum fungiert das Jahrbuch als Seismograph und Kompass für Debatten über Extremismus und Demokratie im In- und Ausland. Auch sein 25. Band stiftet tief schürfende Orientierung. Erneut liefert das Jahrbuch viel sachliche und sachkundige Information, viel multiperspektivische Aufklärung, viel fundierten Diskussionsstoff – für Wissenschaftler, Journalisten, Lehrer und weitere Interessierte sowie Experten.

HARALD BERGSDORF

Heinzmann, Richard / Antes, Peter / Thurner, Martin (u. a.) (Hrsg.): Lexikon des Dialogs. Grundbegriffe aus Christentum und Islam. 2 Bände. Freiburg u. a.: Verlag Herder 2013, 850 Seiten, € 38,00.



Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher kultureller und religiöser Prägung kann in Zeiten von Migration und Globalisierung nur durch ein gewisses Maß an Wissen übereinander und eine Grundhaltung der Verständnissbereitschaft gelingen. Beide Faktoren stellen die Voraussetzung für einen fruchtbringenden Dialog dar, ohne den ein friedliches Miteinander in einer pluralen Gesellschaft nicht möglich ist.

Diesen Dialog zu fördern, ist deshalb politisch notwendig und theologisch geboten. In besonderer Weise gilt dies in Deutschland für den Austausch zwischen den über 50 Millionen Christen und den knapp 4 Millionen hier lebenden Muslimen, von denen über die Hälfte türkischer Herkunft ist. Bislang machte jedoch neben der sprachlichen Barriere auch das häufig fehlende Vorverständnis religiöser Grundgedanken des je anderen das gegenseitige Verstehen schwierig. Dieses Desiderat zu beheben, haben deutsche und türkische Wissenschaftler nun Neuland betreten und erstmalig ein Lexikon der Grundbegriffe aus Christentum und Islam vorgelegt. Es ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einem zukunftsweisenden, integrationsfördernden und friedenssichernden Dialog zwischen christlich geprägter Mehrheitsgesellschaft und muslimischer Minderheit in Deutschland.

Die Ausgangsfragen, die den Bänden des parallel in deutscher und türkischer Sprache erschienenen Lexikons Struktur und Kohärenz verleihen, lauten: Was versteht meine Glaubensgemeinschaft unter dem jeweiligen Begriff, und wie kann er den Angehörigen der anderen Religion so erklärt werden, dass verständlich wird, was damit konkret gemeint ist? Dass damit zugleich ein Erkenntnisgewinn im Blick auf die je eigene Religion verbunden ist, erscheint als positiver und wohlkalkulierter Nebeneffekt. Ist es für einen gelingenden interreligiösen Dialog doch unabdingbar, auch „bezüglich des eigenen Glaubens auskunftsfähig zu werden“ (S. 132). Entstanden ist auf diese Weise kein reines Fachbuch für einen kleinen Kreis von Wissenschaftlern, sondern ein wissenschaftlich fundiertes Werk, das einer

breiten Öffentlichkeit zu sachlich begründeter Information verhelfen will. Ausgewählt wurden rund 330 Grundbegriffe aus Christentum und Islam. Sie reichen von „Abraham“ und „Bluttrache“ über „Historisch-kritische Methode“ und „Religionsfreiheit“ bis zu „Zeitrechnung“ und „Zinsen“. Wo immer sinnvoll, wurden sie jeweils von einem der zwanzig christlichen und einem der fünfzig muslimischen Autoren parallel in eigenständigen Artikeln bearbeitet. Dass hier mitunter auch begrifflich Pionierarbeit zu leisten war, zeigt sich deutlich etwa an dem Artikel über die „Einsheit“ (S. 153) als Eigenschaft Gottes im Islam. Dass die Herausgeber auch theologisch heißere Eisen nicht aussparen, zeigt sich exemplarisch an dem christlichen Beitrag zur „Trinität“, dem ein Artikel aus islamischer Perspektive zur Seite gestellt ist, der die christliche „Vorstellung von der Trinität“ deutlich kritisiert und „diejenigen, die sich zu ihr bekennen, des Unglaubens [...] beschuldigt“ (S. 691).

Bei der Gattung Lexikon bietet die Auswahl der aufgenommenen Lemmata meist die größte Angriffsfläche. So hätten kritische Themenfelder wie „al-Qaida“, „Armenier“, „Barnabasevangelium“, „Zölibat“ oder „Zwangsheirat“ durchaus eigene Artikel verdient. Gesamt gesehen, erscheint die Auswahl aber überwiegend stimmig und gelungen. Zahlreiche Querverweise laden zu anregenden Seitensprüngen ein und helfen, die aufgesuchten Themen noch besser zu kontextualisieren. Mit der Auswahl der Autoren haben die Herausgeber allerdings eine Vorentscheidung getroffen, die zwar aus der Genese des Lexikon-Projekts begründbar ist, mit der aber eine deutliche Engführung verbunden ist. Die muslimischen Autoren

können überwiegend dem modernisierenden Flügel der islamisch-theologischen Fakultät der Universität Ankara zugeordnet werden, mit dem die Eugen-Biser-Stiftung – in deren Auftrag das Lexikon herausgegeben wurde – seit vielen Jahren eng zusammenarbeitet. Das breite Spektrum konservativer Muslime wird sich durch deren Islaminterpretation allerdings wenig vertreten fühlen. Darüber hinaus ist die türkisch-islamische Theologie in der arabischen Welt kaum anerkannt, was die Gruppe potenzieller Rezipienten weiter eingrenzt. Ähnlich verhält es sich mit der Auswahl christlicher Autoren, die überwiegend im theologischen Umfeld der Denkschule des im März 2014 verstorbenen Theologen Eugen Biser zu verorten und an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München beheimatet sind. Das ist bei einer Publikation der Eugen-Biser-Stiftung zwar verständlich. Die Leser bekommen aber auch hier nur ein sehr ausgewähltes Segment des großen Spektrums christlicher Theologie geboten.

Die genannten Punkte ändern in der Summe jedoch nichts daran, dass mit dem „Lexikon des Dialogs“ eine verständnisemmende Leerstelle zielgruppengenau und in beispielgebender Weise behoben wurde. Die zwei Bände sollten in keiner Bibliothek fehlen, weder in einer theologischen noch in einer politischen. Das begriffliche Fundament für einen interreligiösen Dialog wurde mit ihnen kompetent gelegt. Eine Grundhaltung der Verständnisbereitschaft bei den Menschen, die diesen nun aktiv führen müssen, können sie nicht ersetzen.

PHILIPP W. HILDMANN

Bergbauer, Harald / Park, Young-Ryeol (Hrsg.):
Economic and Political
Cooperation between Asia
and Europe in the Age of
Globalisation. Baden-Baden:
Nomos Verlag 2013,
201 Seiten, € 34,00.



Während die Etablierung eines transatlantischen Handelsabkommens und in diesem Kontext die politischen Beziehungen zwischen den USA und Europa unlängst in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt sind, werden die Beziehungen Europas und der EU zu Asien eher stiefmütterlich behandelt und vor allem in bilateralen Dimensionen erfasst. Der Behebung dieser Lakuna dient der von Harald Bergbauer (Hochschule für Politik München) und Young-Ryeol Park (Business School of Yonsei University) herausgegebene Sammelband zur ökonomischen und politischen Kooperation zwischen Asien und Europa im Zeitalter der Globalisierung. Die Beiträge des englischsprachigen Bandes sind das Ergebnis einer vom 16.-17. Oktober 2011 in Wildbad Kreuth durchgeführten Tagung, die zahlreiche Experten zu diesem Thema versammelte und deren Beiträge für diese Veröffentlichung bis Mitte 2012 noch aktualisiert wurden. Er umfasst vier große Themenfelder: (1) „Arten politischer Kooperation zwischen Staaten in Ostasien“, (2) „Die ökonomische Kooperation zwischen den Kontinenten“, (3) „Die Energiepolitik in Ost und West im 21. Jahrhundert“ sowie (4) „Eine Fallstudie der politischen Wiedervereinigung: Wissenschaft und Wissenschaftsinstitu-

tionen“. Innerhalb dieses Rahmens wird ein Schwerpunkt auf die deutsch-koreanischen Beziehungen gelegt.

In einem einführenden Artikel stellt Jong Yun-Bae Nordkoreas Dilemma in seinen Beziehungen zum Süden des Landes dar. Dabei charakterisiert er die Politik Nordkoreas als imperialistisch. Er zeigt, welche zentrale Bedeutung die Führungswechsel von Kim Il-Sung zu Kim Jong-Il sowie von diesem zu Kim Jong-Un im Land des Personenkultes für die Stabilität der Diktatur hatten beziehungsweise immer noch haben. (Die jüngste Säuberungsaktion Kim Jong-Uns in seinem Führungsapparat konnte nicht mehr berücksichtigt werden). Für Jong Yun-Bae ist Nordkorea in einem permanenten Dilemma gefangen, da das Land einerseits von politischen und ökonomischen Beziehungen zu China, aber auch einigen westlichen Staaten abhängig sei, sich aufgrund seiner idiosynkratischen Struktur andererseits aber beständig zu Maßnahmen staatsinterner Legitimitätswahrung gezwungen sehe. Andreas Wilhelm erweitert die Perspektive in Richtung auf einen asiatischen Regionalismus. In plausibler Weise erklärt er, warum die Europäische Union nicht als Rollenmodell für den asiatischen Integrationsprozess dienen kann. Zu heterogen seien die kulturellen Grundlagen und zu intensiv der sicherheits- und geopolitische Wettbewerb in Asien, um eine parallele Entwicklung von ökonomischer und politischer Integration mittelfristig Realität werden zu lassen. Dazu fehlten dieser Region übergeordnete politische Strukturen wie sie in Form der NATO und der OSZE in Europa vorhanden seien. Gottfried-Karl Kindermann zeigt in einem historischen Aufriss, dass mit dem chinesisch-taiwanesischen Konflikt ein weiterer Brandherd in Asien

existiert, der rechtlich noch in keiner Weise gezähmt sei und welcher den eigentümlichen asiatischen Dualismus von ökonomischer Kooperation und sicherheitspolitischem Antagonismus geradezu idealtypisch widerspiegeln.

Teil (2) des Bandes wird von Young-Ryeol Park eröffnet, der die deutsch-koreanischen Wirtschaftsbeziehungen in Bezug auf die Bereiche Handel und Direktinvestitionen analysiert. Der Autor zeigt die zahlreichen Parallelitäten beider Länder auf: die Erfahrungen eines geteilten Landes, eine hoch gebildete Population sowie eine starke internationale Wettbewerbsfähigkeit, die zahlreiche im Lande beheimatete Global Player impliziert. Seit einem Vierteljahrhundert aber müsse Südkorea in einem wesentlich fragileren sicherheitspolitischen Umfeld agieren als Deutschland. Park sieht von koreanischer Seite noch erhebliches Wachstumspotenzial in den deutsch-koreanischen Beziehungen.

Südkorea verfügt über Freihandelsabkommen sowohl mit den Vereinigten Staaten als auch mit der EU, die Südkoreas Bruttosozialprodukt zukünftig geschätzt um bis zu 5,6 % steigern könnten, wie Ku-Hyun Jung in seinem Beitrag zeigt. In Bezug auf potenzielle Freihandelsabkommen Südkoreas mit China oder Japan fällt das Urteil Parks ambivalent aus. Gerade gegenüber China seien die Risiken zunehmender Abhängigkeit abzuwägen mit den Chancen zusätzlich entstehenden Vertrauens. Jung zeigt, dass in ausgewählten Branchen wie der Informationstechnologie bereits hochgradig interdependente Produktionsnetzwerke zwischen den ostasiatischen Ökonomien Südkorea, Japan, China und Taiwan bestehen. Unterschiedliche Modelle regionaler Integration würden diskutiert und spiegeln die Interessen der

jeweiligen Akteure wider. Während China ein engeres Modell „Asean+3“ präferiere, wünschten Japan, Indien und die ozeanischen Staaten ein Schema „Asean+6“, um das absolute Gewicht Chinas besser relativieren zu können. Es wird deutlich, dass ökonomische und geostrategische Überlegungen nicht vollständig separierbar und formale Institutionenbildungen eher unwahrscheinlich sind.

Teil (3) behandelt die Energiepolitik der fortgeschrittenen Ökonomien Asiens und Europas. Doowon Lee stellt die „grüne Wachstumsstrategie“ Südkoreas in ihrem Kontext dar. Er verweist darauf, dass das Land aufgrund seiner energieintensiven Industrie einen sehr hohen Kohlendioxidstoß verursacht und für die Ökologisierung seiner Ökonomie vorübergehend mit einem Wohlstandsverlust rechnen müsse. Dieser zahle sich langfristig jedoch in Form qualitativen Wachstums und sinkender externer Kosten aus.

Harald Bergbauer wiederum stellt die politischen Kontextbedingungen der deutschen Energiewende nach Fukushima dar und verweist auf die in Europa einsame Entscheidung der deutschen Regierung – unterstützt von einer breiten Öffentlichkeit, – die Atomenergie aufzugeben. Im Gegensatz zum Gros deutscher Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen stellt er das Für und Wider des deutschen Atomausstiegs in differenzierter Weise dar. Der deutschen Politik weist er eine hohe Verantwortung zu, denn: Sollte der deutsche Weg der Energiewende funktionieren, würden andere Akteure folgen; sollte er scheitern, dann wäre damit wohl das Aus für die „Energiewende“ besiegelt.

Ein wenig isoliert steht Teil (4) zur Wissenschaftspolitik im wiedervereinigten Deutschland dar – ein interes-

santer, aber weniger komparativer Beitrag in einem ansonsten dichten Überblick über die asiatisch-europäischen Beziehungen.

Der Sammelband ergänzt den Diskurs zum in Deutschland vorherrschenden sicherheitspolitischen Diskurs zum Thema Asien, wie er in Deutschland beispielsweise von Sebastian Heilmann, Hans Maull und Martin Wagener geführt wird, in sinnvoller Weise um die Dimension des Ökonomischen. Er ist nicht nur für Theoretiker und Praktiker mit dem Schwerpunkt Asien aufgrund seiner Faktendichte ein Muss, sondern auch Theoretikern der internationalen Beziehungen mit dem Fokus auf Regionalismusprozesse sehr zu empfehlen.

CHRISTOPH ROHDE

Jochum, Georg / Fritzemeyer, Wolfgang / Kau, Marcel (Hrsg.): **Grenzüberschreitendes Recht – Crossing Frontiers. Festschrift für Kay Hailbronner.** Heidelberg: C. F. Müller 2013, 927 Seiten, € 279,99.



Kaum ein anderer dürfte in vergleichbarer Weise die Entwicklung des Ausländer- und Asylrechts in den zurückliegenden Jahrzehnten so engagiert begleitet und beeinflusst haben wie der Konschanzer Rechtswissenschaftler Kay Hailbronner. In der jüngst erschienenen Festschrift zu seinem 70. Geburtstag haben berufliche Weggefährten aus

Wissenschaft, Justiz, Verwaltung und Praxis eine stattliche Anzahl wegweisender Beiträge zusammengebracht. Zu den hochpolitischen Themen gehören das deutsche und europäische Ausländer- und Asylrecht, das Staatsangehörigkeitsrecht, das Europa- und Völkerrecht sowie das Staats- und Verwaltungsrecht.

Die Migrationspolitik galt spätestens seit dem Entstehen von Nationalstaaten als ein Kernstück staatlicher Souveränität. Wer (und unter welchen Bedingungen) einreisen, sich dauerhaft niederlassen und sich einbürgern lassen konnte – das zu entscheiden galt lange als das unbestrittene Vorrecht des jeweiligen Nationalstaates. Kaum ein Politikfeld hat sich in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten mit einer solchen Dynamik verändert wie die Migrationspolitik innerhalb der Europäischen Union. Das Schengener Übereinkommen von 1985, die vollständige Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen 1995 und die 2. Stufe des „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ 2013 markieren einen Prozess, der sich mit atemberaubender Geschwindigkeit vollzogen hat: von der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen im Maastriecher Vertrag 1993 über die vollständige Vergemeinschaftung im Amsterdamer Vertrag 1999 bis zum Vertrag von Lissabon 2009, mit dem auch für die Themenfelder Einwanderung und Asyl das Mehrheitsprinzip eingeführt wurde. Europäisches Parlament und Rat sind seitdem in ordentlichen Gesetzgebungsverfahren zentrale Akteure. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) erlangte vollumfängliche Zuständigkeit. Das institutionelle Setting hatte sich damit innerhalb zweier Jahrzehnte grundlegend verändert. „Die transformierende Kraft der europäischen Integration für die staatsrechtlichen

Grundlagen der Mitgliedstaaten kann an kaum einem Bereich so deutlich studiert werden wie dem Migrationsrecht“, so Jürgen Bast in seinem einleitenden Beitrag. Das zeigt sich auch in der Schaffung der Unionsbürgerschaft, mit der die Mitgliedstaaten ihren Steuerungsanspruch gegenüber Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten aufgegeben haben.

Kay Hailbronner hat immer wieder darauf hingewiesen, dass die deutsche und europäische Ausländerpolitik daran krankt, dass es erhebliche Vollzugsdefizite gibt. Die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte zeigt, dass mit der Zulassung von Personen zum Territorium eines demokratischen Rechtsstaates Mechanismen greifen, die es dem Staat sehr schwer machen, diese Personen – auch wenn sie keinen Schutzstatus zugesprochen bekamen und ausreisepflichtig sind – wieder in ihre Herkunftsstaaten (oder aufnahmebereite Drittstaaten) zurückzuführen. Ursachen sieht Christian Klos, Referatsleiter Ausländerrecht im Bundesministerium des Innern, „in der gestiegenen Komplexität des Rechtsrahmens, in überlangen Verfahren, in einer mangelhaften Personalausstattung in Verwaltung und Justiz, in der verstärkten Öffnung von aufenthaltsrechtlichen Sonderzugängen und in einem stark gesunkenen Vollzugsinteresse politischer Entscheidungsträger“. Er sieht das „Aufenthaltsrecht vor dem Infarkt“. Hier gäbe es ausreichenden Anlass für interdisziplinäre Untersuchungen – an denen es bislang vollständig fehlt.

Der gesetzlich fixierte Anspruch der Migrationssteuerung wird auf diese Weise verfehlt. „Man kann die jüngere deutsche und europäische Migrationsgeschichte als Abfolge gescheiterter Steuerungsanliegen erzählen: Zahlrei-

che Gastarbeiter blieben dauerhaft in den Aufnahmestaaten; der Anwerbestopp verhinderte nicht den weiteren Anstieg der Neuzugänge infolge des Familiennachzugs; Asylverfahren dienten als faktisches Einwanderungsregime; in zahlreichen EU-Mitgliedstaaten ist illegale Migration bis heute verbreitet“, konstatiert Daniel Thym in seinem Beitrag. Da Staaten in ihrer Handlungsfreiheit kontinuierlich rechtlich eingeschränkt werden, gelte es, grundrechtliche Anliegen und die „Migrationssteuerung im öffentlichen Interesse“ in einer Balance zu halten.

Der Band enthält eine Fülle informativer und politisch äußerst relevanter Beiträge. Wer die aktuelle rechtspolitische Debatte verfolgen will, dem sei dieses Werk nachdrücklich empfohlen.

STEFAN LUFT



Dieses Werk ist ein Mittelding zwischen Lexikon und Sachdarstellung. Zur umfangreichen Einleitung wird die europäische Einigung von der Situation der unmittelbaren Nachkriegszeit bis hin zur aktuellen „Baustelle Europa“ durch

den Mitherausgeber, Prof. Weidenfeld, zusammenfassend referiert. Der Hauptteil bringt in längeren Einzelartikeln verschiedener fachlich ausgewiesener Autoren gründliche Informationen zu den europäischen Politikfeldern, darüber hinaus auch zu Problemzusammenhängen, die die spezifische Bedeutsamkeit erkennen lassen, die den Informationen beizumessen ist. Wir haben also nicht nur ein „wissendes“, sondern auch ein „reflektierendes“ Lexikon vor uns, das uns noch dazu mit umfangreichen Angaben zur weiterführenden Literatur versorgt sowie mit Hinweisen auf die für den jeweiligen Artikel hinzuzuziehenden Rechtsgrundlagen. Den Abschluss bildet eine erfreulich ausführliche Chronologie ab dem 19. September 1946 („Churchill ruft in Zürich zur Gründung der Vereinigten Staaten von Europa auf“), die ab den 1990er-Jahren immer detaillierter wird, und mit dem 22.-25. Mai 2014 endet: „Die Wahlen zum Europäischen Parlament finden statt“.

Der Artikel „Europäische Identität“ etwa, verfasst von Prof. Heinrich Schneider, einem der Altmeister der Reflexion über die europäische Integration, beginnt mit der grundsätzlichen Darstellung der Elemente kollektiver Identität, um diese dann auf den europäischen Fall anzuwenden. Es ist klar, dass derlei Werke nur von Autoren geschrieben werden, die der europäischen Integration das Beste wünschen. Das schließt jedoch Kritik im Einzelnen nicht aus. So greift Prof. Schneider den Artikel 21 Abs.1 des EUV auf, der statuiert, dass die EU den für sie maßgebenden Grundsätzen „auch weltweit zu stärkerer Geltung verhelfen will“. Da erhebt sich aber doch die Frage: Soll etwa die Welt „am europäischen Wesen genesen“? Andererseits verpflich-

tet sich die EU im selben Art. 21 auch ausdrücklich zu weltweiter Zusammenarbeit. Sie bedarf zu ihrer Identität also einerseits der Abgrenzung, was, wie Prof. Schneider einfließen lässt, als Prinzip schon von Aristoteles, Spinoza und Luhmann erkannt worden ist, andererseits bedeutet ihre Abgrenzung aber keinesfalls Feindschaft. Dieses Beispiel möge illustrieren, dass der nachdenkliche Leser, der über die Sachinformation hinaus weitere Anregungen sucht, in diesem Sachbuch-Lexikon durchaus auf seine Kosten kommt.

Dem fortbestehenden Werkstattcharakter des europäischen Projekts wird stets Rechnung getragen, etwa im Artikel über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bei der Darstellung der „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (Art. 42-46 EUV), für die der Vertrag von Lissabon verschiedene Möglichkeiten der Beteiligung vorsieht: „Erst der weiterhin noch anstehende Praxistest, Präzisierungen hinsichtlich der Aufnahmekriterien und die Rolle der Europäischen Verteidigungsagentur (Art. 45 EUV) werden die Brauchbarkeit dieses in der Reformdebatte heftig umstrittenen Konzepts einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) erweisen.“ Das klingt schon fast skeptisch.

Ebenso im Abschnitt „Steuerpolitik bleibt nationale Kernkompetenz“, der den Artikel „Wirtschaftspolitik“ abschließt, über das Projekt einer Finanztransaktionssteuer: „Die EU-Kommission hat dazu im Februar 2013 einen Richtlinienentwurf vorgelegt. Eine Einigung darauf gestaltet sich aber selbst zwischen den elf Mitgliedsländern (die das Projekt im Wege der ‚verstärkten Zusammenarbeit‘ gemäß Art. 326 ff. EUV verfolgen) als schwierig, das Da-

tum der tatsächlichen Einführung rückt immer weiter nach hinten.“

Problemlagen auch fundamentaler Art werden nicht beschönigt: „Die Bereitschaft in den Bevölkerungen der Mitgliedsstaaten, einen zwar finalitäts-offenen, aber auch durchaus kompetenzhungrigen Integrationsprozess mitzutragen, hat seit den 1990er-Jahren sichtlich an Unterstützung eingebüßt.“ Allenfalls ist hier sprachlich anzumerken, dass diese Bereitschaft die Unterstützung selbst ist, weshalb sie nicht „an Unterstützung einbüßen“ kann.

Dem Leser kann die Kompliziertheit der EU-Regelungswerke nicht erspart werden, doch mögen die voran gegangenen Textzitate verdeutlichen, dass die Autoren auf einen klar verständlichen Stil Wert legen, und dass sie, wenn sie Informationen mit eigener Wertung verbinden, was sehr anregend wirkt, den Unterschied zwischen beidem niemals verwischen.

Insgesamt ist das Werk den anspruchsvollen Europa-Interessierten sehr zu empfehlen – nicht umsonst erscheint es bereits in der 13. Auflage. Zudem hat es den Vorteil, durch Unterteilung in einzelne Lemmata schneller und leichter zur gewünschten Information zu führen als die monumental umfassende, diplomatiegeschichtlich ungenügend ergiebige Darstellung von Wilfried Loth „Europas Einigung – eine unvollendete Geschichte“. Professor Loth geht an das Thema ja auch als Historiker heran, während „Europa von A bis Z“ politikwissenschaftlich orientiert ist. Vielleicht sollte man beide Werke gleichzeitig und ergänzend zur Hand nehmen.

Nur noch eine Anmerkung: In der Einleitung werden die Artikel-Überschriften nach Politikfeldern geordnet

nacheinander aufgeführt. Noch schneller würde man die einzelnen Artikel finden, wenn dabei schlicht die Seitenzahl notiert wäre.

BERND RILL



Terhoeven, Petra:
Deutscher Herbst in Europa. Der Linksterrorismus der siebziger Jahre als transnationales Phänomen. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag 2014, 712 Seiten, € 59,95.

Die Historikerin Petra Terhoeven kann für ihr Buch auf profunde Kenntnisse als Italien- und Terrorismusexpertin zurückgreifen. Die Analyse verknüpft zwei Aspekte miteinander: die wechselvollen Beziehungen der deutschen und italienischen radikalen Linken in den 1960er- und 70er-Jahren und den Einfluss der Viktimisierungsstrategie der RAF auf das Deutschlandbild jenseits der Alpen. Die Propaganda der deutschen Terroristen, sich zynisch zu Opfern der als nach wie vor „faschistisch“ diffamierten Bundesrepublik zu stilisieren, fiel in Italien aufgrund der besonderen Erfahrungen bezüglich des Ausgangs des Zweiten Weltkriegs auch außerhalb der Linken auf fruchtbaren Boden und verstellte den Blick auf die eigene faschistische Vergangenheit. Gezielt schürten deutsche Linksradikale die

Angst vor einer angeblichen „Germanisierung“ der italienischen Gesellschaft. Der deutsche Terrorismus wurzelte in der 68er-Bewegung und ihrem organisatorischem Zentrum um Rudi Dutschke. Dessen „omnipräsente Agitation“ habe „insgesamt der Dämonisierung der bundesdeutschen Wirklichkeit Vorschub geleistet, die sich als durchaus folgenreich erwies. Wichtiger noch ist die Enttabuisierung von Gewalt auch gegen Personen, die Dutschke stets nur aus strategischen, nicht prinzipiellen Erwägungen heraus verworfen wissen wollte.“ (S. 80) Zusammen mit dem zum Ultralinken mutierten Verleger Giangiacomo Feltrinelli avancierte Dutschke zum Pionier eines transnationalen, radikal-linken Netzwerks. Plastisch schildert die Autorin, wie die Kontakte der beiden Leitfiguren dazu beitrugen, die Schwelle zu militanten Aktionen zu überschreiten. Dass Feltrinelli einmal mit einer Ladung Dynamit bei Dutschke ankam, ist an Symbolik nicht zu überbieten.

Für die erste Generation der RAF – ausgestattet mit einer „Kaufhausbrandstiftung“ als Referenz – erwies sich Italien mit seinen vielfältigen militanten Gruppierungen als „Traumland der Revolution“. Die italienischen Linksradikalen stachelten die Militanz der Deutschen an. Umgekehrt speiste sich aus „dem Respekt vor der Entscheidung [der RAF], sich einer semi-faschistischen ... Militärmaschine entgegenzustellen ... ein Großteil des Nimbus, dessen sich der deutsche Linksterrorismus [in Italien] sicher sein konnte.“ (S. 167f.) Gleichwohl fanden die Sympathien Grenzen. Italienische Gruppen wie die Roten Brigaden standen fest in der „proletarischen“ Tradition des dortigen Linkstremismus. Ihnen war das elitäre Kon-

zept der RAF suspekt. Auf der anderen Seite nahm die Bewegung 2. Juni mit der Lorenz-Entführung die „volksnahe“ Strategie der Italiener ausdrücklich zum Vorbild. Für die RAF galt das nicht.

Stammheim – den Namen des Gefängnisses, in dem sie einsaßen, – verwandelten die RAF-Führer Andreas Baader und Gudrun Ensslin in ein Fanal ihrer Propaganda, die – teils aus Ohnmacht, teils aus Größenwahn – vor allem das Ausland zu erreichen suchte. In der Tat schafften sie es vor allem dort, die bundesrepublikanische Wirklichkeit in ein Horrorbild zu verwandeln. Stammheim wurde „im In- und besonders im Ausland zum Synonym einer typisch deutschen, perfekten Vernichtungsmaschinerie“. (S. 252) Ihren Selbstmord im Oktober 1977 inszenierten die Häftlinge entsprechend als eine schlecht getarnte Hinrichtung. Prominente wie der französische Philosoph Jean-Paul Sartre und RAF-Anwälte – allen voran Klaus Croissant – verbreiteten, wie Terhoeven trefflich analysiert, die RAF-Propaganda jenseits der Grenzen. Transnationale Justizkampagnen konstruierten eine „Logik der Vernichtung“, die „als in sich geschlossenes, selbstreferentielles System gar keiner Beweise ... mehr bedurfte.“ (S. 425)

Terhoeven berücksichtigt auch das Handeln des Staates, insbesondere während der Entführung Hanns Martin Schleyers. Während im Inland das Verständnis gegenüber den Anti-Terrormaßnahmen deutlich überwog, habe es die Bundesregierung im Ausland schwer gehabt, sich zu rechtfertigen und gegen das Lügenkonstrukt der RAF zu verteidigen. Die in Deutschland nach „Mogadischu“ hoch gelobte GSG 9 stand in Italien schnell in einer Linie mit den paramilitärischen Organisationen der

NSDAP. Zwar teilte der italienische Regierungschef Andreotti das deutsche Vorgehen gegen die RAF, er konnte es sich aber kaum leisten, dies öffentlich zu bekunden. Eine funktionierende deutsch-italienische Zusammenarbeit bei der Inneren Sicherheit scheiterte nicht zuletzt aus diesem Grund. Auch die Roten Brigaden standen unter Rechtfertigungsdruck: Sie distanzierten sich von der Schleyer-Entführung und -Ermordung, taten es der RAF im Fall Aldo Moro aber gleich – einzig um wie die Deutschen internationale „Reputation“ zu gewinnen.

Das Buch zeugt von einer stupenden Kenntnis der Materie und besticht durch wohlüberlegte Argumentation. Vielleicht hätte die Autorin die minutiöse Analyse in einen breiteren Rahmen einspannen sollen, um die Italien-Fixiertheit – der Titel täuscht darüber hinweg – zu lockern.

JÜRGEN P. LANG



Kessl, Fabian / Polutta, Andreas / Ackeren, Isabel / Dobischat, Rolf / Thole, Werner (Hrsg.): *Prekarisierung der Pädagogik – Pädagogische Prekarisierung?* Weinheim: Verlag Beltz Juventa 2014, 224 Seiten, € 24,95.

Mit dem Begriff der Prekarisierung wird soziologisch ein Prozess der strukturellen Verunsicherung, vor allem in Bezug auf „Erwerbsverhältnisse“ beschrieben. Prekarität, so meint Pierre Bourdieu, hat bei dem, „der sie erleidet, tiefgreifende Auswirkungen“.

Die soziologische Rede von der „Prekarisierung“ kann als sensibilisierendes Konzept für gegenwärtig ganz unterschiedliche Entwicklungsdynamiken dienen, die allerdings in der erziehungswissenschaftlichen Diskussion bisher weitgehend unterbelichtet geblieben sind. Die Tendenz zur Prekarität und Prekarisierung pädagogischer Berufe sind insbesondere im Bereich der Sozialpädagogik und der Pädagogik der frühen Kindheit festzustellen. Die wörtliche Bedeutung des Begriffs „prekär“ ist „äußerst heikel, sehr unsicher“. Es geht um die Qualität von Geschäftsbedingungen und prekäre Berufswege in den erwähnten Bereichen. Auslöser dieses Sammelbandes ist eine Fachkonferenz der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE), die im November 2011 an der Universität Duisburg-Essen stattgefunden hat. Die Fachtagung wurde von zwei Stiftungen und der Universität Duisburg-Essen finanziell unterstützt.

Die Autorinnen und Autoren wollen mit ihren Kurzbeiträgen auf die prekären pädagogischen Handlungsfelder und die prekären Beschäftigungsverhältnisse aufmerksam machen. Sie untersuchen die Bezüge von Pädagogik und Prekarität in den pädagogischen Berufsfeldern der Schule der Erwachsenen- und Weiterbildung, der Medienpädagogik, der Sozialen Arbeit bzw. Sozialpädagogik sowie der Pädagogik der frühen Kindheit. Selbstkritisch wird festgestellt, dass im Hinblick auf die Beziehungen zwischen Theorie und Praxis hinsichtlich der Sozialen Arbeit als Handlungswissenschaft Probleme bestehen.

Die Beschäftigung in den sozialen Berufen erfolgt im Vergleich zu anderen Berufsgruppen besonders oft in Teilzeitarbeit und besonders häufig befristet. Mit Blick auf die Beschäftigungsverhältnisse scheinen die sozialen Berufe „Vorreiter“ eines Arbeitsmarkttrends zu sein. Prekarität kann aus dieser Sicht zugleich der Preis des Wachstums auf dem Arbeitsmarkt sein.

Prekarität wirft zentrale Grundfragen des Lernens und insbesondere der Weiterbildung auf. In der Realität der Weiterbildung greift der sich insgesamt verstärkende Trend zu einem „dualen Arbeitsmarkt“. Es gibt sogenannte „Stammebelegschaften“ und „Randbelegschaften“. Zu diesen gehören Zeitverträge, Probearbeitsverträge, geringfügig Beschäftigte, Jobber und freie Mitarbeiter auf Honorarbasis.

Ein markantes Beispiel ist die Ganztagschule. Statt regulär pädagogische Kräfte dauerhaft einzustellen, wird mit prekären Verhältnissen gearbeitet: Minijobs, Befristungen, Ein-Euro-Jobber und Ehrenamtliche.

Man spricht in den Bundesländern von den unterschiedlichen „Deregulierungspraktiken“. Die Hochschulen bilden teilweise für einen zunehmend „prekären Arbeitsmarkt aus“. Vor allem an hessischen Schulen werden bereits in größerem Umfang Pädagogen als Leiharbeiter eingesetzt.

Ein Vertreter der GEW plädiert in seinem Beitrag für einen Kodex „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ und nennt fünf Kriterien. Er stellt zusammenfassend fest: „Wenn am Ende ein Wettbewerb der Wissenschaftseinrichtungen um die besten Arbeitsplätze und Karrierewege für Wissenschaftler steht, ist das ein überfälliger Beitrag zur Verbesserung der Qualität nicht nur der Beschäftigungsbedingungen und Karrierewege in der Wissenschaft, sondern eben auch von Forschung und Lehre.“ Damit wird an die Exzellenzinitiative der Bundesregierung und der DFG erinnert.

GOTTFRIED KLEINSCHMIDT

Masala, Carlo: Kenneth N. Waltz – Einführung in seine Theorie und Auseinandersetzung mit seinen Kritikern. Baden-Baden: Nomos-Verlag, 2. Auflage, 2014, 203 Seiten, € 24,00.



Dass 35 Jahre nach Erscheinen von Kenneth N. Waltz' klassischem Werk „Theory of International Politics“ die Neuauflage eines deutschen Standardwerks zu diesem Autor erscheint, ist ein würdiger Anlass. Unglücklicherweise aber gibt es noch einen aktuelleren Anlass, denn Waltz ist im vergangenen Jahr verstorben. Mit seinem international weit rezipierten Ansatz des Strukturrealismus hat er ein bleibendes Erbe hinterlassen, das im Fach der Internationalen Beziehungen weltweit polarisiert – mit Ausnahme des Diskurses in Deutschland. Gerade das ist auch die Kritik des Verfassers Carlo Masala von der Universität der Bundeswehr in München an seinen Kritikern. Dieser moniert, dass der machtzentrierte Ansatz von Waltz in Deutschland vor schnell verworfen und lediglich mit meist unangebrachten und pauschalisierten Kritiken überzogen wurde. Mehr noch: Die geradezu reflexartige Kritik am Neorealismus gehört auch heute noch an vielen deutschen Universitäten zum guten Ton jeder Forschungsarbeit. Dies führt Masala auf die historisch-psychologisch bedingte allgemeine Ablehnung machtzentriert-realistischer Ansätze einerseits und die methodologische Präferenz für hand-

lungstheoretische und sprachanalytische Ansätze andererseits zurück.

Souverän stellt Masala den Strukturrealismus von Waltz vor, wobei er mit dessen zentralen Werk „Man, the State and War“ von 1959 beginnt. In dieser Untersuchung zeigte Waltz die Grenzen des Klassischen Realismus von Hans Morgenthau und Reinhold Niebuhr auf, welche auf Basis einer metaphysischen Vorstellung der menschlichen Natur zu lediglich intuitiven Erkenntnissen über das außenpolitische Verhalten von Staaten gekommen seien und damit maximal eine Theorie der Außenpolitik konstruiert hätten. Waltz hingegen komme es darauf an, aus der Struktur des internationalen Gesamtsystems heraus Verhaltenskonstanten seiner einzelnen Akteure zu deduzieren und die Wirkungen des internationalen Systems darzustellen, die in Form von Handlungsbeschränkungen auf diese Akteure zurückwirken und ihrer Handlungskontrolle weitgehend entzogen seien. Damit reduziert er den Anspruch seiner Theorie darauf, die großen und wichtigen Dinge der internationalen Politik zu analysieren – die relativen Machtrelationen zwischen Staaten – und aus selbigen eine „parsimoniale Theorie“ zu kreieren. Masalas Waltz-Darstellung erfolgt in Form eines Dialoges mit den Kritikern an zentralen Kategorien des Waltzschen Ansatzes wie dessen Anarchiebegriff, Strukturkonzept, das Mächtegleichgewichtsverständnis sowie seine Vorstellung eines einheitlichen Staates als zentralem Akteur. Diese dialektische Vorgehensweise erweist sich als Vorteil gegenüber zahlreichen mühsamen Deskriptionen, die in diversen Lehrbüchern zum Strukturrealismus vorzufinden sind. Masala antwortet dabei auf prominente

Waltz-Kritiker wie Richard Ashley, Paul Schröder, Robert O. Keohane oder Robert Cox und zeigt, dass ein Großteil der Kritiken auf ontologischen Differenzen beruhen, die substantielle inhaltliche Auseinandersetzungen verunmöglichen.

Gerade, um das Problem der Inkommensurabilität unterschiedlicher Paradigmen zu umgehen, schlägt Masala eine theoretische Komplementarität statt eines Nullsummenspiels vor. Warum sollte es keinen „realistischen Konstruktivismus“ geben? Besonders originell ist Masalas Erkenntnis, dass sich die Vertreter des Neorealismus, deren Eigenanspruch eine wertfreie Analyse ist, selber besonders intensiv in aktuelle politische Debatten einmischen. So haben sich wenige Wissenschaftler so vehement gegen den US-Interventionismus im Irak eingesetzt wie die Realisten um John Mearsheimer und Steven Walt. Und mit The Coalition for A Realistic Foreign Policy haben sie im Jahre 2003 sogar eine internetbasierte NGO gegründet, um den außenpolitischen Diskurs zu prägen.

Aufgewertet wird Masalas Buch sowohl durch ein Geleitwort des „offensiven Realisten“ John Mearsheimer als auch durch einen Epilog von Kenneth Waltz selber, in dem er seine besondere Art des Realismus in Abgrenzung zum Klassischen Realismus noch einmal eindrucksvoll darlegt: „The old realism is behavioral: good states produce good outcomes, bad states, bad ones. The new realism is structural: outcomes depend not only, and often not mainly, on the quality of states, but also on variation of the structure within which their actions appear.“ (S.179)

Der Neorealismus von Waltz ist weiterhin von Relevanz. Sogar in Deutsch-

land wurden in den letzten zwei Jahren fruchtbare empirische Anwendungen des Neorealismus vorgelegt – von Martin Reichinger (zum Irak-Krieg der USA von 2003) und von Reinhard Meier-Walser (zum Bedrohungsfaktor Iran). Und international bildet Waltz' Ansatz weiterhin den Ausgangspunkt extensiver Forschung zur Frage der Dauerhaftigkeit der US-Hegemonie einerseits und den regionalpolitischen Ambitionen Chinas in Südostasien andererseits. Mit dieser Neuauflage hat Masalas gut gegliederte und zielgerichtete Analyse dem Wissenschaftspluralismus in Deutschland einen wichtigen Dienst erwiesen. Es bleibt zu wünschen, dass sein Buch eine Inspiration für viele Forscher und Studierende bildet, Waltz' elegante Theorie eigenständig und vorurteilsfrei auf den Prüfstein zu stellen.

CHRISTOPH ROHDE

Schmid, Bernhard:
Die Mali-Intervention:
Befreiungskrieg, Aufstands-
bekämpfung oder neokolonialer
Feldzug? Münster: Unrast-Verlag
2014, 158 Seiten, € 14,00.



Die gewaltsame Revolte der Tuareg, unterstützt von radikalen Islamisten im Norden Malis, erregte 2012 große Aufmerksamkeit. Der in Paris lebende Dr. iur. Bernhard Schmid befasst sich in seinem neuesten Buch mit der Frage: Ist die Mali-Intervention ein Befreiungskrieg, eine Aufstandsbekämpfung oder ein neokolonialer Feldzug?

Im ersten Kapitel führt Schmid auf das Thema hin und beleuchtet die Geschichte Malis und die sozioökonomischen Strukturdaten des Landes. Als Krisenursachen in Mali nennt er unter anderem die hohe Korruptionsrate und immer wiederkehrende Rebellenbewegungen im Norden des Landes. Im zweiten Abschnitt widmet sich der Experte einerseits der Ausbreitung der Tuareg-Rebellen zusammen mit Jihadisten und andererseits der globalen Debatte über die Möglichkeiten einer Intervention in Mali.

Im dritten und umfangreichsten Kapitel beschreibt Schmid die Methoden der Terroristen näher. Auch geht er auf die wirtschaftlichen und politischen Begründungen für die Intervention von Frankreich ein und schildert die nationalen und internationalen Reaktionen auf diese. Zunächst versuchten die Jihadisten, Frankreich von einem Eingriff

durch Geiselnahmen abzuhalten. Der Terror von den radikalen Islamisten löste örtlichen Widerstand bei den Einwohnern aus. Nach der französischen Intervention änderten die radikalen Islamisten ihre Strategie in Richtung eines Guerillakriegs. Frankreich hat nicht primär aufgrund der Rohstoffvorkommen in Mali interveniert; vielmehr wollte die ehemalige Kolonialmacht die Entstehung eines neuen Rückzugsorts für Terroristen im Norden des Landes verhindern.

Das vierte Kapitel beleuchtet in zwei Reportagen insbesondere die zwei Wahldurchgänge der Präsidentschaftswahl im Juli und August 2013. Schmid stellt die Kandidaten vor, unter ihnen ist Ibrahim B. Keïta, der neue Präsident Malis.

Im fünften Kapitel wird ein vorläufiges Fazit gegeben. Der Autor versucht darin die eingangs gestellte Frage: „Befreiungskrieg, Aufstandsbekämpfung oder neokolonialer Feldzug?“ zu beantworten. Dabei konstatiert er, dass „das letzte Urteil bei den LeserInnen selbst“ liege (S.155). Er macht alle drei Konfliktelemente ausfindig: Der Begriff Befreiungskrieg trifft zu, da französische und malische Truppen den Norden des Landes von den Rebellen befreiten, jedoch keine Emanzipation der malischen Bevölkerung stattfand. Ein Teil der radikalen Islamisten wurde ausgeschaltet, dies kann als Aufstandsbekämpfung angesehen werden. Aber es wurde keine soziale Revolte von der Bevölkerung getragen. Als neokolonialer Feldzug kann die Intervention nur dann charakterisiert werden, wenn man davon ausgeht, dass die Rohstoffquellen und deren Ausbeutung die Ursache für den französischen Eingriff sind. In seinem Fazit überhöht Schmid allerdings

die Bedeutung der Rohstoffquellen Malis für Frankreich. Die Zukunftsaussichten für Mali werden von Schmid nicht allzu positiv gesehen, da ungelöste Konflikte fortbestehen.

Das Abkürzungsverzeichnis und die Einführung im ersten Kapitel erleichtern dem Leser den Einstieg in das Thema, wobei sich die Reihenfolge im Buch strikt nach dem zeitlichen Ablauf richtet, so ist sichergestellt, dass nichts Entscheidendes ausgelassen wird. Jedoch führt dies auch zu Verwirrung, da an einigen Stellen sprunghaft über verschiedenste Facetten berichtet wird und es zum Teil beschwerlich ist, die einzelnen Bruchstücke richtig zusammenzufügen. Der Autor gibt zusätzlich interessante Seitenblicke in das relevante Geschehen der Nachbarländer Malis. Er stellt seine persönlichen Erfahrungen dar und gibt die Informationen aus seiner Perspektive wieder. Dies führt dazu, dass durch die Lektüre stark die subjektiven Ansichten des Juristen vermittelt werden. Obwohl das Werk dadurch nicht als rein wissenschaftlich angesehen werden kann, bietet es umfassende Hintergrundinformationen über die Mali-Intervention.

In der Lektüre stechen besonders die Berichte über die Wahlen hervor, da diese aus einer reportageartigen Perspektive beschrieben wurden. Dieses Stilmittel sorgt für eine gelungene Auflockerung und gestaltet das Werk noch interessanter. Jedoch rückt dadurch die Präsidentschaftswahl in den Mittelpunkt des Buches und der eigentliche Schwerpunkt, die Intervention durch Frankreich, wird in den Hintergrund gedrängt. Bernhard Schmid's Buch ist sowohl für Einsteiger mit politischen und strukturellen Grundkenntnissen über Afrika als auch für Wissenschaftler ge-

eignete, die sich erweiterte Kenntnisse über die Krisenentstehung, ihren Verlauf und der politischen Situation während der Präsidentschaftswahl in Mali aneignen möchten.

MARINA MITTERMAIER



In der Ausgabe 454 der Politischen Studien analysierte Prof. Dr. Christian Hacke in einem Beitrag die Bedeutung des Ersten Weltkrieges für den Aufstieg Amerikas zur Weltmacht (S. 66-73). Seine Betrachtungen, die vom amerikanischen Bürgerkrieg ausgehen, veranlassten unseren Leser Prof. Dr. Reinhard R. Doerries zu einigen kritischen Einlassungen, die wir nachfolgend abdrucken, ebenso wie die Replik des Autors darauf.

Sie sind gerne eingeladen, an der Diskussion teilzunehmen.

/// Leserbrief

Der Artikel über die Entwicklung der USA seit dem in der Tat sehr verlustreichen Bürgerkrieg enthält eine Reihe von historischen Missverständnissen, die zwar in Deutschland zuweilen angeboten werden, aber deshalb nicht weniger problematisch sind. Dabei geht es auch nicht um Aspekte der von deutschen Politikern und Historikern schon mehrmals engagiert geführten Fachdiskussion zum sogenannten Anti-Amerikanismus. Hacke vertritt in seinem kurzen Beitrag einige Sichtweisen, die der Korrektur bedürfen.

So wird der Bürgerkrieg als Folge von „auseinanderdriftenden regionalen Interessen und kulturellen Unterschieden“ (S. 66) dargestellt, ohne dem Leser die wissenschaftlich längst aufgearbeiteten immensen ökonomischen Unterschiede zwischen Plantagenwirtschaft (und Sklavenarbeit) und urbanisieren-

der Industrialisierung (und free labor) anzudeuten. Und ob „der Aufmarsch der Massenheere“ (S. 66) im Ersten Weltkrieg wirklich auf den strategischen Erfahrungen der Amerikaner im Bürgerkrieg gründete? Nicht nur rein militärisch verlor Deutschland den Ersten Weltkrieg jedenfalls bereits an der Marne, als der Vormarsch seiner Heere eher unerwartet endete.

Ebenso waren die transatlantischen Beziehungen keinesfalls „bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges von geringer Bedeutung“ (S. 69), sondern die Beziehungen Washingtons zu London waren derartig bedeutungsvoll, dass der amerikanische Kriegseintritt in vieler Hinsicht durchaus voraussehbar war. Dass Berlin das dennoch nicht erkannte und auch die Bedeutung der noch aus dem amerikanischen Revolutionskrieg stammenden irgendwie besonderen Beziehungen zu

Frankreich nicht wahrnahm, gehört seit fast einem Jahrhundert zur Diskussion über die deutsche Außenpolitik.

Die USA sind natürlich auch nicht in den Ersten Weltkrieg eingetreten, weil „deutsche U-Boote drei amerikanische Schiffe versenkt hatten“ (S. 71), sondern weil die deutsche Regierung schon zu Beginn des Krieges beschloss, im noch neutralen Amerika einen Sabotagekrieg gegen Industrieanlagen und die internationale Schifffahrt zu führen (dazu Woodrow Wilsons Rede zur Kriegserklärung am 2. April 1917). „Den Weg der USA in den Ersten Weltkrieg“ (S. 70) ganz ohne Nennung des Zimmermann Telegramms zu erörtern, ist wohl auch mehr als erstaunlich. Schließlich hatte Deutschland Mexico ein Militärbündnis gegen die USA angeboten.

Die dann von Hacke genannten Folgen des Krieges können nur als vollkommen unverständlich bezeichnet werden: „Kein Wunder, dass nach 1919 in den USA Antisemitismus, Anti-Katholizismus und Fremdenfeindlichkeit um sich griffen“ (S. 71). In Versailles gewannen vor allem, wie Hacke es ausdrückt, „die Machtinteressen der Sieger“ (S. 72) vielleicht, gleichwohl doch nicht ganz überraschend so kurz nach dem von Deutschland und seinem Generalstab

diktierten Frieden von Brest-Litowsk. Der „Selbsterfleischungsprozess“ Europas, aus Hackes Sicht eine Folge des amerikanischen Isolationismus, fand, entgegen seiner Feststellung, aber nicht „1945 seinen traurigen Höhepunkt“ (S. 73), sondern 1945 brachte, vor allem als Folge des amerikanischen Kriegseinsatzes, das Ende des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust.

Anders als 1918/1919 beschlossen die Amerikaner, in Europa zu bleiben und den Neuanfang zu fördern. Die Entwicklung der Einwanderernation USA von einer englischen Kolonie zur Weltmacht war natürlich begleitet von zahllosen Widersprüchlichkeiten und Rückschlägen. Die in diesem Artikel den Lesern der Politischen Studien angebotene Beschreibung der amerikanischen Außenpolitik (S. 73) erscheint dagegen kaum noch vertretbar: „nicht selten [...] Selbstüberschätzung, Vernachlässigung historischer Gegebenheiten und die Missachtung der Interessen anderer Völker begleiten seitdem [seit Woodrow Wilson] die übereifrige Außenpolitik der amerikanischen Weltmacht.“

PROF. DR. REINHARD R. DOERRIES,
NÜRNBERG

/// Antwort

Herr Kollege Doerries verweist dankenswerterweise auf einige wichtige Ergänzungen zu meinem Beitrag über den Ersten Weltkrieg und Amerikas Aufstieg zur Weltmacht.

Es ist der Knappheit des Textes und dem Schwerpunkt des Ersten Weltkrieges geschuldet, dass nicht näher auf die Bedeutung der „immensen ökonomischen Unterschiede zwischen Plantanwirtschaft und Sklaverei (im Süden) und der urbanisierenden Industrialisierung (im Norden)“ hingewiesen wurde.

Zum Zweiten gibt es natürlich ein Bündel von Gründen, die zum Kriegseintritt der USA führten, dazu gehören auch die Punkte, die Herr Kollege Doerries dankenswerterweise ergänzt hat.

Die von mir angedeuteten innenpolitischen Folgen des Krieges schließen einen verstärkten Anti-Semitismus, Anti-Katholizismus und Fremdenfeindlichkeit mit ein – das wird auch Herr Kollege Doerries konzidieren. Aber insgesamt gesehen sind natürlich die von mir im Folgenden erwähnten widersprüchlichen Wirkungen von größerer Wichtigkeit: Wirtschaftliche Stärkung, aber auch angestiegener Isolationismus.

Natürlich waren die Folgen des amerikanischen Engagements nach dem Zweiten Weltkrieg für Westeuropa und den Westen Deutschlands segensreich, wer wollte das bezweifeln? Wenn wir jedoch nach Lateinamerika, nach Asien, Afrika und den Nahen Osten blicken,

dann erscheint meine Beschreibung durchaus vertretbar, selbst wenn Herr Doerries ihr nicht zustimmen mag: „Wilson's Botschaft, ‚the world must be made safe for democracy‘, formuliert seitdem universale Ansprüche. Diese sind von großer Anziehungskraft, zeitigen aber auch nicht selten fatale Folgen: Selbstüberschätzung, Vernachlässigung historischer Gegebenheiten und die Missachtung der Interessen anderer Völker begleiten seitdem die übereifrige Außenpolitik der amerikanischen Weltmacht.“

Dass Herr Kollege Dorries diese Einschätzung als „kaum noch vertretbar“ deklariert, ist sein gutes Recht. Aber er verkürzt mit Absicht meinen Text, um mir kritische Einseitigkeit zu unterstellen. Doch erkläre ich deutlich, dass die amerikanische Außenpolitik im Grundsatz von großer Anziehungskraft ist. Fairerweise hätte er den Satz vollständig zitieren sollen, anstatt ihn nur auf den zweiten Teil der „fatalen Folgen“ zu reduzieren. Diese Vorgehensweise ist nicht nur unwissenschaftlich, sondern damit versucht er, meine Beurteilung einseitig zu diskreditieren. Ich überlasse das endgültige Urteil jedoch dem geschätzten Leser, der den Text im Gesamtzusammenhang zu beurteilen weiß.

PROF. DR. CHRISTIAN HACKE,
HAMMOOR

POLITISCHE STUDIEN 6 X IM JAHR

Jetzt Jahresabo abschließen!



Weitere Informationen unter www.hss.de

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen.html bestellt werden:



**ARGUMENTE UND MATERIALIEN
ZUM ZEITGESCHEHEN**

**Nr. 92: Deutsch als Identitätssprache
der deutschen Minderheiten**

**ARGUMENTE UND MATERIALIEN
ZUM ZEITGESCHEHEN**
Nr. 93: Frankreichs Grandeur – Einst und Jetzt



BERICHTE & STUDIEN

**Nr. 99: Der Arabische Umbruch – eine
Zwischenbilanz. Interne Dynamik und
externe Einmischung**



SONSTIGE PUBLIKATIONEN

**Josef Kraus / Hans Zehetmair (Hrsg.):
Bildung und Demographie**

VORSCHAU

POLITISCHE STUDIEN

**Nr. 457: „Welche Rolle hat Erdgas für uns? Nationale und
internationale Spielfelder“ mit Beiträgen von Steffen Bukold,
Hubertus Bardt, Frank Umbach und Kirsten Westphal**

Herausgeber:

© 2014, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle,
Staatsministerin a. D.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ/Publikationen: Hubertus Klingsbögl

Redaktion:

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
(Chefredakteur, V.i.S.d.P.)
Barbara Fürbeth
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)
Irene Krampfl (Abo-Verwaltung; krampfl@hss.de)
Graphik: Publishers Factory, München
Druck: Bosch-Druck, Landshut

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder

unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Die Beiträge in diesem Heft geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Bezugspreis:

Einzelhefte € 5,50
Jahresabonnement € 30,00
Schüler/Studenten bei Vorlage einer Bescheinigung kostenfreies Semester-Abonnement
Keine Versandkosten

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind über die Redaktion und den Buchhandel möglich.

Kündigungen müssen der Redaktion schriftlich mindestens 8 Wochen vor Ablauf des Abonnements vorliegen, ansonsten verlängert sich der Bezug um weitere 12 Monate.

Bildnachweis für Titel:
JOSEPH EID/AFP/Getty Images

